

Recherche Spezial
13/2008

Literatur- und Forschungsinformationen
zum Thema:

„Mit der Bubble-Ökonomie in die Krise“

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften Dezember 2008

Mit der Bubble-Ökonomie in die Krise

bearbeitet von

Christian Kolle
Gisela Ross-Strajhar

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
Dezember 2008

ISSN: 1866-5810 (Print)
1866-5829 (Online)
Herausgeber: GESIS-Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
Abteilung Fachinformation für die Sozialwissenschaften
bearbeitet von: Christian Kolle
Gisela Ross-Strajhar
Programmierung: Siegfried Schomisch
Druck u. Vertrieb: GESIS-Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
Lennéstr. 30, 53113 Bonn, Tel.: (0228)2281-0
Printed in Germany

Die Mittel für diese Veröffentlichung wurden im Rahmen der institutionellen Förderung von GESIS durch den Bund und die Länder gemeinsam bereitgestellt.

© 2008 GESIS. Alle Rechte vorbehalten. Insbesondere ist die Überführung in maschinenlesbare Form sowie das Speichern in Informationssystemen, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Einwilligung des Herausgebers gestattet.

Inhalt

Vorwort	7
---------------	---

Sachgebiete

1	Aspekte des kapitalistischen Finanzsystems.....	9
2	Regionale Krisenherde im globalisierten Finanzsystem.....	20
3	Von der Immobilien- zur Weltwirtschaftskrise?.....	38
4	Finanzmärkte zwischen Laisser-faire und Regulierung.....	41

Register

Hinweise zur Registerbenutzung.....	59
Personenregister.....	61
Sachregister.....	63
Institutionenregister.....	69

Anhang

Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur.....	73
Zur Benutzung der Forschungsnachweise.....	73

Vorwort

Die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) wählte „Finanzkrise“ zum Wort des Jahres 2008. Gekürt werden immer Wörter und Ausdrücke, „die die öffentliche Diskussion des Jahres besonders bestimmt haben.“¹ Eine Wahl, die also nicht überrascht, war doch die Krise 2008 buchstäblich in aller Munde.

Im US-Präsidentenwahlkampf verdrängten die ungelösten Fragen rund um die Finanz- und Wirtschaftskrise den Irak-Krieg als Top-Thema. Die führenden deutschen Wirtschaftsinstitute prognostizierten einstimmig für das Jahr 2009 die schlimmste Rezession seit Bestehen der Bundesrepublik. Der Staat ist nach Jahrzehnten der wirtschafts- und finanzpolitischen Deregulierung überraschend als mächtiger Gestaltungsfaktor auf den Wirtschaftsmarkt zurückgekehrt. Diese Umwälzungen auf weltpolitischer Ebene blieben auch in den Sozialwissenschaften nicht unbeachtet und fanden ihre Berücksichtigung in aktuellen Publikationen und Forschungsprojekten.

Die Dezember-Ausgabe der Reihe „Recherche Spezial“ bündelt die aktuellsten Literatur- und Forschungsnachweise, die sich mit den Ursachen und den Folgen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise beschäftigen. Zudem werden Arbeiten nachgewiesen, die sich auf den Zusammenbruch des US-Immobilienmarktes konzentrieren, der entscheidenden Anteil an der nachfolgenden Banken- und Wirtschaftskrise hatte. Darüber hinaus wird auch den regional begrenzten Krisen Ende der neunziger Jahre bzw. Anfang des neuen Jahrtausends Platz eingeräumt, die Asien bzw. Südamerika heimsuchten und die dortige Wirtschaft erheblich erschütterten.

Quellen der nachfolgenden Informationen sind die GESIS-Datenbanken SOLIS und SOFIS und die sechs englischsprachigen sozialwissenschaftlichen Datenbanken des Herstellers Cambridge Scientific Abstracts (CSA), die über die Nationallizenzen in www.sowiport.de eingebunden sind. Die Datenbank SOLIS stützt sich vorwiegend auf deutschsprachige Veröffentlichungen, d.h. Zeitschriftenaufsätze, Monographien, Beiträge in Sammelwerken in den zentralen sozialwissenschaftlichen Disziplinen. Wesentliche Quelle zur Informationsgewinnung für SOFIS sind Erhebungen in den deutschsprachigen Ländern bei Institutionen, die sozialwissenschaftliche Forschung betreiben.

Die CSA-Datenbanken bieten Nachweise zu Forschungsergebnissen mit Schwerpunkt auf Soziologie und Politikwissenschaft einschließlich benachbarter Gebiete aus den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften; sie beziehen sich überwiegend auf internationale Zeitschriften, aber auch auf Bücher, Buchkapitel sowie z. T. auf Rezensionen.

Die Nachweise sind alphabetisch nach Autoren sortiert. Nachweise aus der Literaturdatenbank SOLIS sind durch ein "-L" nach der laufenden Nummer gekennzeichnet, Nachweise aus der Forschungsprojektdatenbank SOFIS mit einem "-F". Nachweise aus den CSA-Datenbanken sind entsprechend durch "-CSA" kenntlich gemacht. Die Nachweise und Abstracts aus den CSA Datenbanken Applied Social Sciences Index and Abstracts (ASSIA), Physical Education Index (PEI), Worldwide Political Science Abstracts (WPSA), Sociological Abstracts (SA), Pais International und Social Services Abstracts (SSA) werden mit der Erlaubnis von ProQuest LLC zur Verfügung gestellt. Weiterverbreitung und Nachdruck der Nachweise ist ohne Lizenz nicht erlaubt.

Alle Zahlenangaben in den Registern beziehen sich auf die laufenden Nummern der Eintragungen, nicht auf Seitenzahlen.

1 Gesellschaft für deutsche Sprache [Hrsg.]: Pressemitteilung vom 11. Dezember 2008, <<http://www.gfds.de/presse/pressemitteilungen/111208-wort-des-jahres-2008/>> (22.12.2008).

1 Aspekte des kapitalistischen Finanzsystems

[1-L] Altvater, Elmar:

Die Zivilisierung des Kapitalismus?: Konflikte und Perspektiven am Ende des Ölzeitalters, in: Dieter Senghaas (Hrsg.): Konstruktiver Pazifismus im 21. Jahrhundert : Symposium zum 80. Geburtstag von Gerald Mader, Münster: Lit Verl., 2006, S. 133-147, ISBN: 3-8258-9835-0 (Standort: UB Potsdam(517)-MB1200MAD)

INHALT: Der Verfasser geht von der Annahme aus, dass die sich zuspitzenden Widersprüche genauso wirksam die Grundlagen der Stabilität der Entwicklung bedrohen können wie die äußeren Anstöße. Vor diesem Hintergrund wird der Frage nachgegangen, ob der Kapitalismus einen zivilisatorischen Fortschritt darstellt. Es wird gezeigt, dass die fossilen Energien - Kohle, Gas und vor allem Öl - der kapitalistischen Produktionsweise höchst angemessen sind. Sie sind ortsunabhängig, zeitunabhängig, flexibel. Die Kehrseite der Zivilisierung durch den Kapitalismus wird in der Barbarei des Krieges lokalisiert. Vor diesem Hintergrund werden die Grenzen des Wachstums, der entzivilisierende Druck globaler Finanzmärkte und die Falle des Fossilismus analysiert. Die Knappheit der fossilen Energieressourcen wird als die zentrale Quelle der Konfliktdynamik präsentiert. Abschließend werden die Perspektiven jenseits des Kapitalismus zur Diskussion gestellt. (ICG)

[2-L] Becker, Joachim; Heinz, Ronald; Imhof, Karen; Küblböck, Karin; Manzenreiter, Wolfram (Hrsg.): **Geld Macht Krise: Finanzmärkte und neoliberale Herrschaft**, (Historische Sozialkunde / Internationale Entwicklung, 22), Wien: Promedia Verl.-Ges. 2003, 264 S., ISBN: 3-85371-209-6

INHALT: Der Band liefert eine Einführung zum Thema Finanzmärkte. Neben einer begrifflichen Klärung werden vor dem Hintergrund der historisch gewachsenen Rahmenbedingungen die Funktionsweise und Mechanismen von Finanzmärkten analysiert. Anhand von Fallbeispielen aus Lateinamerika, Asien und Europa werden die sozialen und politischen Faktoren von Verschuldung und Finanzkrisen aufgezeigt und abschließend wird auf die aktuelle Diskussion um die Reform und Re-Regulierung der Finanzmärkte eingegangen. Aus dem Inhaltsverzeichnis: Joachim Becker / Roland Heinz / Karen Imhof / Karin Küblböck / Wolfram Manzenreiter: Geld, Finanzmärkte und Krisendynamiken (7-14); Vanessa Redak: Zur Rolle und Funktion von Finanzmärkten (15-26); Derek H. Aldcroft: Das Problem der Auslandsschuld in historischer Perspektive (27-47); Martin Schürz: Ziele der Geldpolitik im Wandel der Zeit (49-60); Martina Neuwirth: Fluss ohne Wiederkehr. Finanzmärkte und Verschuldung (61-73); Joachim Becker / Andres Musacchio: Argentinien: Wiederholungen der Verschuldungsgeschichte (75-88); Karen Imhof: Verschuldung, Finanzkrise und die Etablierung neoliberaler Hegemonie in Mexiko (89-114); Florian Wukovitsch: Entwicklung unter 'Finanzmarktaufsicht'. Implikationen brasilianischer Wirtschafts- und Sozialpolitik 1994-2000 (115-130); Ilker Atac: Die Krise der neoliberalen Entwicklungsweise in der Türkei (131-147); Rudy Weissenbacher: Der IWF und die Dialektik der marktwirtschaftlichen Ideologie in Jugoslawien (149-172); Waltraud Urban: Die Asienkrise 1997 und danach (173-190); Ronald Heinz / Wolfram Manzenreiter: Finanzkrise im Zentrum: Der Fall Japan(s); (191-216); Karin Küblböck: Re-Regulierung der Finanzmärkte (217-227); Mascha Madörin: Schuldenstreichung und Reparationen: völkerrechtliche Aktualisierung alter Forderungen (229-241); Robert Musil: Neue Wege des Wirtschaftens (243-263). (ZPol, VS)

[3-L] Bischoff, Joachim:

Mit Keynes in die Zukunft?: zu einigen Aspekten der intellektuellen Doppelkrise der politischen Linken, in: Marcel van der Linden, Christoph Lieber (Hrsg.): Kontroversen über den Zustand der Welt : Weltmarkt - Arbeitsformen - Hegemoniezyklen, Hamburg: VSA-Verl., 2007, S. 209-229, ISBN: 978-3-89965-244-4 (Standort: UB Siegen(467)-31OXJ1829)

INHALT: Die Veränderung der gesellschaftlichen Betriebsweise des Kapitals und die damit verknüpfte Veränderung der sozialen Regulierung bringt, so der Verfasser, eine widersprüchliche Konstellation hervor. Die politische Linke muss den Zerfall der Lohnarbeitsgesellschaft überwinden, was aber wegen der Ausbildung von prekären, ungeschützten Arbeitsverhältnissen, wachsender sozialer Ausgren-

zung und Marginalisierung schwer fällt. Auf der anderen Seite verliert der von den neoliberalen Parteien geführte Block sozialer Kräfte an Reichweite, weil rechtspopulistische Mentalitäten eine Kritik am gesamten politischen Willensbildungssystem der Demokratie bedingen. Die Gründe für gewachsene Existenz- und Zukunftsängste sowie die Krise der politischen Repräsentation wirken als Treibhausbedingungen für rechtspopulistische Mentalitäten und Bewegungen. Es wird gezeigt, dass in den letzten Jahren in den europäischen Metropolen des Kapitals heftige Protest- und Widerstandsaktionen von Lohnabhängigen gegen eine weitere Verschlechterung ihres sozialen Standards stattfanden. In diesen Konflikten geht es um Kündigungsschutz, die Altersrenten, die Sozialtransfers im Falle von Arbeitslosigkeit und Gesundheitsschutz. Der aktive Teil der Lohnabhängigen wehrt sich gegen eine Verteilungspolitik zulasten ihres Status als Lohnabhängiger. Eine andere Achse des Protestes bezieht sich auf die Tendenz zur Unterordnung aller nationalen ökonomischen Universen unter die Imperative des in den USA entwickelten Typus von Kapitalismus. Bei grundsätzlicher Anerkennung der These, dass die Zivilgesellschaft das entscheidende Terrain für die Einlösung der utopischen Energien und eine Wiedereinsetzung der gesellschaftlichen Arbeit in ihre Schlüsselstellung darstellt, lässt sich für den entfesselten Kapitalismus - mit der vorherrschenden Tendenz, die flexible Massenproduktion als herrschendes Produktionsverhältnis zu etablieren - die Perspektive eines Bündnisses für gesellschaftliche Arbeit umreißen. Es wird argumentiert, dass sich hier eine Begründung für die Formation eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses abzeichnet, das neben Gewerkschaften auch viele politische Subjekte der Zivilgesellschaft - u.a. der sozialen Bewegungen - umfasst, die gegenüber dem Neoliberalismus eine gesellschaftliche Zukunftsperspektive eröffnen und die kulturellen Werte der Arbeit wiederbegründen könnten.(ICG2)

[4-L] Demirovic, Alex:

Nicos Poulantzas - Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie, Münster: Verl. Westfäl. Dampfboot 2007, 295 S., ISBN: 978-3-89691-622-8 (Standort: THB Aachen(82)-Ld5296+2)

INHALT: "Nicos Poulantzas (1936-1979) hat mit seinen Beiträgen zur materialistischen Staatstheorie maßgeblich zum Verständnis des kapitalistischen Staates beigetragen. Viele seiner im Anschluss an Gramsci, Althusser und Foucault vorgenommenen Analysen und Begriffe sind auch für das Verständnis der nach-fordistischen Veränderungen von Staatlichkeit anregend. Der Autor stellt eine kritische und systematisierende Einführung in die nicht immer leicht zugängliche Staatstheorie von Poulantzas dar. Das hier in einer gründlich überarbeiteten und erweiterten 2. Auflage wieder zugänglich gemachte Buch setzt den Akzent auf die Aktualität von Poulantzas' Begriffen und Theoremen für die Analyse politischer Prozesse." (Autorenreferat)

[5-L] Dieter, Heribert:

Globalisierung ordnungspolitisch gestalten: die internationale Finanzarchitektur nach den Finanzkrisen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2003, B 5, S. 17-26 (www.bpb.de/files/TASKN9.pdf)

INHALT: "Die zahlreichen Finanzkrisen der vergangenen Jahre haben die Schwachstellen der heutigen Form der Globalisierung deutlich gezeigt. Vor allem die Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs hat sehr viel weniger Vorteile als erwartet gebracht. Privates Finanzkapital fließt seit einigen Jahren aus den Entwicklungs- und Schwellenländern in die reichen Länder, nicht umgekehrt. Finanzmärkte benötigen einen ordnungspolitischen Rahmen. Dazu gehört ein internationaler 'Gläubiger der letzten Instanz' ebenso wie ein Insolvenzverfahren für überschuldete Staaten. Sollte diese Aufgabe nicht gemeistert werden, müssen Entwicklungs- und Schwellenländer sich selbst schützen. Partielle oder sogar umfassende Beschränkungen des Kapitalverkehrs sind denkbare Optionen. Deutlich wird aber auch, dass eine Tobin-Steuer keine ausreichende Antwort auf die von internationalen Finanzmärkten verursachten Probleme ist." (Autorenreferat)

[6-L] Duwendag, Dieter:

Globalisierung im Kreuzfeuer der Kritik: Gewinner und Verlierer - Globale Finanzmärkte - Supranationale Organisationen - Job-Exporte, (Schriften zur monetären Ökonomie, 49), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2006, 162 S., ISBN: 3-8329-1800-0

INHALT: Der Autor setzt sich auf der Grundlage empirischer Studien mit den zentralen Argumenten von Globalisierungskritikern wie Attac auseinander, um so einen Beitrag zur Versachlichung des Globalisierungsdiskurses zu leisten. Er zeigt, dass Entwicklungsländer nicht nur Opfer der Globalisierung sind, sondern auch davon profitieren. Gleichzeitig habe die Globalisierung bisher nicht dazu geführt, dass die nationale Einkommensverteilung ungleicher geworden sei. Seine Darstellung des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Welthandelsorganisation sowie der internationalen Finanzmärkte zeigt Defizite der internationalen Wirtschafts- und Finanzarchitektur auf, die auch von Globalisierungskritikern angesprochen werden. Der Autor spricht sich für effizientere internationale Institutionen aus; einer Steuer auf internationale Finanztransaktionen ('Tobin-Tax') steht er allerdings skeptisch gegenüber. Den Vorwurf, dass die Globalisierung zu 'Job-Exporten' führe, kann Duwendag nicht entkräften. Er weist aber darauf hin, dass der Aufbau von Produktionskapazitäten in Osteuropa und Asien die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Firmen deutlich erhöht und dadurch die im Inland verbliebenen Arbeitsplätze gesichert habe. Im Schlusskapitel geht der Autor auf die These von Hans-Werner Sinn ein, dass Deutschland durch zu hohe Löhne zu einer 'Basarökonomie' verkomme, in der kaum noch produziert werde, Deutschland aber Handelsdrehscheibe zwischen Ost und West sei. Er sieht in der mangelnden Lohnspreizung in Deutschland einen wesentlichen Grund für die hohe Arbeitslosigkeit von Geringqualifizierten und fordert die Politik daher auf, die Arbeitsmärkte zu flexibilisieren. (ZPol, NOMOS)

[7-L] Faust, Jörg:

Finanzkrisen in jungen Demokratien, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft : Journal of Political Science, Jg. 14/2004, H. 3, S. 853-879 (Standort: USB Köln(38)-EWA Z3338; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Seit den 90er-Jahren erfasste eine neue Welle von Finanzkrisen zahlreiche Entwicklungs- und Schwellenländer, wobei in überproportional hohem Maße junge Demokratien von solchen Turbulenzen betroffen waren. Welche politischen Ursachen solchen Krisen zugrunde liegen und worin die politischen Gründe für die variierende Krisenanfälligkeit junger Demokratien liegen, wird in diesem Beitrag untersucht. Vor den Krisen war in den betroffenen Staaten meist eine Kombination aus restriktivem Wechselkursregime und einer Öffnung des nationalen Finanzmarktes zu beobachten. Doch jene Strategie ist nur dann Erfolg versprechend, wenn die Regierung dazu in der Lage ist, die hierfür notwendigen wirtschaftspolitischen Sekundärmaßnahmen in der Fiskalpolitik sowie bei der Finanzmarktregulierung zu implementieren. In jungen Demokratien mit ihren typischen Koordinations- und Umverteilungsproblemen sind solche Sekundärmaßnahmen umso schwerer durchzusetzen, je höher die politische Fragmentierung und damit die Anzahl von politischen Veto-Spielern ist. Am Beispiel der Finanzkrisen in Thailand und Argentinien wird gezeigt, wie der hohe Grad an politischer Fragmentierung dringend notwendige Reformen verhinderte und mithin ursächlich für den Währungskollaps und die anschließende Finanzkrise war. Umgekehrt kann anhand der jungen Demokratien Chiles und Taiwans illustriert werden, wie eine geringe Anzahl von programmatisch kohärenten Veto-Spielern eine makroökonomisch konsistentere und damit krisenresistentere Wirtschaftspolitik begünstigte." (Autorenreferat)

[8-L] Filc, Wolfgang:

Gefahr für unseren Wohlstand: wie Finanzmarktkrisen die Weltwirtschaft bedrohen, Frankfurt am Main: Eichborn 2001, 233 S., ISBN: 3-8218-1656-2

INHALT: Filc analysiert die Vorgeschichte, den Ablauf und die Konsequenzen von Währungskrisen, insbesondere der Asienkrise 1997/98. Der Autor stellt die Mängel der internationalen Finanzmarktarchitektur dar und kritisiert die Interessen- und Machtpolitik der USA im Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der G7. Dabei greift er nicht nur auf seine wissenschaftlichen Kenntnisse

zurück, sondern auch auf seine Erfahrungen als Ministerialdirektor für internationale Finanz- und Währungsbeziehungen im Bundesministerium für Finanzen unter Lafontaine. Zur Vermeidung destabilisierender Spekulation fordert Filc eine Steuerung der Wechselkurse durch internationale Kooperation - wohl wissend, dass dies kaum durchsetzbar ist, solange die Finanzindustrie, die am Auf und Ab der Wechselkurse gut verdient, ihren Einfluss insbesondere auf die US-Regierung geltend machen kann. Inhaltsübersicht: Die asiatische Katastrophe; Spurensuche: Wie kam es zur Katastrophe?; Vier schwarze Peter für die Krisenländer; Die Gier der Spekulanten; Hedge-Fonds - das Risiko mit den Risikopapieren; Die Schaltzentrale der Globalisierung - der Internationale Währungsfonds; Krisenmanagement - das Netzwerk in Aktion; Auf der Suche nach einer stabileren internationalen Finanzmarktarchitektur. (ZPol, Leske u. Budrich)

[9-F] Fritz, Barbara, Dr. (Bearbeitung):

Währungsregime und Finanzkrisen: Ursachen, Probleme, Auswege

INHALT: Zentraler Faktor ökonomischer Instabilitäten in Lateinamerika während der letzten Jahre waren Finanzkrisen. Wie diese Finanzkrisen zu bewerten und wie sie in Zukunft zu verhindern sind, bleibt daher Gegenstand internationaler Forschungsarbeiten. Dabei stehen zunehmend Fragen des Währungsregimes im Mittelpunkt. Nicht nur die Wahl der Wechselkursgestaltung, sondern zunehmend auch die Form der (formalen und informellen) Beziehung der schwachen Währungen von Entwicklungsländern zu den internationalen Hartwährungen (für Lateinamerika also zum US-Dollar) werden wahrgenommen. Auch wenn das Currency Board in Argentinien dramatisch gescheitert ist, ist diese Diskussion keineswegs beendet. Dollarisierung ist in Lateinamerika, aber auch in Osteuropa weiter ein Thema. Nicht zuletzt wegen der erfolgreichen Einführung der europäischen Gemeinschaftswährung wird zunehmend diskutiert, ob nicht auch für Entwicklungsländer ein regionaler Währungszusammenschluss Vorteile bringen könnte. Die Häufigkeit der Finanzkrisen, die immer mit einer Zahlungsunfähigkeit der betroffenen Nation einhergehen, hat nicht zuletzt die Diskussion über die institutionell adäquate Behandlung (bspw. der IWF-Vorschlag eines "Insolvenzrechts für souveräne Staaten") in den Mittelpunkt gerückt. Kooperation: Gemeinsamer Workshop zur Süd-Süd-Währungskooperation mit dem HWWA. **GEOGRAPHISCHER RAUM:** Lateinamerika

METHODE: Zentrales Kriterium muss die Unterscheidung der Währungen von Industrie- und Entwicklungsländern als Gläubiger- bzw. Schuldnerwährungen sein. Diese Kategorisierung ermöglicht die Wahrnehmung von Finanzkrisen als Schuldenkrisen. Die Bedeutung eines potentiellen Insolvenzrechts für Staaten ergibt sich nicht zuletzt daraus, ob die Anwendung eines solchen Verfahrens den Schuldnerstatus des jeweiligen Landes substantiell verändern kann und die Position der Gläubiger absichert.

ART: BEGINN: 2003-01 **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe

INSTITUTION: GIGA Institut für Iberoamerika-Kunde (Alsterglaci 8, 20354 Hamburg)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 040-414782-35, e-mail: Barbara.Fritz@public.uni-hamburg.de)

[10-L] Fürstenberg, Friedrich:

Metamorphosen des Geldes: sozialstrukturelle Folgen globalisierter Finanzmärkte, in: Paul Kellermann (Hrsg.): Die Geldgesellschaft und ihr Glaube : ein interdisziplinärer Polylog, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 149-160, ISBN: 978-3-531-15472-5

INHALT: Der Beitrag zu Gebrauch und Bedeutung von Geld in der heutigen Welt beschreibt die komplexe Ausgestaltung des Geldes im Spätkapitalismus und sein Eindringen in die moderne Gesellschaft. So werden im ersten Schritt zunächst folgende Geldformen unterschieden: (1) internationale Finanztransaktionen, (2) Liquiditätsreserven und ihre Anlage, (3) spekulative Geldanlagestrategien sowie (4) die Finanzierung von Firmenübernahmen und Firmennetzwerken. Im zweiten Schritt werden schließlich die sozialstrukturellen Folgen dieses Geldwandels dargestellt, wobei sich die Ausführungen in (1) die Finanzkrisen und ihre gesellschaftlichen Auswirkungen bzw. (2) die sozialen Auswirkungen globalisierter Geld- und Kapitaltransfers gliedern. (ICG)

[11-L] Galbraith, James K.:

Das Scheitern des Monetarismus: von den Theorien Milton Friedmans zur Weltfinanzkrise, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 53/2008, H. 9, S. 69-80 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Beitrag beschäftigt sich mit den Theorien des Ökonomen Milton Friedman und erklärt sie für ungültig. Anhand von Anekdoten und mit Bezug auf weltwirtschaftliche Ereignisse legt der Beitrag dar, dass wichtige Auffassungen Friedmans, etwa die, dass freie und unbehinderte Märkte "grundsätzlich stabil" seien, im Lichte der Realität besehen nicht haltbar sind. Von den Anfängen des "Monetarismus" über die "Theorie gezielter Inflationsbekämpfung" gelangt er zur Finanzkrise in den USA im Jahr 2008, und erkennt den Bankrott der Theorien Friedmans. Stattdessen wird gefordert, Theorien von John Maynard Keynes, John Kenneth Galbraith und Hyman P. Minsky wieder mehr Beachtung zu schenken. (ICB)

[12-L] Gottwald, Jörn-Carsten:

Der Weg zum europäischen Finanzmarkt, in: Gesellschaft Wirtschaft Politik : Sozialwissenschaften für politische Bildung, N. F., Jg. 56/2006, H. 1, S. 37-49 (Standort: UB Bonn(5)-Z62/84; USB Köln(38)-M XG00116; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "1999 beschloss die Europäische Union, durch ein ambitioniertes politisches Programm einen einheitlichen Markt für Bank-, Wertpapier- und Versicherungsdienstleistungen zu schaffen. Ein neues Verfahren zur europäischen Regelsetzung, knapp bemessene Fristen und die intensive Einbindung von Unternehmen, Verbänden und Experten ermöglichten die erfolgreiche Umsetzung dieses 'Aktionsplans Finanzdienstleistungen'. Zugleich entstanden so die Grundzüge eines einheitlichen politischen und rechtlichen Rahmens für eine europäische Finanzmarktpolitik mit weit reichenden Folgen auch für den Finanzplatz Deutschland." (Autorenreferat)

[13-L] Heinrich, Michael:

Kritik der politischen Ökonomie: eine Einführung, (Reihe Theorie.org), Stuttgart: Schmetterling Verl. 2004, 234 S., ISBN: 3-89657-582-1 (Standort: UB Bonn(5)-2004-4019)

INHALT: "Umfassende Analysen des globalen Kapitalismus haben wieder Konjunktur und mit ihnen kommt auch der zwischenzeitlich totgesagte Karl Marx wieder zu Ehren, wie die Bücher von Negri/Hardt, Robert Kurz u.a. zeigen. Freilich scheint diese Auseinandersetzung durchweg recht oberflächlich, findet zumindest Michael Heinrich und plädiert deshalb für eine Neuaneignung der Marxschen Theorie jenseits des traditionellen, weltanschaulichen 'Marxismus'. Plastisch und verständlich skizziert Heinrich die historischen, ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen für die Entstehung der 'Kritik der politischen Ökonomie', geht auf deren methodische Grundlagen ein und stellt die wichtigsten Begriffe und Konzepte aus allen drei Bänden des Marxschen Hauptwerkes 'Das Kapital' vor. Was ist eigentlich Kapitalismus und was hat es mit der ominösen Dialektik auf sich? Was ist 'abstrakte Arbeit' und wie entsteht Mehrwert? Was ist Fetischismus? Wie kommt es zu Krisen? Wie verhält es sich mit Politik und Staat? Darüber hinaus fragt Heinrich aber auch nach der Aktualität des Marxschen Denkens und der Möglichkeit einer 'Gesellschaft jenseits von Ware, Geld und Staat'." (Autorenreferat)

[14-L] Huffschmid, Jörg:

Weltwirtschaftliche Stabilität braucht regulierte Finanzmärkte, in: WSI Mitteilungen : Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 55/2002, H. 12, S. 722-727 (Standort: USB Köln(38)-Haa964; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Stabilität der Weltwirtschaft kann zum einen durch massive Finanzkrisen in den Entwicklungsländern gefährdet werden, die durch angebotsgetriebene Kapitalflüsse ausgelöst werden und ein erhebliches Ansteckungspotenzial haben. Zum anderen kann eine Erschütterung der prekären

Konstellation zwischen den Zentren der Weltwirtschaft zu rapiden Dollarabflüssen und Wechselkursausschlägen führen, die schwer zu kontrollieren wären. Eine Politik zur Stabilisierung der Finanzmärkte - die bei Ausbleiben globaler Kooperation auch auf europäischer Ebene angegangen werden kann - sollte auf eine Verminderung der Risiken und der Geschwindigkeit von Finanzgeschäften sowie auf ein in verschiedenen Stufen einzuführendes Wechselkursmanagement abzielen. Eine dauerhafte Stabilisierung erfordert allerdings die Wiedereinbindung der Finanzmärkte in eine gesamtwirtschaftliche Entwicklungsstrategie, in deren Zentrum die Korrektur ökonomisch und sozial falscher Verteilungsverhältnisse steht." (Autorenreferat)

[15-L] Imhof, Kurt; Eberle, Thomas S. (Hrsg.):

Triumph und Elend des Neoliberalismus, Zürich: Seismo Verl. 2005, 327 S., ISBN: 3-03777-038-4
(Standort: UB Siegen(467)-31OWH1265)

INHALT: "Seit den ausgehenden 1980er-Jahren erlebte das neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell auf Kosten des sozialmarktwirtschaftlichen Gesellschaftsmodells einen beeindruckenden Triumphzug. Inzwischen verdichten sich die Krisendiagnosen dieses Modells, das über Begriffe wie Globalisierung, Steuer- und Standortwettbewerb sowie Deregulierung dem alten, auf das frühe 19. Jahrhundert zurückgehenden Credo des Manchesterliberalismus zu einer wirkmächtigen Renaissance verhalf. Es handelt sich um die Vorstellung, dass ein freies Spiel der Marktkräfte, sekundiert von einem 'Gewährleistungsstaat', den gesellschaftlichen Fortschritt am besten fördere. Ausgerechnet in einer Zeit, in der die postmodern verwirrten Sozialwissenschaften das Ende aller Ideologien und aller 'großen Erzählungen' verkünden, tritt eine alte Geschichtsphilosophie einen neuen Siegeszug an und erklärt sich selbst - wie vormals der wissenschaftliche Sozialismus - zur 'wissenschaftlich' fundierten Gesellschaftslehre. Mit ihrem ökonomischen Reduktionismus schiebt sie den Stand soziologischen Orientierungswissens weitgehend beiseite. Diesem paradoxen Anachronismus in der Spätmoderne ist dieses Buch gewidmet. Es entstand aus dem gleichnamigen, 2003 in Zürich gehaltenen Kongress der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie, an dem sich Soziologinnen und Soziologen aus der Schweiz, Deutschland, Österreich, Frankreich und den Vereinigten Staaten mit dem neoliberalen Gesellschaftsmodell und seinen Wirkungen auseinandersetzten." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Teil 1: Einleitung: Thomas S. Eberle: Der Neoliberalismus auf dem soziologischen Prüfstand (9-14); Kurt Imhof: Deregulation - Regulation: Das ewige Spiel sozialer Ordnung (15-35); Teil 2: Politik und Wirtschaft im Spannungsfeld von De- und Reregulation: Michael Nollert: "Waging the War of Ideas". Zur Entwicklung und Struktur des neoliberalen Diskursnetzwerks (39-58); Ralf Ptak: Etappen des Neoliberalismus (59-73); Mario Schranz: Die Problematisierung des Service public in der Schweiz - Der Anfang vom Ende des neoliberalen Gesellschaftsmodells? (74-89); Torsten Strulik: Intelligentes Regieren - Finanzmarktregulierung jenseits hierarchischer und neoliberaler Steuerung? (90-108); Teil 3: Die Renaissance der sozialen Frage: Christoph Butterwege: Globalisierung: Herrschaft des Marktes - Abschied vom Wohlfahrtsstaat? Folgen der neoliberalen Hegemonie für die Krise und Renaissance des Sozialen (111-126); Rolf-Dieter Hepp: Prekarisierung: Expansion von Formen sozialer Unsicherheit (127-141); Peter Schallberger: Zwischen Panik und Euphorie - Fallrekonstruktive Befunde zum subjektiven Erleben der "neoliberalen" Transformation (142-155); Marc Henry Soulet: L'individu libre et autonome : utopie consensuelle et nouvelle question sociale des sociétés contemporaines (156-168); Peter-Ulrich Merz-Benz: Das Wiederauffinden von Gemeinschaft - Der Ausgang des Neoliberalismus und die Frage nach dem sozialen Zusammenhalt (169-183); Christoph Maeder und Eva Nadai: Arbeit am Sozialen. Die Armen im Visier aktivierender Sozialarbeit (184-197); Sighard Neckel: Die Marktgesellschaft als kultureller Kapitalismus. Zum neuen Synkretismus von Ökonomie und Lebensform (198-211); Berthold Vogel: Kristallisationskerne der neuen sozialen Frage. Zur politischen Ordnung sozialer Verwundbarkeit und prekären Wohlstands (212-225); Teil 4: Produktionsprozesse globaler Ungleichheiten: Christoph Görg: Globalisierung, Macht und Gewalt. Die Krise des Neoliberalismus und die Internationalisierung des Staates (229-244); Stefan Tobler und Sabine Alder: Triumph und Elend des World Economic Forum: Oder wie das WEF als Vatikan der neoliberalen Globalisierung in eine Legitimationskrise geraten ist (245-264); Volker Borschier: Konvergenz oder Persistenz der Varianten des Kapitalismus in reichen Demokratien in der Ära der globalisierten Wirtschaft? (265-295); Saskia Sassen: Globalization and the Liberal State - Towards a Privatized Presidency (296-324).

[16-L] Krätke, Michael R.:

Eine Globalisierung oder viele?: zur langen Geschichte des großen Weltmarkts, in: Marcel van der Linden, Christoph Lieber (Hrsg.): *Kontroversen über den Zustand der Welt : Weltmarkt - Arbeitsformen - Hegemoniezyklen*, Hamburg: VSA-Verl., 2007, S. 131-151, ISBN: 978-3-89965-244-4 (Standort: UB Siegen(467)-310XJ1829)

INHALT: "Globalisierung", so der Verfasser, ist ein Dogma, die zeitgenössische Form der guten, alten Freihandelslehre, die Wohlstand für alle und ewigen Frieden verspricht. "Globalisierung" ist ein ideologisch aufgeladener Kampfbegriff, die stärkste Waffe im Arsenal des Neoliberalismus. Wie jede Ideologie, braucht die "Globalisierung" einige Tatsachen, einige Daten und Fakten, scheinbare Evidenzen, mit denen gespielt und mit deren Hilfe jeder Zweifel und jeder Widerspruch im Keim erstickt werden können. Etliche Skeptiker haben schon früh auf dem besseren, verfügbaren Wissen bestanden und gegen die Mythen und Legenden des herrschenden Globalisierungsdiskurses einige einfache und altbekannte historische Wahrheiten bzw. statistische Tatsachen geltend gemacht. Das hat zur Lagerbildung geführt, nicht zur Versachlichung der so genannten 'Diskurse'. Nach wie vor streiten Hyperglobalisten gegen Skeptiker und umgekehrt. Nach wie vor versuchen einige (die 'Transformationalisten'), zwischen beiden die Mitte zu halten. Marxisten (und Ex-Marxisten) finden sich in allen Lagern. Viele Marxisten hoffen, im vermeintlich 'globalen Kapitalismus' doch noch das endgültig 'letzte Stadium' dieser Produktionsweise festmachen zu können. Der Autor geht der Frage nach, wie man aus marxistischer Perspektive die Ideologie der "Globalisierung" kritisiert: Indem man ihr die verborgenen, schwarzen Seiten der kapitalistischen Weltökonomie entgegenhält und die moralische Ökonomie des Neoliberalismus beim Wort nimmt, um ihn Lügen zu strafen? Oder indem man die lange Geschichte der kapitalistischen Weltökonomie, der Herstellung eines Weltmarkts der kapitalistischen Nationen vorführt, um die historische Eigenart der jüngsten Welle der Expansion und Restrukturierung des Weltmarkts zu bestimmen? Oder indem man den Weltmarkt, die kapitalistische Weltökonomie als ein System von sehr eigenartigen Ausbeutungsbeziehungen zwischen Nationen, Staaten und sozialen Klassen analysiert, die einander ergänzen und aufeinander angewiesen sind? Es wird argumentiert, dass das politische Projekt der Globalisierung, d.h. der aktiven, von einigen Großmächten unter Führung der USA betriebenen Propagierung und Durchsetzung eines Einheitstyps von Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik in aller Welt, weltweiten Widerstand hervorgerufen hat. Endgültig gescheitert ist es damit noch nicht. Die wichtigsten Konkurrenten in der Weltwirtschaft sind regionale und nationale Kapitalismen unterschiedlicher Mach- und Bauart. Obwohl die kapitalistische Produktionsweise heute weit größere Teile der Welt und weit mehr Menschen und Gesellschaften beherrscht und durchdrungen hat als je zuvor, gibt es kein "Modell", keine "Variante", die allen übrigen eindeutig überlegen wäre. Der Kapitalismus der Gegenwart ist nicht einer, schon gar kein globaler, sondern er besteht aus vielen Kapitalismen, die sich einander nicht annähern. Wie das kapitalistische Weltsystem heute funktioniert, begreift nur, wer sich der enormen Verschiedenheit der kapitalistischen Ökonomien (und Gesellschaften) in der Welt bewusst ist. (ICG2)

[17-L] Kühl, Stefan:

Wirtschaft und Gesellschaft: neomarxistische Theorieansätze, in: Andrea Maurer (Hrsg.): *Handbuch der Wirtschaftssoziologie*, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 124-151, ISBN: 978-3-531-15259-2

INHALT: Anhand der Auseinandersetzung mit der Regulations-, Dependenz-, Weltsystem- und Klassentheorien sowie mit der Labour Process Debatte zeigt der Verfasser, dass die Orientierung an Marx die typischen Vorteile einer Orientierung an einer soziologischen Großtheorie mitzubringen scheint. Zwingt diese doch dazu, auch Fragestellungen mittlerer Reichweite auf eine ausgearbeitete Großtheorie zu beziehen. Kann man, so der Autor, der Eigensinnigkeit von gesellschaftlichen Teilbereichen wie Politik, Recht oder Wissenschaft einen relativ hohen Stellenwert beimessen und trotzdem immer noch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse als Ausgangspunkt einer Analyse beibehalten? Kann man aus den überzeugenden Verwendungen des Marx'schen Theorieapparats auch darauf schließen, dass das gesellschaftstheoretische Projekt des Neomarxismus gelungen ist? Es fällt auf, dass bei der Kritik an der Regulationstheorie, an der Dependenztheorie, der Weltsystemtheorie, den marxistischen Klassentheorien und auch bei der Labour Process Debatte immer wieder darauf verwiesen wird, dass die Bestimmung von Politik, Recht, Wissenschaft und Religion unterkomplex bleibt.

So fällt beispielsweise bei den Regulationstheoretikern auf, dass man sich noch nicht auf eine allgemein geteilte Staatstheorie geeinigt hat, über die maßgeblich die Funktionsweise von Politik und Recht bestimmt werden kann. In der Weltsystemtheorie wird zwar ein Staatsverständnis erarbeitet, aber die Möglichkeiten, dass sich Staaten auch entkoppelt von Entwicklungen der Wirtschaft verändern können, bleiben unbeachtet. Im Rahmen der Labour Process Debate erscheint der Staat häufig nur als Feld der Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen, vorrangig über Positionen im Betrieb bestimmten Kräften. Es wird der Frage nachgegangen, wie angesichts dieser Kritik ein alternativer Anschluss an Marx aussehen kann. In einer systemtheoretischen Lesart kann man Beschreibungen wie das Interesse des Kapitalisten an der Vermehrung des Geldes des Geldes wegen oder den Wechsel von 'W-G-W' zu 'G-W-G' sehr wohl übernehmen. Wie die meisten Sozialwissenschaftler würden auch Systemtheoretiker mit Marx insofern übereinstimmen, dass das private Eigentum an Produktionsmitteln, der auf Expansion angelegte Erwerbsbetrieb, die abhängige Lohnarbeit als dominante Form der erwerbsorientierten Arbeitstätigkeit und die Verwandlung aller produzierten Güter und Dienstleistungen sowie der dafür notwendigen Arbeitskraft in marktfähige Waren zentrale Merkmale der kapitalistischen Wirtschaft sind. Wenn man die verständliche marxistische Abwehrreaktion gegenüber der Systemtheorie außer Acht lässt, kann man die Theorie funktionaler Differenzierung sogar als eine Radikalisierung von Karl Marx lesen. Es wird argumentiert, dass der Marxismus seine Stärken entfaltet, wenn es um die Behandlung wirtschaftssoziologischer Fragen im engeren Sinne geht. Für eine Programmatik des 'bringing society back in' müsste aber vermutlich auf andere Theorien zurückgegriffen werden. (ICG2)

[18-CSA] Lehrer, Eli; Glans, Matthew:

The Subprime Crisis in Historical Perspective., in: 4p CEI OnPoint no. 129, 2008, Competitive Enterprise Institute

INHALT: Outlines the dimensions of the subprime crisis and provides historically adjusted comparisons to both the S&L crisis of the 1980s and the housing collapse of the Great Depression during the 1930s.

[19-L] Lordon, Frédéric:

"Aktionärsdemokratie als soziale Utopie?": über das neue Finanzregime und Wirtschaftsdemokratie, (Raisons d'agir), Hamburg: VSA-Verl. 2003, 127 S., ISBN: 3-87975-874-3 (Standort: ULB Düsseldorf(61)-wir c219/I867)

INHALT: "Frédéric Lordon analysiert die ökonomischen Auswirkungen des neuen finanzgetriebenen Akkumulationsregimes und kritisiert die 'Aktionärsdemokratie' als fehlgeleitetes politisches Projekt und unsoziale Utopie. Durch Börsenkapitalisierung und Sozialstaatsprivatisierung erhalten Pensionsfonds auch in Europa eine Schlüsselrolle. Die Unternehmen werden einem verschärften Druck zur Wertschöpfung ausgesetzt; sie wälzen das unternehmerische Risiko auf die Beschäftigten ab. Den Hauptanteil des Mehrwerts beanspruchen die Aktionäre - und zwar zu Ungunsten der Lohnentwicklung. Zudem untergräbt die Instabilität der Finanzmärkte die Realökonomie. Frédéric Lordon wendet sich darüber hinaus gegen die Vorspiegelung der Shareholder-Gesellschaft mit Aktionären als neuen Citoyens, die selbst von Vertretern der Linken vertreten wird. Zwar kann durch die Vermögensbildung in Aktien das Eigentum an Kapital auch in die Hände der Beschäftigten gelangen, doch über die reale Kontrolle der Fondsverwaltung und damit der Machtausübung auf den Finanzmärkten verfügen sie damit noch lange nicht. Als Alternative plädiert Lordon für das Projekt der Wirtschaftsdemokratie." (Autorenreferat)

[20-L] Lütz, Susanne:

Politik und Finanzmarkt im Wandel: Einbettung, Entbettung und was kommt danach?, in: Politische Vierteljahresschrift : Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Sonderheft, 2003, H. 34, S. 107-126 (Standort: UB Bonn(5)-Einzelsign; USB Köln(38)-FHM-XE00036; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Das Verhältnis zwischen Politik und Finanzmarkt hat sich im Zuge von Globalisierung, zunehmender Kapitalmarktorientierung des Finanzgeschäftes und dessen internationaler Regulierung fundamental verändert. Umbrüche zeigen sich insbesondere in kreditbasierten Finanzsystemen Kontinentaleuropas, in denen der Finanzmarkt traditionell für industriepolitische Zwecke instrumentalisiert und als Infrastruktur für Politik und Wirtschaft genutzt wurde. In dem Maße, wie der Kapitalmarkt zur Drehscheibe für die Neudefinition von Finanzbeziehungen wird, kommt es zur Vermarktlichung der Beziehungen zwischen Kreditsektor und der Industrie sowie zu neuen Regulierungsaufgaben für den Nationalstaat. Letztlich beobachten wir eine zunehmende Entpolitisierung des Verhältnisses zwischen Politik und Finanzmarkt, die von beiden Seiten vorangetrieben wird. Der Beitrag zeichnet die einzelnen Etappen dieses Prozesses nach und illustriert den marktorientierten Umbau kreditbasierter Finanzsysteme am Beispiel von Japan, Schweden und schwerpunktmäßig Deutschland." (Autorenreferat)

[21-L] Lütz, Susanne:

Der Staat und die Globalisierung von Finanzmärkten: regulative Politik in Deutschland, Großbritannien und den USA, (Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Bd. 43), Frankfurt am Main: Campus Verl. 2002, 354 S., ISBN: 3-593-37123-5 (Standort: UuStB Köln(38)-29A2032)

INHALT: "Nirgendwo ist die Globalisierung so weit fortgeschritten wie im Finanzsektor. Internationale Finanz- und Währungskrisen sowie Konkurse international tätiger Banken rückten in den letzten zwei Jahrzehnten zunehmend die Risiken 'entfesselter' Finanzmärkte in den Vordergrund. In Wissenschaft und Praxis ist deshalb der Ruf nach einem 'regulierten Finanzkapitalismus' immer lauter geworden. In diesem Band werden seine Formen und Funktionsbedingungen untersucht. Besonderes Augenmerk gilt den Reformen der Finanzmarktregulierung auf nationaler und internationaler Ebene sowie der Rolle von Nationalstaaten in Prozessen regulativer Reform." (Autorenreferat)

[22-L] Nolte, Paul:

Riskante Moderne: die Deutschen und der neue Kapitalismus, München: Beck 2006, 312 S., ISBN: 3-406-54084-8 (Standort: UB Bonn(5)-2006/4989)

INHALT: Der Band präsentiert eine Zusammenstellung von großteils schon andernorts publizierten Aufsätzen des Verfassers zu drei Themenkomplexen. Im ersten Teil geht es um die "Krise der deutschen Moderne", wie sie sich im Wandel der deutschen Gesellschaft im 20. Jahrhundert vor allem nach der Reformeuphorie der 1960er und 1970er Jahre herausgebildet hat. Die Beiträge des zweiten Teils erörtern gesellschaftliche Spannungslinien der "neuen Moderne" - im Verhältnis der sozialen Klassen, der Generationen und der Geschlechter zueinander ebenso wie in den globalisierten Strukturen von Kapitalismus, Erwerbsarbeit und Mobilität. Die Beiträge des dritten Teils diskutieren politische Perspektiven - "rechte" wie "linke" Optionen, die "Rückkehr der Werte", "Patriotismus als Selbstverbesserung" und die Zukunft von Parteien und Demokratie. Abschließend stellt der Verfasser sein Konzept der "Investiven Gesellschaft" vor, das eine neue Ordnung der Werte jenseits des Konsums propagiert. (ICE2)

[23-CSA] Perilla Jimenez, Juan Ricardo:

An Empirical Approach to the Political Economy of Financial Crisis, in: Revista de Economía Institucional 2008, 10, 18, 179-211., 2008, ISSN: 0124-5996

INHALT: The paper presents a model of political loss to analyze the interrelationship between the political nature of economic decisions & their influence on the probability of financial crisis. Two diffe-

rent definitions of crises, currency & balance of payments, are used to verify the explanatory power of political factors on both definitions of crisis. Also, probit models are used on a sample of 63 countries between 1985 & 2000. The statistical evidence shows that while political factors are robust when they explain currency crises, they are more ambiguous in the explanation of balance of payments crises.

[24-L] Sablowski, Thomas:

Krisentendenzen der Kapitalakkumulation, in: Das Argument : Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften, Jg. 45/2003, H. 3 = H. 251, S. 438-452 (Standort: UB Bonn(5)-Z70/6; USB Köln(38)-XG01665; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Angesichts der Implosion der New Economy und der mit ihr verbundenen Aktienbaisse, der gehäuften Finanzkrisen in den "Schwellenländern", der drohenden Entwertung des US-Dollar und der ungebrochenen Stagnationstendenz in der Weltwirtschaft ist eine Diskussion über Akkumulations- und Krisentheorien hochaktuell. Eine Untersuchung der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie unter dem Gesichtspunkt ihrer Relevanz für die Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus stößt dabei auf ein Problem: Es gibt nicht die eine Marxsche Krisentheorie, sondern eine ganze Reihe von krisentheoretischen Ansätzen und Argumenten, die auf den ersten Blick oftmals widersprüchlich erscheinen und entsprechend zu Kontroversen über "die richtige" marxistische Krisentheorie Anlass gegeben haben. Der Essay rekonstruiert zunächst die marxistische Diskussion mit drei krisentheoretische Ansätzen: (1) das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, (2) die so genannte Profit-Squeeze-Theorie und (3) Unterkonsumtions-, Überproduktions- und Disproportionalitätskrisentheorien. Nach der Diskussion dieser krisentheoretischen Ansätze wird auf die monetäre Dimension des Akkumulationsprozesses eingegangen, um die Unzulänglichkeit von Krisentheorien deutlich zu machen, die von monetären Zusammenhängen abstrahieren. Abschließend werden regulationstheoretisch informierte Überlegungen zur Krise des Fordismus und zu den Perspektiven eines neuen Akkumulationsregimes skizziert. (ICA2)

[25-F] Schertler, Andrea, Dr. (Bearbeitung):

Determinanten und Effekte Internationaler Bankaktivitäten

INHALT: Der Bankensektor eignet sich in besonderer Weise für die Analyse der Interaktion zwischen verschiedenen Restriktionen bzgl. internationaler Kapitalbewegungen sowie Eintrittsstrategien von Finanzinstitutionen im Hinblick auf das Umgehen solcher Restriktionen. In einer, vor Kurzem abgeschlossenen, Untersuchung, wurden verschiedene empirische Tests verwendet, um die Rolle von politik-induzierten und markt-inhärenten Barrieren bzgl. der Integration der Finanzmärkte zu beleuchten. Eine Paneldatenanalyse zeigte dabei, dass Regulierungs- und Informationskosten einen Einfluss auf Kapitalströme zwischen Ländern haben. Darüber hinaus zeigte ein Vergleich der internationalen Portfolien von Banken mit einem Benchmarkportfolio, welches von einer Mittelwert-Varianz Optimierung abgeleitet wurde, dass kulturelle Ähnlichkeiten und die Existenz von Kapitalkontrollen erklären können, warum Banken vom Benchmarkportfolio abweichen. Gegenwärtig beschäftigen sich Mitarbeiter des Finanzmarktbereichs mit der Frage, in welchem Ausmaß Schocks durch internationale Kreditvergabe zwischen den Ländern übertragen werden.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Buch, C.M.; DeLong, G.: Cross-border bank mergers: what lures the rare animal? In: Journal of Banking and Finance (forthcoming).+++Buch, C.M.; DeLong, G.; DeYoung, R.: Exporting financial institutions management via foreign direct investment mergers and acquisitions. in: Journal of International Money and Finance (forthcoming).

ART: AUFTRAGGEBER: keine Angabe FINANZIERER: keine Angabe

INSTITUTION: Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel Forschungsbereich Finanzmärkte (Düsternbrooker Weg 120, 24105 Kiel)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0431-8814-496, e-mail: a.schertler@ifw.uni-kiel.de)

[26-L] Stühmer, Axel:

Vermeidung von Finanz- und Währungskrisen im Zuge der Liberalisierung von Finanzsystemen: eine Handlungsempfehlung, (Wirtschaftspolitik in Forschung und Praxis, 9), Hamburg: Kovac 2003, 272 S., ISBN: 3-8300-1135-0

INHALT: Immer häufiger lassen sich in den letzten Jahrzehnten Währungs- und Finanzkrisen (Zwillingskrisen) als Nachwehen der Liberalisierung der Finanzmärkte von Schwellenländern beobachten. Stühmer untersucht Ansätze zur Vorbeugung gegen solche Krisen. Aus der Analyse der Mexiko- und der Asienkrise gewinnt er stilisierte Fakten von Zwillingskrisen, auf deren Grundlage er einen Politikvorschlag entwickelt, der eine Liberalisierung des Finanzsystems umfasst, bei der das typische Auftreten von Zwillingskrisen vermieden werden kann. Stühmer empfiehlt den sukzessiven Abbau von Kapitalverkehrskontrollen nach einem vorher veröffentlichten Ablaufplan und gleichzeitig die sukzessive Etablierung eines mit den Marktmechanismen in Einklang stehenden Regulierungs- und Überwachungssystems für den Finanzsektor. Dazu gehört ein Ordnungsrahmen, der eine unabhängige Bankenaufsicht, eine Einlagensicherung und klare Publizitätspflichten sicherstellt. Weitere wichtige Elemente sind eine marktorientierte Regulierung und Regulierungsstrukturen; sie geben den Finanzmarktakteuren genügend Anreize zu Verhaltensweisen, die den Regulierungszwecken dienen. Entscheidend für die erfolgreiche Liberalisierung ist die Glaubwürdigkeit der Regierung während des Liberalisierungsprozesses. Nur wenn die Maßnahmen in dem angekündigten Umfang und Zeitrahmen umgesetzt werden, behält sie das Vertrauen der internationalen Finanzmärkte und kann die Gefahr von Krisen entscheidend reduzieren. (ZPol, VS)

[27-CSA] Wallison, Peter J.:

Dangerous Dithering: Congressional Inaction Plants the Seeds of Crisis., in: 6p Financial Services Outlook, AEI print index no. 22924, 2008, American Enterprise Institute for Public Policy Research

INHALT: For several years, important groups have warned that the US is losing its preeminence in the world's financial markets because of excessive regulation and litigation risk. One of these studies was cosponsored by a key member of the Senate, Charles Schumer (D-N.Y.) -- Yet no action has been taken on Capitol Hill, and for more than a year, legislation adopted by the House of Representatives to reform and improve the regulation of Fannie Mae and Freddie Mac has languished in the Senate Banking Committee.

[28-L] Welsch, Johann:

New Economy: Hoffnung des 21. Jahrhunderts oder Blühtraum?, in: WSI Mitteilungen : Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 56/2003, H. 6, S. 360-367 (Standort: USB Köln(38)-Haa964; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.boeckler.de/pdf/wsimit_2003_06_welsch.pdf)

INHALT: "Obwohl niemand genau sagen konnte, woher der Begriff der New Economy stammt, wer ihn erfunden hat und vor allem, was er meinte, sind Milliarden von Dollar, DM und sonstigen Währungen in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre in dieses Phänomen investiert worden. Ein wahrer 'Hype', ein Rausch, entstand. Wie ist er zu erklären? Die New Economy versprach vor allem den reifen Ökonomien ein neues 'goldenes Zeitalter'. Und sie weckte die Hoffnung, endlich ein wirksames Mittel gegen die Massenarbeitslosigkeit auch für Europa gefunden zu haben. Die Hoffnungen sind inzwischen verfliegen. Die New Economy steckt in einer tiefen Krise. Ist das das Ende dieses Phänomens oder lediglich ein vorübergehende Reinigungskrise. Der Autor plädiert für die zweite These und erörtert drei Fragen, um seine Vermutung zu begründen: Er befasst sich zunächst mit dem Begriff der New Economy, prüft dann die Einlösung der mit ihr verbundenen Verheißungen und gibt abschließend eine Antwort auf die im Titel enthaltene Fragestellung. Seine These: Die New Economy ist keineswegs am Ende. Ihre Hintergründe und Triebkräfte sind weiter wirksam, und zwar so mächtig, dass sie die gesamte Ökonomie erfassen und umwälzen. Wir erleben die Herausbildung einer digitalen Wissenswirtschaft, von der die New Economy allenfalls ein Vorreiter darstellt. Der technisch-wirtschaftliche Strukturwandel, dem die New Economy zunächst Ausdruck verliehen hat und der sich fortsetzen wird, stellt in großem Umfang technische und wirtschaftliche Potenziale be-

reit. Ob diese allerdings ausgeschöpft und zum Nutzen und Vorteil der Menschen mobilisiert werden, das ist weder eine Frage der Technik noch eine des Marktes, das ist vielmehr ganz entscheidend eine Frage der zukünftigen Politik." (Autorenreferat)

[29-L] Wolf, Winfried:

CasinoCapital: der Crash beginnt auf dem Golfplatz, (ISP-pocket, 64), Köln: Neuer ISP-Verl. 1997, 280 S., ISBN: 3-929008-64-5

INHALT: Der Band ist der dritte Versuch des Autors, 'die Wirtschaftskrise des real existierenden Kapitalismus umfassend' (7) zu analysieren. Dabei geht er von einer qualitativen Verschärfung der Krisensymptome aus, verglichen mit seinen Grunddaten 1977 (vor dem Hintergrund der ersten weltweiten Nachkriegsrezession) und 1988 (angesichts struktureller Massenarbeitslosigkeit in allen OECD-Staaten und ein Jahr nach dem ersten großen 'Börsenkrach' seit 1929). Als wichtigste Veränderung der Rahmenbedingungen erscheint ihm 1998 das Verschwinden aller 'relevanten nichtkapitalistischen Sektoren' in der Weltwirtschaft (7). Strukturelle Massenarbeitslosigkeit sowie die Krisenanfälligkeit der Finanz- und Aktienmärkte hätten sich in der Zwischenzeit als dauerhafte Negativfaktoren etabliert. Ausgehend vom jüngsten massiven Einbruch der Börsenkurse im Herbst 1997 unternimmt der Autor eine politische Kritik der 'globalisierten Ökonomie'. Der Reihe nach werden die Entwicklung an den Finanzplätzen, die Stagnation der Massenarbeitslosigkeit, das krasser werdende Unverhältnis von privatem Reichtum und öffentlicher Armut, die Folgen (und Scheinfolgen) der kommunikationstechnologischen Globalisierung der Märkte sowie die Rückkehr von historisch vermeintlich überwundenen Kapitalismuserscheinungen wie z. B. der extremen Deregulation erörtert. Im abschließenden Teil widmet sich der Autor dann der Frage nach einer (von ihm für notwendig erachteten) Alternative zur Entscheidung zwischen 'Markt' und 'Plan', die er offensichtlich im wesentlichen als vernünftige Integration von plan- und marktwirtschaftlichen Elementen in einem Wirtschaftssystem sieht, das von einer 'solidarischen Gesellschaft' (251) getragen wird. (ZPol, NOMOS)

2 Regionale Krisenherde im globalisierten Finanzsystem

[30-F] Auer, Ludwig von, PD Dr. (Leitung):

Internationale Finanz- und Währungskrisen

INHALT: Das im Jahr 2000 begonnene und auf mehrere Jahre angelegte Forschungsprojekt zur Analyse internationaler Finanz- und Währungskrisen wurde weitergeführt. Ziel des Projektes ist es, die Entstehung von Finanz- und Währungskrisen zu analysieren und ihr Ansteckungspotential für andere Länder zu ergründen. Daneben sollen auch Indikatoren erarbeitet werden, die Aufschluss über die Anfälligkeit einzelner Länder gegenüber Krisen geben können.

ART: *BEGINN:* 2002-01 *ENDE:* 2006-05 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Universität Magdeburg, Fak. für Wirtschaftswissenschaft, Lehrstuhl VWL, insb. Internationale Wirtschaft (Postfach 4120, 39016 Magdeburg)

KONTAKT: Leiter (e-mail: ludwig.vonauer@ww.uni-magdeburg.de, Tel. 0391-6718174)

[31-L] Boris, Dieter:

Finanzkrisen in Schwellenländern, in: Michael Berndt, Ingrid El Masry (Hrsg.): Konflikt, Entwicklung, Frieden : emanzipatorische Perspektiven in einer zerrissenen Welt ; eine Festschrift für Werner Ruf, Kassel: Jenior u. Pressler, 2003, S. 69-82, ISBN: 3-934377-83-1 (Standort: UB Kassel(34)-25polT3KSF)

INHALT: Der Beitrag untersucht Erklärungsvarianten und Auswirkungen von Finanzkrisen in Schwellenländern im lateinamerikanisch-ostasiatischen Vergleich. Dabei geht der Autor insbesondere auf die innergesellschaftlichen Konflikte ein, die sich in Folge der Bearbeitung der Finanzkrisen nach den Kriterien von IMF und Weltbank ergeben. So werden nach einem kurzen Resümee der vorherrschenden Erklärungsvarianten des Phänomens der Finanzkrisen (makroökonomische Ungleichgewicht in den betreffenden Ländern, Vetternwirtschaft usw.) die allgemeinen Hintergründe und Kernmechanismen der Krisen dargestellt. Ferner werden die variierenden, internen und externen Bedin-

gungen der Krisenprozesse thematisiert sowie die sozialen, ökonomischen und politischen Kosten der Finanzkrisen beschrieben. Zur Konfliktprävention und auch zur Abwendung von Finanzkrisen werden schließlich Anforderungen an die Politik der Industrieländer formuliert. Hierzu sind auf makroökonomischer Ebene drei Eingriffsmöglichkeiten denkbar: (1) Kapitalverkehrskontrollen, (2) Devisentransaktionssteuer sowie (3) ein verändertes kooperatives Weltwährungssystem. (ICG2)

[32-L] Chakraborty, Rabindra Nath:

Linkages between pension policies and financial sector development: the cases of Japan and Thailand, (Berichte und Gutachten (Erscheinen eingestellt), 12/1999), Berlin 1999, 60 S., ISBN: 3-88985-210-6 (Standort: UuStB Köln(38)-20000106010; Graue Literatur)

INHALT: Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Frage nach den Auswirkungen der Finanzkrise in Asien auf die Alterssicherung. Der Verfasser entwirft ein analytisches Modell, das es erlaubt, Einflüsse des Finanzsystems auf die Alterssicherung sowohl unter normalen Rahmenbedingungen als auch in Krisenzeiten zu analysieren. Am Beispiel Japans und Thailands wird gezeigt, in welcher Weise die Rücklagen der Rentenversicherung angelegt werden. Vor diesem Hintergrund werden Auswirkungen der Krise des Finanzsystems in Asien auf die Anlage von Rücklagen herausgearbeitet. Solche Auswirkungen traten auf in Gestalt sinkender Wertpapierkurse, der Akkumulation notleidender Kredite sowie sinkender Wachstumsraten, Gewinne und Rentenbeiträge. Umgekehrt existieren auch Einflüsse, die von einem Rentenfonds auf das Finanzsystem ausgehen. So kann ein Rentenfonds die Betriebskosten der Finanzintermediäre senken und zu einer Diversifizierung des Finanzsektors beitragen. Vor diesem Hintergrund werden abschließend Vorschläge für die Gestaltung der Alterssicherung in Japan und Thailand diskutiert. (ICE)

[33-L] Chirathivat, Suthiphand; Molteni, Corrado (Hrsg.):

EU-ASEAN economic relations: the impact of the Asian crisis on the european economy and the long-term potential, (Asia-Europe Studies Series, 1), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2000, VI, 140 S., ISBN: 3-7890-6430-0

INHALT: Europäische Wirtschaftswissenschaftler werfen einen Blick auf die Auswirkungen der Asienkrise. Asiatische Kollegen aus Universitäten, die im Rahmen des European Studies Programme mit europäischen Universitäten kooperierten, liefern die Kommentare dazu. Inhaltsverzeichnis: Carlo Filippini: The Impact of the Asian Crisis on the European Economy (9-34); Pairoj Vongvivanond: Discussion on 'The Impact of the Asian Crisis on the European Economy' (35-36); Jenny Corbett / David Vines: The Asian Crisis: Lessons from the Collapse of Financial Systems, Exchange Rates, and Macroeconomic Policy (37-74); Rodolfo Helg: East and South-East Asian Economies and the EU: Patterns of Specialisation and Intra-Industry Trade (75-94); Paitoon Wiboonchutikula: Discussion on 'East and South-East Asian Economies and the EU: Pattern of Specialisation and Intra-Industry Trade' (95-97); Bernard Haudeville: EU Technology and Innovation Policy as a Part of European Integration: Relevance for ASEAN (98-114); Somsak Tambunlertchai: Discussion on 'EU Technology and Innovation Policy as a part of European Integration: Relevance for ASEAN' (115-117); Teofilo C. Daquila: Policy Responses to the ASEAN Economic Crisis: Some Implications Towards Closer ASEAN-EU Relations (118-136); Bui Huy Khoat: Discussion on 'Policy Responses to the ASEAN Economic Crisis: Some Implications towards Closer ASEAN-EU Relations' (136). (ZPol, NOMOS)

[34-L] Cho, Hyekyung; Kalinowski, Thomas:

Finanzmarktliberalisierung und Bankenprivatisierung in Korea, in: Patrick Köllner (Hrsg.): Korea 2006 : Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, 2006, S. 71-86, ISBN: 978-3-88910-331-4 (Standort: UB Bielefeld(361)-OA7/99.00/K8 Z9)

INHALT: Die Verfasser setzen sich mit der Finanzmarktliberalisierung seit Anfang der 1990er-Jahre auseinander, die als einer der Ursachen der Finanzkrise von 1997/98 bezeichnet wird. Die koreanische Regierung und der Internationalen Währungsfonds (IWF) machen jedoch vor allem die halbherzige und fehlerhafte Implementierung der Liberalisierungsschritte unter Kim Young-sam für die Kri-

se verantwortlich und nicht die Liberalisierung als solche. Konsequenterweise wurde die Liberalisierung im Zuge der Krise nicht abgebrochen, sondern beschleunigt. Es wird gezeigt, dass ausländische Investoren keine entscheidende Rolle bei der Überwindung der Krise gespielt haben - die Verfasser heben die Bedeutung staatlicher Intervention hervor. Durch die Sozialisierung so genannter fauler Kredite wurden die Kosten der Krise auf den Steuerzahler abgewälzt. Anschließend wird die (Re-) Privatisierung der im Zuge der Krise verstaatlichten Banken untersucht. Nach und nach wurden immer mehr fragwürdige Umstände der Privatisierungen bekannt, die eine rege Diskussion in Korea entfacht haben. Vor diesem Hintergrund werden die Folgen der ausländischen Dominanz im Bankensektor thematisiert. Zwar ist der Bankensektor in Korea heute äußerst profitabel, dafür wird er seiner intermediären Funktion zur Finanzierung von Investitionen immer weniger gerecht. Die Folgen der Bankenreformen sind ambivalent. Viele Erwartungen im Hinblick auf die positiven Auswirkungen der Liberalisierung des Finanzsystems und der Privatisierung der Banken haben sich nicht bestätigt. Zwar sind die Banken in Korea heute sehr profitabel und bescheren ihren meist ausländischen Aktionären hohe Gewinne. Dieser Übergang zum profitorientierten Shareholder-Kapitalismus bedeutet jedoch auch eine stärkere Orientierung an den kurzfristigen Profitinteressen der Investoren. Die Kehrseite ist, dass die Banken ihrer Funktion als Kreditgeber für langfristige Investitionen immer weniger gerecht werden und sich vielmehr auf kurzfristige Kredite an Privathaushalte konzentrieren. Dies trifft vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen stark und fördert so noch die ohnehin bereits problematische Konzentration von Kapital. Schließlich hat auch die Art der Durchführung der Bankenprivatisierung die zunächst weit verbreitete positive Einstellung gegenüber ausländischen Investitionen in Korea unterminiert. Die ursprüngliche Vermutung, die ökonomische Liberalisierung und der Einfluss ausländischer Investoren würden helfen, den koreanischen "Crony Capitalism" zu überwinden, hat sich nicht bestätigt. Vielmehr spricht vieles dafür, dass sich der bisher national orientierte "Crony Capitalism" lediglich internationalisiert hat. (ICG2)

[35-L] Dieter, Heribert:

Finanzkrise in Südamerika: Argentinien, Brasilien und Uruguay in schweren Turbulenzen, (SWP-Aktuell, 35), Berlin 2002, 8 S. (Graue Literatur;
www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=409)

INHALT: "In Argentinien zeigt sich, neun Monate nach dem Ende des 'currency board', das ganze Ausmaß der verheerenden Wirtschaftskrise. Dieser Kollaps der argentinischen Wirtschaft hat sich, entgegen der Hoffnung vieler Beobachter, nun doch zu einem Flächenbrand in Lateinamerika ausgeweitet. Inzwischen stecken auch Brasilien und Uruguay in einer schweren Krise und haben den Internationalen Währungsfonds um Beistand gebeten. Dessen Politik ist widersprüchlich: Argentinien wird ein weiterer Kredit verweigert, während Brasilien den größten Einzelkredit in der IWF-Geschichte in Anspruch nehmen darf." (Autorenreferat)

[36-L] Dieter, Heribert:

Japan am Abgrund?: die anhaltende Finanzkrise gefährdet die Stabilität der Weltwirtschaft, (SWP-Aktuell, 10), Berlin 2002, 8 S. (Graue Literatur;
www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=410)

INHALT: "Seit Anfang der 90er Jahre befindet sich die zweitgrößte Ökonomie der Welt in einer Krise. Die Rückkehr zu kräftigem Wirtschaftswachstum ist gegenwärtig nicht in Sicht. Eher nehmen mit dem Anhalten der Krise die Risiken für die gesamte Weltwirtschaft zu. Japan steckt in einer sich selbst verstärkenden Abwärtsspirale. Der japanische Finanzsektor ist extrem überschuldet. Das gleiche gilt für den Staat. Notwendig wäre in dieser verfahrenen Situation eine entschlossene Reformpolitik. Da dies von der Regierungspartei LDP nicht zu erwarten ist, droht Japan in einen durch Deflation verstärkten wirtschaftlichen Zusammenbruch zu schlittern. Eine sich drastisch verschlechternde wirtschaftliche Lage des Landes hätte verheerende Konsequenzen für die Weltwirtschaft: Sie würde unweigerlich zu einem Abzug japanischen Kapitals aus den USA führen und hätte dramatische Auswirkungen auf den Kurs des Dollar, auf die Perspektiven der amerikanischen Ökonomie und damit auf die Stabilität der Weltwirtschaft." (Autorenreferat)

[37-L] Dieter, Heribert:

Ostasien nach der Krise: interne Reformen, neue Finanzarchitektur und monetärer Regionalismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2000, B 37/38, S. 21-28 (www.bpb.de/publikationen/J333HG,0,0,Ostasien_nach_der_Krise%3A_Interne_Reformen_neue_Finanzarchitektur_und_monet%20erer_Regionalismus.html)

INHALT: "Drei Jahre nach Beginn der Asienkrise sind in einigen der betroffenen Länder deutliche Zeichen der wirtschaftlichen Belebung zu erkennen. Die Krise hat in Ostasien dennoch zu tiefgreifenden Veränderungen geführt. Heute zeichnet sich die Entwicklung einer neuen Form der supranationalen regionalen Zusammenarbeit in Ostasien ab. Falls die geplanten Maßnahmen erfolgreich implementiert werden sollten, helfen bei künftigen Krisen die Nachbarn, nicht mehr der Internationale Währungsfonds. Außerhalb Ostasiens hat die Krise hingegen nicht zu einem Umdenken geführt. Zwar wurden neue Institutionen zur Stabilisierung der internationalen Finanzmärkte, vor allem das Forum für Finanzmarktstabilität, geschaffen. Diese eher kosmetischen Maßnahmen werden neue, große Finanzkrisen aber nicht verhindern." (Autorenreferat)

[38-L] Dieter, Heribert:

Die Asienkrise: Ursachen, Konsequenzen und die Rolle des Internationalen Währungsfonds, Marburg: Metropolis-Verl. 1998, 195 S., ISBN: 3-89518-201-X

INHALT: Dieter, der sich mehrmals zu Forschungszwecken in Asien aufgehalten hat, zieht eine vorläufige Bilanz der Asienkrise. Er diskutiert sowohl länderinterne Ursachen, wie die zu frühzeitige Deregulierung der unterentwickelten Finanzmärkte, als auch externe Gründe, insbesondere die japanische Niedrigzinspolitik. Der Autor hält die externen Ursachen für entscheidend und betrachtet die Asienkrise als Ausfluß eines Systemfehlers der globalisierten Wirtschaft. Er weist darauf hin, daß die makroökonomische Lage vor der Krise die plötzliche Kapitalflucht nicht rechtfertigte. Dieter übt scharfe Kritik an den seiner Meinung nach krisenverschärfenden Hilfsprogrammen des IWF, der einseitig die Interessen der westlichen Gläubiger vertreten habe. Als Ergebnis der Asienkrise sagt der Autor eine stärkere Abgrenzung Asiens gegenüber dem Westen unter Führung von China voraus. Das Buch schließt mit einer Chronologie der Asienkrise von Januar 1997 bis Juni 1998. Inhaltsübersicht: 2. Die Situation vor Ausbruch der Krise; 3. Die Risiken von Leistungsbilanzdefiziten und Kapitalzuflüssen aus dem Ausland; 4. Die Entwicklung und die Ursachen der Krise; 5. Zur Rolle des IWF; 6. Schritte zur Überwindung der Krise; 7. Bedarf das internationale Finanzsystem einer neuen Architektur?; 8. Konsequenzen der Asienkrise für die Region und die Weltwirtschaft; 9. Fazit und Ausblick: Folgt die verlorene Dekade Asiens? (ZPol, NOMOS)

[39-L] Ehrke, Michael:

Japan: es bleibt alles beim alten, (FES-Analyse), Bonn 1999, o.A. (Graue Literatur; library.fes.de/fulltext/stabsabteilung/00821toc.htm)

INHALT: "Die Hoffnungen auf politische Reformen des japanischen politischen Systems, die 1993 aufkamen, als die Spaltung der größten Fraktion der regierenden LDP, der Heiseikai, zum ersten Regierungswechsel seit fast 40 Jahren geführt hatte, sind vorläufig beendet: Die alte Heiseikai, der machtpolitische Kern der LDP, ist wieder hergestellt. Es ist, wie es scheint, alles wieder beim alten. Die Politik Japans unter der LDP ist ein selbstreferenzielles System, das seine Umwelt auch nur wahrzunehmen nicht mehr in der Lage ist. In der Außenpolitik bleibt die Weigerung, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, das entscheidende Hindernis. Die wirtschaftlich bereits weitgehend integrierte Region wird sicherheitspolitisch durch die Präsenz der USA zusammengehalten. Japan verbleibt politisch in einer autistisch-isolationistischen Position, die seine Unternehmen wirtschaftlich längst überwunden haben. Erklärungen der japanischen Wirtschaftskrise sind vielfältig. Eine Interpretation sieht die Krise als Symptom für die Erschöpfung des 'japanischen Wirtschaftsmodells'. Mitverantwortlich sind die Schwäche der anonymen Regelsysteme Markt und Recht und deren Substitution durch informelle persönliche Netzwerke. Eine zweite Interpretation begrenzt die These der 'Modellerschöpfung' auf das Finanzsystem. Banken, Wertpapierhäuser und Versicherungen waren der internationalen Konkurrenz nie ausgesetzt, und die nationale Konkurrenz wurde bisher durch staatliche

Regulierung eingeschränkt. Die systemimmanente Kollusion zwischen privaten Banken und Finanzverwaltung enthält eine implizite Garantie für die Privaten, deren Risiko weitgehend vom Staat (d.h. vom Steuerzahler) gedeckt wird. Das Finanzsystem konnte und mußte daher keine Kompetenz im Risikomanagement - die Kernkompetenz dieses Wirtschaftssektors - entwickeln. Einem dritten Ansatz zufolge liegt das wirkliche Problem Japans nicht in einer sinkenden potentiellen, sondern in der zunehmenden Differenz zwischen potentieller und wirklicher Wachstumsrate. Das Schließen dieser Differenz ist die Aufgabe makroökonomischer Steuerung, und es ist das makroökonomische Mißmanagement der Regierung, das für die Krise und deren derzeitige Zuspitzung verantwortlich zu machen ist. Andere sehen die zentrale Krisenursache in der exzessiven Ersparnis der Haushalte. Die Investitionszurückhaltung der Unternehmen ist nur eine Folge des stagnierenden oder rückläufigen privaten Konsums. In geldpolitischer Hinsicht ist Japan in einer 'Liquiditätsfalle' gefangen: Die Geldpolitik greift nicht, weil die Haushalte (und Unternehmen) bei jedem positiven Zinssatz das Halten von Liquidität dem Konsum (der Investition) vorziehen. Das größte Risiko, vor dem die japanische Wirtschaft zur Zeit steht, liegt in der Stabilisierung sich wechselseitig bestätigender negativer Erwartungen. Keinen Ausweg bietet die Reform- und Deregulierungsdebatte, und angesichts der 'Liquiditätsfalle' greift die konventionelle Geldpolitik, die ausgereizt ist, (der nominale Zinssatz kann nicht unter Null liegen) per definitionem nicht. Die Wirkung einer expansiven Fiskalpolitik ist ambivalent zu bewerten. Eine expansive Fiskalpolitik müßte von einer Reformpolitik ergänzt werden, die sich auf die Dimension erwarteter sozialer Risiken auswirkt oder den Zwang zur Ersparnisbildung an anderer Stelle abmildert. Eine Reform des Bankensystems ist unabdingbar - was aber nicht heißt, daß die Finanzreform ein Allheilmittel gegen die Krise wäre." (Autorenreferat)

[40-L] Eli, Max:

Japan - Gratwanderung einer Weltwirtschaftsmacht: Absturz oder Stabilisierung?, (Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg, 363), Hamburg 2003, 207 S., ISBN: 3-88910-286-7 (Standort: UB Duisburg(464)-PNA17542; Graue Literatur)

INHALT: Die vergangene Dekade wird von vielen japanischen und internationalen Wirtschaftsexperten als ein verlorenes Jahrzehnt für die japanische Wirtschaft angesehen. Einzelne Sektoren wie z. B. die Finanzwirtschaft stehen sogar ständig vor dem Kollaps, der nur durch massive staatliche Interventionen abgewendet werden kann. Eli analysiert die Lage der japanischen Wirtschaft, nutzt dafür jedoch nicht allein das volkswirtschaftliche Analyseinstrumentarium, sondern verwendet vielmehr einen breiteren sozialwissenschaftlichen Ansatz. Auch Eli konstatiert einen umfassenden Reformbedarf der japanischen Wirtschaft. Welche Strategien dabei verfolgt werden, untersucht er vor allem anhand der großen Handelsunternehmen. Trotz allem erwartet Eli jedoch keinen Zusammenbruch der japanischen Wirtschaft. Dagegen sprechen aus seiner Sicht das wirtschaftliche Potenzial des Landes sowie die Widerstandskraft der Menschen. Er sagt jedoch lediglich eine 'Stabilisierung der Wirtschaft auf niedrigerem Niveau' (170) voraus. Inhaltsübersicht: 1. Das verlorene Jahrzehnt 1990-2000; 2. Die Wirtschaft nach Eintritt in das 21. Jahrhundert; 3. Krisenbewältigungsversuche durch die Wirtschaft; 4. Krisenbewältigungsversuche durch die Regierung; 5. Japan in der Welt von morgen; 6. Zusammenfassung; 7. Exkurs: Chancen und Risiken für deutsch-japanische Joint Ventures. (ZPol, Leske u. Budrich)

[41-L] Hanisch, Rolf:

Die Philippinen in der Asienkrise, (FES-Analyse), Bonn 2000, o.A. (Graue Literatur; library.fes.de/fulltext/stabsabteilung/00897.htm)

INHALT: "Die Wahlen der letzten Jahre haben gezeigt, daß die alten Familien, die Klientelnetze und Selbstprivilegierungsgruppen noch eine wichtige Rolle für die Wahlentscheidung spielen. Vorerst gescheitert ist ein Fortschritt bei der Institutionalisierung des Parteiensystems. Der seit 1998 amtierende Präsident Estrada muß viele Interessengruppen, die ihn im Wahlkampf unterstützten, bedienen, ist aber durch die Krisenzwänge und eine aufmerksame internationale Öffentlichkeit (IWF, Finanzmärkte) in seinem Handlungsspielraum eingeeengt. Innenpolitisch stützt ihn sein bemerkenswertes Showtalent, das ihm bislang eine unvermindert hohe Zustimmungsrates insbesondere der armen Bürger und Wähler sichert. Dadurch werden die Probleme selbst noch nicht gelöst, aber eben auch nicht

politisch verschärft. Die Estrada-Administration setzt im Prinzip die Politik von Ramos fort, die mit dem IWF ausgehandelt und abgestimmt und mehr oder weniger effizient umgesetzt wird. Man versucht, die Steuereinnahmen zu erhöhen, die Haushaltsdisziplin zu wahren und den Kapitalverkehr offen zu halten, also nicht dem Beispiel Malaysias (1998) zu folgen und die Reform zurückzudrehen. Erholungstendenzen für die Wirtschaft sind inzwischen sichtbar. 1999 wird ein moderat positives Wachstum bringen (vielleicht 2,4 Prozent). Für das Jahr 2000 werden etwa 3 Prozent prognostiziert. Obwohl die Krise die Philippinen weniger hart traf als einige andere Länder der Region, traut man dem Land im Augenblick nicht zu, nun zu den anderen Wachstumsökonomien aufzuschließen zu können. Standortnachteile sind insbesondere die ineffiziente, schwerfällige, auch unberechenbare, da korrupte Bürokratie und Justiz mit einer Klientelwirtschaft bis in die höchste Spitze des Staatsapparates; die infrastrukturelle Ausstattung im Verkehrs- und Kommunikationsbereich sowie eine unzureichende und teure Energie- und Wasserversorgung. Ferner gelten die Lohnkosten als zu hoch und die Arbeitsbeziehungen als zu sehr reguliert und zu rigide. Zentrale Bedeutung haben eine Steuerreform und die Effektivierung des Steuersystems. Eine effiziente und nicht-korrupte Staatsadministration ist zu Niedriggehältern nicht zu haben (auch wenn die Besoldungsfrage das Problem allein nicht löst). Selbst wenn Teile der Infrastruktur privatisiert sind bzw. werden, bleibt ein gewaltiger öffentlicher Investitionsbedarf sowohl in die materielle, wie auch die humane Infrastruktur (Bildung, Gesundheit)." (Autorenreferat)

[42-L] Hanisch, Rolf:

Malaysia in der Asienkrise, (FES-Analyse), Bonn 2000, o.A. (Graue Literatur; library.fes.de/fulltext/stabsabteilung/00908.htm)

INHALT: "Die jüngste Asienkrise traf das Land kaum weniger heftig als die anderen Länder der Region. Dabei wurden Schwachstellen des bisherigen wirtschaftlichen Expansionskurses aufgedeckt und, wie in derartigen Fällen üblich, übertrieben abgestraft. Das heißt nicht, dass Malaysia die Krise selbst auch ausgelöst hätte. Das Land wurde nicht Opfer einer Verschwörung, sondern wurde 'angesteckt'. Auch Malaysia konnte sich den realwirtschaftlichen Konsequenzen der Finanzkrise nicht entziehen. Firmenzusammenbrüche, Zahlungsschwierigkeiten und Entlassungen sind auch hier zu verzeichnen. Die Realwirtschaft erlebte 1998 eine fühlbare Kontraktion. Seither scheint sie sich jedoch wieder zu erholen. Wie in Indonesien vermengte sich mit der Wirtschafts- eine politische Krise. Anders als dort kam es jedoch nicht zu chaotischen Zuständen, einer Rückkoppelung der politischen auf die wirtschaftliche Krise und deren Verstärkung oder zum Rücktritt des langjährigen Autokraten. Der Machtkampf zwischen dem alternden Premier Mahathir und seinem designierten Nachfolger und Stellvertreter Anwar Ibrahim wurde unter tiefer Demütigung Anwars entschieden. Inhaltlich ging es um unterschiedliche Auffassungen beim Management der Finanz- und Wirtschaftskrise. Während der Finanzminister eine 'IWF-Politik ohne IWF' verfolgte, setzte der Premier auf ein mehr interventionistisches Krisenmanagement, durch das sich Malaysia seit September 1998 von den übrigen Krisenstaaten der Region unterscheidet. Die Rezession hatte Konsequenzen: Der Einbruch der Investitionen führte zur Schließung der Sparlücke und zu einer positiven Leistungsbilanz und zur Aufstockung der Devisenreserven. Im Bankensektor stiegen die notleidenden Kredite, was zu einer größeren Zurückhaltung bei der Vergabe neuer Kredite führte. Gleichzeitig ging auch die Finanzierung über den Kapitalmarkt deutlich zurück. Beides hat die Liquiditätsengpässe für die Unternehmen verschärft. Die Rezession hatte natürlich auch Einfluss auf die persönlichen Einkommen und den Arbeitsmarkt. Aus der Perspektive der Armen und der Armut im Lande sind die Effekte allerdings deutlich geringer als in den Nachbarstaaten. 1999 brachte dann doch wieder ein Wirtschaftswachstum von über 5 Prozent, nach einem Rückgang von -7,5 Prozent im Jahr davor. Wachstumsmotor war wieder der Export (+ 10 %), der auch die Importe mit hochzog (+ 7 Prozent). Die Inflation befindet sich im Griff (+ 2,8 Prozent), die Arbeitslosigkeit ist auf ihren niedrigen Stand vor der Krise zurückgefallen (3,2 Prozent). Die internationalen Devisenreserven (31 Mrd. Dollar) sind beträchtlich." (Autorenreferat)

[43-L] Hanisch, Rolf:

Indonesien, (FES-Analyse), Bonn 2001, o.A. (Graue Literatur; library.fes.de/fulltext/stabsabteilung/01038.htm)

INHALT: "Die Asienkrise traf Indonesien heftiger als die anderen Krisenländer. Durch das fehlende Vertrauen in das Krisenmanagement und die politische Entwicklung fiel die Erholung bisher nur moderat aus. Der vergangene Boom und die politisierten Rentenbeziehungen haben die Bildung großer Vermögen in Unternehmenskonglomeraten ermöglicht. Die Krise hat diese Unternehmen, die sich zuletzt auch im Ausland hoch verschuldeten, und viele inländische Banken in die Insolvenz getrieben. Bisher gelang es den Wirtschaftseliten, eine Ratifizierung ihres Scheiterns durch Hinhaltenaktiken bei den Umschuldungs-/ Umstrukturierungs- und Insolvenzverfahren weitgehend zu vermeiden. Selbst nach Übernahme der Unternehmen durch eine staatliche Auffang- und Abwicklungsbehörde verblieb bei ihnen meist das Management und damit die Kontrolle über 'ihre' ehemaligen Unternehmer. Die Armut, in den Boomjahren deutlich rückläufig, nahm in der Krise drastisch zu und schwächt sich erst jetzt wieder ab. Auch die Unter- und Mittelschichten erlebten zum Teil gravierende Einkommensverluste. Im politischen Transitionsprozess traten jedoch nur die Studenten kollektiv in Erscheinung, deren Berufsaussichten sich durch die Krise weiter drastisch verschlechtert haben. Sie hatten einen wesentlichen Anteil am Sturz Suhartos und seines Regimes. Die Wirtschaftskrise führte zu einer Destabilisierung des Staatsverbandes und zu einer Liberalisierung und Demokratisierung des politischen Systems. Die inzwischen demokratisch legitimierte Regierung ist jedoch noch sehr instabil, die Demokratie noch längst nicht konsolidiert. Das hat wiederum auch Konsequenzen für den wirtschaftlichen Reform- und Erholungsprozess." (Autorenreferat)

[44-L] Hayo, Bernd:

Einstellungen der Koreaner zur Finanzkrise 1997 und wirtschaftliche Reformvorhaben, in: Gert Pickel, Susanne Pickel (Hrsg.): Demokratisierung im internationalen Vergleich : neue Erkenntnisse und Perspektiven, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2006, S. 351-366, ISBN: 3-531-15113-4 (Standort: UB Bonn(5)-2007/2594)

INHALT: Der Beitrag untersucht am Beispiel Koreas, wie die Bevölkerung die ökonomischen und politischen Ursachen der Finanzkrise im Jahr 1997 und mögliche wirtschaftliche Reformvorschläge einschätzt. Dabei wird auch darauf eingegangen, ob die Demokratie nach Ansicht der Bevölkerung einen Beitrag zum Aufkommen der Krise geleistet hat und wie das Eingreifen des Internationalen Währungsfonds bewertet wird. Die Analyse stützt sich auf repräsentative Bevölkerungsumfragen, die in Korea in den Jahren 1998 und 1999 durchgeführt worden sind. Die wirtschaftlichen Reformmaßnahmen werden mit Hilfe einer Faktoranalyse zu markt- bzw. staatsorientierten Reformstrategien zusammengefasst. Die soziodemographischen, wirtschaftlichen und politischen Hintergründe, die zur Erklärung der sehr unterschiedlichen Vorstellungen über die Reformen zur Bewältigung der Krise beitragen, werden ebenfalls diskutiert. Die Charakteristika zur Einstellung zu Marktreformen in Korea werden schließlich im Vergleich mit Ergebnissen aus einer Studie zu Osteuropa diskutiert. Zum Abschluss erfolgen eine Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse und eine Diskussion wirtschaftspolitischer Schlussfolgerungen. (ICI2)

[45-L] Heide, Holger (Hrsg.):

Südkorea - Bewegung in der Krise, Bremen: Atlantik Verl.- u. Medienges. 2000, 247 S., ISBN: 3-926529-32-6

INHALT: Ergebnisse eines internationalen Workshops zum Thema 'Südkorea - Aufstieg, Krise, Auswege - Versuch einer sozialökonomischen Annäherung', der im Februar 1999 an der Universität Bremen stattfand. Die größtenteils kapitalismuskritischen Beiträge richten sich eher an Spezialisten, die bei einigen Aufsätzen zumal eine hohe Toleranz für sozialwissenschaftlichen Jargon mitbringen müssen. Inhaltsverzeichnis: Holger Heide: Zur Bedeutung der Subjektivität für die südkoreanische Akkumulationsweise (11-39); Kim Jin Kyoony: Die Krise Südkoreas und die Suche nach alternativen Ansätzen (40-59); Hwang Sun-Gil: Das regionale Akkumulationsregime Ostasiens - Zur Minjung-Solidarität in Ostasien (60-89); Stephan Meins: Die Bedeutung ökonomischer Institutionen für die

südkoreanische Entwicklung - Hyundäismus als Erklärungsmodell? (90-114); Sabine Wolf: Arbeit als Pathologie auch der 'anderen Moderne'? - Zum Zusammenhang zwischen Modernisierung und geschlechtlicher Arbeitsteilung (115-134); Kim Eun-Young: Krise der Gesellschaft - Krise der Familie (135-147); Lim Young-Il: Arbeiterbewegungen während der Krise in Korea (148-164); Hwang Ki-Don: Ökonomische Krise und der Neubeginn der ArbeiterInnenbewegung in Südkorea - Lehren aus den Erfahrungen der Wirtschaftskrise 1997/98 (165-179); Willi Hajek: Gewerkschaften und ihr Verhalten während der Krise (180-188); Kang In-Soon: Lehren aus der Frauenbewegung - Entwicklung einer neuen Konzeption. Erfahrungen der Arbeiterinnen in der Region Masan-Changwon (189-210); Kang Su-Dol: Erfahrungen und Ideen aus den Alternativbewegungen: Versuche zur Überwindung der Arbeitsgesellschaft? (211-226); Helga Picht: Die Koreanistik und das Koreabild in Europa (227-233). (ZPol, NOMOS)

[46-L] Herr, Hansjörg:

Die Finanzkrise in Russland im Gefolge der Asienkrise, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2000, B 37/38, S. 29-38
(www.bpb.de/publikationen/D0THIA,0,0,Die_Finanzkrise_in_Russland_im_Gefolge_der_Asienkrise.html)

INHALT: "Im August 1998, ein Jahr nach der Asienkrise, machte eine tiefe Währungs- und Finanzkrise die zuvor aufkeimenden Hoffnungen auf den Beginn einer Erholung der russischen Ökonomie zunichte. Der russische Staat wurde zahlungsunfähig, da er mit hohen Fremdwährungskrediten belastet war und gleichzeitig der Anleihemarkt in Rubel zusammenbrach. Die wichtigste Ursache der Krise in Russland ist in den ungelösten fiskalischen Problemen und dem instabilen Bankensystem zu sehen. Wie in den Krisenländern Asiens drehten sich mit dem Einbruch der Krise die internationalen Kapitalströme um. Das russische Finanzsystem hat sich bis heute nicht erholt, so dass ein anhaltender ökonomischer Aufschwung in Russland allein schon aufgrund dieses Umstandes eine geringe Wahrscheinlichkeit hat." (Autorenreferat)

[47-L] Hilpert, Hanns Günther; Laumer, Helmut:

Japans steiniger Weg ins 21. Jahrhundert, in: Ifo-Schnelldienst : Wochenberichte, Jg. 51/1998, H. 21, S. 11-25 (Standort: USB Köln(38)-FHM XG1454; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der dramatische Wertverlust der japanischen Währung von mehr als 40% innerhalb von drei Jahren, der nur durch die gemeinsame, massive Intervention der Notenbanken der USA und Japans (vorläufig?) gestoppt werden konnte, war ein neuer, unerfreulicher Höhepunkt der Krise, in der sich Japans Wirtschaft seit nunmehr mindestens sechs Jahren befindet. Eine erfolgversprechende Bekämpfung der Krise scheiterte bisher nicht zuletzt an der latenten Schwäche des politischen Systems, die mit dem Rücktritt des Premierministers Hashimoto nach der empfindlichen Niederlage bei den Oberhauswahlen am 12. Juli erneut deutlich wurde. Es ist zu hoffen, daß als Nachfolger ein Politiker in dieses Amt gewählt wird, der Pragmatiker und Visionär zugleich ist. Als Pragmatiker ist seine Fähigkeit gefragt, die kurzfristig anstehenden Probleme der Rezessionsbekämpfung und der Überwindung der die Wirtschaft lähmenden Bankenkrise zu bewältigen, als Visionär sollte er seinen Landsleuten wieder das nach dem Platzen des 'Bubble' abhanden gekommene Vertrauen in die Zukunft Japans vermitteln können." (Autorenreferat)

[48-F] Hoff, Benjamin (Bearbeitung); Grözinger, Gerd, Prof.Dr. (Betreuung):

Solidarität, Wettbewerb und Haushaltskrisen im föderalen Wohlfahrtsstaat

INHALT: keine Angaben

ART: *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: keine Angabe

INSTITUTION: Universität Flensburg, Zentrum für Bildungsforschung (Auf dem Campus 1, 24943 Flensburg)

KONTAKT: Betreuer (Tel. 0461-805-2761, Fax: 0461-805-2816, e-mail: groezing@uni-flensburg.de)

[49-L] Holste, Björn Holger:

Stabilität des Europäischen Finanzsystems: vor dem Hintergrund der südostasiatischen Finanzkrise im Hinblick auf die Osterweiterung der EU, Berlin: dissertation.de 2003, 293 S., ISBN: 3-89825-576-X

INHALT: Welche Erfahrungen aus der Asienkrise können genutzt werden, um die Stabilität des europäischen Finanzsystems bei der Eingliederung der osteuropäischen Wirtschaften in die Europäische Union zu sichern? Holste gelangt zu dem Ergebnis, dass Risiken durchaus bestehen, ähnlich wie vor der Asienkrise gehen diese im Falle Osteuropas von mikroökonomischen Faktoren aus, wie beispielsweise der Korruption; im Vorfeld sind sie nicht unbedingt erkennbar, im Krisenfall können sie jedoch als Katalysatoren wirken. Darüber hinaus wäre die Stabilität aber auch dann gefährdet, wenn die Reorganisation der Union bis zum Beitritt nicht erfolgreich abgeschlossen sein sollte und somit die Handlungsfähigkeit der EU nicht gegeben wäre. Aus dem Inhaltsverzeichnis: 2. Strukturmerkmale von Finanzsystemen; 4. Faktoren der Asienkrise; 5. Übertragung auf das europäische Finanzsystem; 6. Osterweiterung der Europäischen Union. (ZPol, Leske u. Budrich)

[50-L] Horn, Gustav Adolf:

Die unerwartete Krise: Bilanz und Ausblick der Konjunktorentwicklung von 2001 bis 2003, in: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Jg. 28/2002, H. 2, S. 147-169 (Standort: USB Köln(38)-XH1749; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Weltwirtschaft geriet 2001 in eine unerwartete Krise. Dabei war eine Kumulation ungünstiger Einflüsse von erheblicher Bedeutung: Der Ölpreisschock, die restriktive Geldpolitik der Vorjahre und der Zusammenbruch der Rentabilitätserwartungen im IT-Sektor verhinderten die Fortsetzung des kräftigen Aufschwungs aus dem Jahre 2000. Das Wachstum kam im Laufe des folgenden Jahres fast zum Stillstand. Die seit dem Frühjahr 2001 spürbare Konjunkturschwäche verstärkte sich im weiteren Jahresverlauf und zog immer mehr Länder in Mitleidenschaft. Besonders ungünstig wirkte sich aus, dass sich alle maßgeblichen wirtschaftlichen Regionen fast im Gleichschritt in die Krise bewegten. Das Phänomen weltweiter Übertragung von Vertrauen bzw. Misstrauen hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Der Beitrag zieht eine Bilanz der Konjunktorentwicklung im Euroraum, bietet eine Prognose für die deutsche und die europäische Wirtschaft 2002/03 und befasst sich mit den wirtschaftspolitischen Herausforderungen. Nach Meinung des Autors ist für alle wirtschaftspolitischen Bereiche mehr konjunkturpolitische Flexibilität erforderlich: Im Rahmen der finanzpolitischen Konsolidierungsstrategie sollten Elemente an Gewicht gewinnen, die einen antizyklischen Kurs ermöglichen. Auch die Geldpolitik ist gefordert, ihre Strategie zu überdenken, denn die EZB hätte Spielraum für frühzeitige Zinssenkungen gehabt, um den Abschwung zu mildern. Die Lohnpolitik sollte sich mittelfristig am Spielraum orientieren, der sich aus dem Inflationsziel der EZB und dem jeweiligen gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs ergibt. Das Plädoyer für eine expansiver ausgerichtete Wirtschaftspolitik, die auf die Binnennachfrage setzt, hat durch den Konjunkturreinbruch 2001 für Deutschland und die EU an Dringlichkeit gewonnen." (Autorenreferat)

[51-L] Huppertz, Cornelius:

Korruption in Argentinien: eine netzwerkanalytische Erklärung der Finanzkrise, (Schriften zur internationalen Politik, Bd. 8), Hamburg: Kovac 2004, 133 S., ISBN: 3-8300-1359-0 (Standort: Dt. ZB f. Wirtschaftswiss. Kiel(206)-A240479)

INHALT: "Finanzkrisen gehören leider zum Erscheinungsbild der weltwirtschaftlichen Verflechtung unserer Zeit. Auch Argentinien wurde großer Schaden zugefügt. Vetternwirtschaft und Korruption wird häufig als Mitursache solcher Krisen genannt. Diesem Thema widmet sich das vorliegende Buch. Insofern hat es seine große Bedeutung. Mit Hilfe des Netzwerkansatzes wird gezeigt, inwiefern Korruption die wirtschaftspolitischen Konzepte des IWF und der Regierung außer Kraft setzt. Der originale Erklärungsansatz sowie die klare und prägnante Darstellung der an sich diffusen Korruptionsproblematik zeichnen das Buch aus. Es beweist, dass zunehmend erkannt wird, welche Bedeutung die Korruption für das Schicksal einer großen Nation wie Argentinien hat. Wer sich mit dem Argen-

tinien von heute beschäftigt, kommt am Thema Korruption nicht vorbei und sollte das Buch lesen." (Autorenreferat)

[52-L] Imhof, Karen:

Finanzkrisen und Neoliberalismus in Lateinamerika, in: Journal für Entwicklungspolitik, Vol. 19/2003, No. 3, S. 35-51

INHALT: "Der vorliegende Artikel beschäftigt sich mit dem Zusammenhang zwischen Finanzkrisen und neoliberaler Wirtschaftspolitik in Lateinamerika seit den frühen 1980er Jahren. Zunächst wird auf das Zusammenspiel nationaler und internationaler Faktoren und Akteure eingegangen, die die Etablierung neoliberaler Politikmuster in Lateinamerika begünstigten und nach den Krisen weiter verschärften. Um die Beziehung zwischen dem neoliberalen Entwicklungsmodell und den sich häufenden (Finanz)Krisen zu verdeutlichen, wird auf die Erfahrungen Mexikos, Brasiliens und Argentiniens und die Widersprüche innerhalb des neoliberalen Modells hingewiesen. In diesem Zusammenhang zeigt sich, dass die einseitige Konzentration des Krisenmanagements auf Währungsfixierung und Hochzinspolitik maximal eine kurzfristige Inflationsreduktion bewirkte, langfristig aber sowohl die Handelsbilanz als auch das Staatsbudget schwer belastete und so zu weiterer Verschuldungs- und Krisenanfälligkeit beitrug. Damit liegt der Schluss nahe, dass das Ziel der anlegerfreundlichen Politik, die durch die Strukturanpassungsprogramme festgesetzt wurde, weniger die wirtschaftliche Gesundung der jeweiligen Länder war, sondern vielmehr in der Absorption von überschüssiger Liquidität der Zentrumsstaaten lag." (Autorenreferat)

[53-L] Kalinowski, Thomas:

Von der Finanz- und Wirtschaftskrise zur sozialen Krise: Südkoreas Entwicklung seit 1997/98, in: Patrick Köllner (Hrsg.): Korea 2005 : Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, 2005, S. 109-129, ISBN: 3-88910-318-9 (Graue Literatur)

INHALT: Der Verfasser zeigt, dass die Krise in Korea in vieler Hinsicht noch nicht überwunden, sondern von der makroökonomischen Sphäre in die soziale Sphäre durchgesickert ist. Während sie von den Radarschirmen der Ökonomen verschwand, hat sie sich im Alltag der koreanischen Gesellschaft festgesetzt. Es wird die These vertreten, dass es notwendig ist, einen deutlich umfassenderen Krisenbegriff zu verwenden, der weit über die makroökonomischen Indikatoren hinausgeht und auch soziale und gesellschaftliche Entwicklungen mit einbezieht. Die Ausdehnung der wirtschaftlichen Krise auf die soziale, gesellschaftliche und politische Sphäre wird als eine Infragestellung der im Zuge der Demokratisierung seit 1987 begonnenen Transformation Koreas in ein fordistisches Wirtschaftssystem interpretiert, das sich durch eine auf Massenkonsum beruhende Wirtschaft auszeichnet. Die neoliberalen Reformen von IWF und koreanischer Regierung haben die Binnenwirtschaft geschwächt, die Abhängigkeit vom Export erhöht, die Konzentration der Wirtschaft und die Orientierung an den Profitinteressen der internationalen Investoren vorangetrieben. Diese wirtschaftlichen Reformen haben wirtschaftliche, soziale und politische Folgen, die zu einer Zunahme sozialer Konflikte und wirtschaftlicher Probleme geführt haben und weiter führen werden. Es wird argumentiert, dass die neoliberalen Reformen auf dem Arbeitsmarkt seit Mitte der 1990er Jahre und vor allem seit dem IWF-Strukturanpassungsprogramm von 1997 es den Unternehmen ermöglicht haben, die Kosten der Strukturanpassung weitgehend auf die Arbeitnehmer abzuwälzen. Im Zuge der so genannten Flexibilisierung des Arbeitsmarktes wurden Entlassungen erleichtert und im gleichen Maße erhöhte sich die Unsicherheit für die Arbeitnehmer. Ein Teil der sozialen Kosten der Strukturanpassung wurde mit dem Ausbau des Sozialsystems vom Staat übernommen. Korea geht damit den gleichen Weg wie die entwickelten Industrieländer, die alle mehr oder weniger die sozialen Kosten der marktwirtschaftlichen Entwicklung dem Staat aufbürden. Trotz der Ansätze, den Sozialstaat auszubauen, bleibt die soziale Absicherung in Korea rudimentär, und die wirtschaftliche Krise konnte bis in die soziale Sphäre durchsickern. Krise und Reformen haben die soziale Spaltung und gesellschaftliche Unsicherheit verstärkt. (ICG2)

[54-L] Kalinowski, Thomas:

Erfolgreiches Scheitern: der IWF in Südkorea, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 50/2005, H. 2, S. 208-216 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Über die Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds (IWF) wird aufgrund ihrer oft verheerenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen gestritten. Die Jahrestreffen des IWF sind daher nicht von ungefähr wichtige Orte des Protests der globalisierungskritischen Bewegung. Der IWF preist seine Strukturanpassung (SAP) in Südkorea, die im Zuge der Asienkrise vom Dezember 1997 bis zum Dezember 2000 implementiert wurde, als großen Erfolg. Aus dieser Sicht belegt das "Modell Südkorea", dass erfolgreiche SAP möglich sei und Probleme in anderen Ländern primär auf endogene Faktoren oder mangelhafte Umsetzung zurückzuführen seien und nicht auf Zielsetzung und Programmatik der SAP. Der vorliegende Beitrag erörtert folgende Fragen: Widerlegt die angeblich erfolgreiche SAP in Südkorea die Kritik an IWF und neoliberaler Globalisierung? Ist die vergleichsweise erfolgreiche Überwindung der Krise in Südkorea auf das wirtschaftsliberale IWF-Programm zurückzuführen? Die Ausführungen zeigen: Die wirtschaftliche Erholung Südkoreas von der Krise ist bemerkenswert, wurde jedoch durch eine Reihe negativer Folgen erkauft. Zwar haben sich die makroökonomischen Daten positiv entwickelt, doch hat die SAP die strukturellen Probleme Südkoreas nicht behoben, sondern verstärkt. Die Reformen waren eine eigenartige Mischung aus neoliberalen Maßnahmen und Rückgriffen auf ökonomische Rezepte der Entwicklungsdiktatur. Die Erfolge beruhen wie damals auf einer dreifachen Externalisierung der negativen Folgen der wirtschaftlichen Krise: die Übernahme der Kosten durch die Arbeitnehmer, den Staat und - über die Exportorientierung - das Ausland. (ICA2)

[55-L] Klenner, Wolfgang; Watanabe, Hisashi (Hrsg.):

Globalization and regional dynamics: East Asia and the European Union from the Japanese and the German perspective, Berlin: Springer 2002, 253 S., ISBN: 3-540-42599-3

INHALT: "This book contains a collection of papers by Japanese and German authors dealing with the ongoing globalization process and notable fluctuations in the regional economic development in East Asia. The contributions discuss the stabilizing and destabilizing elements of the globalization process. The authors investigate the different options for economic policy to stabilize an ever more tightly interwoven world economy. In the center of the discussion are developments in East Asia and the European Union." (author's abstract). Contents: Hisashi Watanabe: International competition, globalization and mechanisms of the expanding crisis. Is the simultaneity of the crises in Japan and Korea a coincidence? (1-17); Willy Kraus: The Asian Crisis: Its causes, course and spread, and stabilizing options, from a German perspective (19-41); Michiteru Nagamine: The strategies of the Japanese government and trade associations (43-49); Rainer Beckmann, Jürgen Born, Wim Kösters: The US Dollar, the Euro, and the Yen - an evaluation of their present and future status as international currencies (51-79); Sachio Imakubo: Effects of globalization and crisis upon competitive and cooperative relationships in Asia - the example of the Japanese and East Asian electronics industries (81-107); Wolfgang Klenner: Globalization and crisis and their effects upon Japan and China - judged by assessing their regional positioning and foreign mergers and acquisitions (109-125); Shuichi Yatsubayashi: Effects of globalization and of regional and business adaptation upon employment (127-146); Christian Watrin: Effects of globalization on employment and wealth (147-165); Johzen Takeuchi: Some features of Japanese Direct Investment after the Second World War from the perspective of East Asia (167-197); Günter Heiduk, Nicole Pohl: Financing industrialization in emerging economies by capital inflows - a matter of regulation or deregulation? experiences from Asian countries (199-224); Takafusa Nakamura: The economic trend of the last three years in Japan (225-233); Herbert Hax: Effects of globalization on national financial systems (235-248); Takafusa Nakamura: Arisawa Lecture - the life and work of professor Hiromi Arisawa, with special reference to his relationship to Germany (249-253).

[56-L] Krüger, Lydia:

Forcierte Deregulierung, Finanzkrisen und Denationalisierung in Schwellenländern, (Europäische Hochschulschriften. Reihe 22, Soziologie, Bd. 405), Frankfurt am Main: P. Lang 2005, 363 S., ISBN: 3-631-54022-1 (Standort: UB Trier(385)-u55610)

INHALT: "Diese Arbeit analysiert die Ursachen und Folgen von Finanzkrisen am Beispiel von Argentinien und Südkorea. Im Mittelpunkt des Interesses stehen dabei folgende Fragen: Bestehen systematische Zusammenhänge zwischen neoliberalen Reformen und Finanzkrisen? Welche Rolle spielte externer Druck bei der Umsetzung neoliberaler Reformen in Argentinien und Südkorea? Wie agierte der Internationale Währungsfonds im Vorfeld der Krisen und wie ist sein Krisenmanagement zu bewerten? Haben Finanzkonzerne aus den Industrienationen von den Krisen profitiert? Das Ziel der Arbeit besteht letztlich darin, die Zusammenhänge zwischen Deregulierungsmaßnahmen, Finanzkrisen und dem Vordringen ausländischer Konzerne in die Märkte der krisenbetroffenen Schwellenländer zu analysieren, wobei die Frage nach möglichen Profiteuren von Finanzkrisen im Vordergrund steht." (Autorenreferat)

[57-L] Luna Martinez, Jose de:

Globalisierung und Finanzkrisen: Lehren aus Mexiko und Südkorea, Berlin: Logos-Verl. 2002, 211 S., ISBN: 3-8325-0075-8

INHALT: Bei seiner vergleichenden Analyse der Finanzkrisen in Mexiko (1994) und Südkorea (1997) berücksichtigt Luna Martinez nicht nur ökonomische, sondern auch politische und institutionelle Erklärungsvariablen. Die Deregulierung der Finanzmärkte in beiden Ländern führte zwar zu einem Zustrom ausländischen Kapitals, die Bankensektoren waren aber jeweils nicht in der Lage, bei der Weitergabe des Kapitals eine adäquate Risikosteuerung zu gewährleisten. Während in Mexiko ein instabiles politisches System und ein mangelhaftes staatliches Schuldenmanagement wichtige Krisenfaktoren waren, lagen die Probleme Südkoreas in der hohen Verschuldung des privaten Sektors. Der Autor sieht die Ursachen der Krisen nicht nur in den Schwellenländern selbst angesiedelt, sondern auch in der wirtschaftspolitischen Agenda des Internationalen Währungsfonds und der dahinter stehenden Industrieländer. Erst die vom IWF geforderte überhastete Liberalisierung der Finanzmärkte beider Länder in Verbindung mit der mangelhaften Risikowahrnehmung der internationalen Investoren bedingten die Anfälligkeit für die Finanzkrisen. (ZPol, Leske u. Budrich)

[58-CSA] Marino, Louis D.; Lohrke, Franz T.; Hill, John S.; Weaver, K. Mark; Tambunan, Tulus:

Environmental Shocks and SME Alliance Formation Intentions in an Emerging Economy: Evidence from the Asian Financial Crisis in Indonesia., in: Entrepreneurship Theory and Practice 32 no 1 157-183, 2008, ISSN: 1042-2587

INHALT: Environmental shocks can occur when emerging country governments open their markets to outside influences. We extend research conducted primarily in mature economies on how managers react to environmental shocks by evaluating how environmental shock type, a firm's strategic orientation, and its slack resources affected strategic alliance formation intentions during and immediately following the Asian Financial Crisis. Results from two Indonesian small- and medium-sized enterprises (SME) samples show that these factors influenced alliance intentions, although not always in ways that were consistent with previous research findings in more mature markets. Overall, our results provide critical insights into emerging market firms' strategic actions, particularly related to key managerial motivations for SME alliance formation.

[59-L] Maull, Hanns W.:

Crisis in Asia: origins and implications, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 1999, Nr. 1, S. 56-66

INHALT: "In gewisser Hinsicht ist die Währungskrise Ostasiens eine Krise des kapitalistischen Weltfinanzsystems. Durch die Loslösung internationaler Finanzströme von realwirtschaftlichen Finanzie-

rungszwecken ist die Entscheidung über Stabilität und Krise in die Hände von Finanzinvestoren gelegt worden, die latent zu Herdenverhalten und Panikreaktionen neigen bzw. damit spekulieren. Es fehlt an Regeln, die einer Krisendynamik rechtzeitig entgegenwirken. Wir stehen aber auch vor einer Krise des ostasiatischen Entwicklungsstaates, dessen enge Verbindungen zwischen Staat, Banken und Privatunternehmen dem unkontrollierten Aufbau unsolider Verschuldenspositionen Vorschub leisten, zumal im Kontext einer prinzipiell auf Expansion gerichteten Wirtschaftspolitik. Dieses Syndrom kennzeichnet gleichermaßen Demokratien und Diktaturen der Region. Die Wiedergewinnung wirtschaftlicher Dynamik hängt jetzt auf absehbare Zeit von dramatischen Exportsteigerungen ab. Die OECD-Länder werden diese aber nur akzeptieren, wenn sich Ostasien als Gegenleistung an die Spielregeln einer neoliberalen Weltwirtschaftsordnung hält. Die damit verbundene Öffnung gegenüber ausländischer Konkurrenz und ausländischem Kapital erfordert tiefgreifende Veränderungen in den ostasiatischen Gesellschaften. Alte Machtstrukturen müssen aufgelöst, der Einfluß des Staates zurückgedrängt werden. Dies läuft im Prinzip auf mehr Demokratie und Pluralismus hinaus. Gleichzeitig führt aber kein Weg daran vorbei, die wirtschaftlichen Aspirationen breiter Bevölkerungsschichten zu enttäuschen. Die Reformmaßnahmen werden nicht populär sein. All dies läßt auf mittlere Frist eher politische Turbulenzen erwarten, die auch in interethnische und zwischenstaatliche Konflikte münden können. Xenophobischer Nationalismus dürfte zunehmen. Für den Rest der Welt ist es wichtig, daß die ostasiatischen Wirtschaften schnell wieder zu wachsen beginnen. Zu diesem Zweck müssen die Wechselkurse nachhaltig stabilisiert, die Schuldenlasten drastisch vermindert und die Kreditflüsse wieder aktiviert werden. Die Industrieländer müssen mithelfen, indem sie Schulden abschreiben und ihre Märkte für ostasiatische Waren offen halten. Japan muß seine Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs bringen. Darüber hinaus muß das internationale Finanzsystem durch angemessene Regeln und eine Stabilisierung der Wechselkurse krisenfester gemacht werden." (Autorenreferat)

[60-L] Meyer-Stamer, Jörg:

Brasilien: nach der Krise ist vor der Krise, (FES-Analyse), Bonn 2000, o.A. (Graue Literatur; library.fes.de/fulltext/stabsabteilung/00907.htm)

INHALT: "Brasiliens letzte Wirtschaftskrise begann 1998, schien sich aber 1999 schon wieder zu beruhigen. Die Anfälligkeit für Krisen bleibt jedoch hoch. Die Ursache hierfür liegt in Brasilien selbst, genauer: in der Art, wie seit 1994 die Stabilisierung betrieben wurde. Diese Stabilisierungsstrategie wiederum findet ihre Begründung in politischen und gesellschaftlichen Grundstrukturen, ohne deren Veränderung an ein dauerhaftes Wachstum in Brasilien nicht zu denken ist. Da Lösungen dieser hausgemachten Probleme nicht in Sicht sind, ist die nächste ökonomische Krise trotz augenblicklich nicht ungünstiger makroökonomischer Daten absehbar. Im Moment erscheint die Lage stabil, und ausländisches Kapital fließt wieder. Wall Street hat entschieden: Die Krise ist vorbei. Es bleiben jedoch makroökonomische Risikofaktoren und gravierende politische Strukturprobleme, die einer soliden makroökonomischen Politik hartnäckig im Wege stehen. Haushaltsdefizit und Staatsverschuldung (Mitte 1999 50 Prozent des BIP) bleiben neuralgische Punkte. Ihre Basis sind eine unzureichende Entwicklung der Einnahmen, bedingt durch ein bizarres, intransparentes und ungerechtes Steuersystem und eine umfangreiche Schattenwirtschaft sowie ein Rentenversicherungssystem, dessen Finanzierung in den letzten Jahren völlig aus dem Ruder gelaufen ist. Ferner tragen dazu bei eine staatliche Haushaltspraxis, die durch eine politische Logik geprägt wird, die ökonomische Faktoren ignoriert - dies gilt auf der Landes- und Kommunalebene noch mehr als auf der Bundesebene - und schließlich die bereits existierende Verschuldung, die - weil der Schuldendienst zum großen Teil kreditfinanziert wird - angesichts der extrem hohen Realzinsen auch ohne sonstige Probleme kräftig wächst. Die Regierungshoffnung, die Exporte auf 100 Milliarden US-Dollar zu verdoppeln, scheint unerfüllbar. Bestenfalls wird es gelingen, leichte Überschüsse in der Handelsbilanz zu erwirtschaften. Die Leistungsbilanz wird aufgrund der Zinszahlungen auf die Auslandsschulden sowie der Gewinntransfers der ausländischen Unternehmen weiterhin defizitär bleiben. Der Kapitalzufluß aus dem Ausland könnte angesichts noch ausstehender attraktiver Privatisierungen noch eine Weile anhalten." (Autorenreferat)

[61-CSA] Ouyyanont, Porphant:

The Crown Property Bureau in Thailand and the crisis of 1997, in: *Journal of Contemporary Asia* 2008, 38, 1, Feb., 166-189., 2008, ISSN: 0047-2336

INHALT: The Crown Property Bureau is the monarchy's investment arm in Thailand. While the monarchy's political role has been much discussed since the 2006 coup, its economic foundations, activities and role have seldom been studied. To understand these aspects better, this article looks at how the 1997 crisis affected the Crown Property Bureau. The Bureau was particularly vulnerable because of its dependence on the performance of two private companies in which the Bureau was a major shareholder. Both companies, the Siam Commercial Bank and the Siam Cement Group, were in sectors that were hit hard by the crisis. The Bureau survived the crisis by making significant changes in its own management and investment policies, and by promoting similar reforms in two affiliated companies. As a result, the Bureau emerged with an income significantly higher than its peak pre-crisis level.

[62-L] Park, Sung-Hoon; Kim, Heungchong:

The process of European monetary integration and its implications for East Asia, in: Reimund Seidelmann, Andreas Vasilache (Hrsg.): *European Union and Asia : a dialogue on regionalism and interregional cooperation*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2008, S. 221-238, ISBN: 978-3-8329-3433-0 (Standort: UB Bonn(5)-2008/4816)

INHALT: Die Finanzkrise in Ostasien 1997/98 war der entscheidende Impuls für die Länder Ostasiens, die Bedeutung interregionaler Kooperationen zu berücksichtigen. Die Länder erkannten, dass ohne politische Abstimmungen und die Institutionalisierung vom Rahmenbedingungen für die Finanzwirtschaft das bemerkenswerte Wachstum der "Tigerstaaten" sich schnell als eine Kartenhaus entpuppen konnte. Der vorliegende Beitrag zeigt, dass und wie sich (einige) Länder auf der Suche nach Alternativen und Rahmenwerken am Prozess der europäischen Integration der Geld- und Finanzmärkte orientiert haben. Der Beitrag beschreibt daher die Verhandlungen der EU zwischen 1988 bis 1999 zur Wirtschafts- und Währungsunion und skizziert dann eine "road map" für die ostasiatischen geld- und finanzwirtschaftliche Integration der Regionen, die die bestehenden Reformabsätze weiter verbessert werden könnte. (ICA)

[63-L] Pasternak, Christoph:

Bankenkrisen im asiatischen Raum: ein Ländervergleich von Japan, Thailand und Südkorea, Marburg: Tectum Verl. 2001, 127 S., ISBN: 3-8288-8304-4 (Standort: NLB Hannover(35)-2002-4466)

INHALT: "Christoph Pasternak befasst sich mit der aktuellen Krise des japanischen Finanzsystems, die ihren Ursprung im Jahr 1990 nahm, sowie mit der Krise des südkoreanischen und thailändischen Bankensystems, die 1997 hervortrat. Grundlage dieser Arbeit ist somit ein Vergleich dreier, in ihren Erscheinungsformen außergewöhnlicher Bankenkrisen - der japanischen ob ihrer zeitlichen Ausdehnung und der südkoreanischen respektive thailändischen ob ihrer Auswirkungen und ihrer Eintrittszeitpunkte. Dem Autor zufolge ist lediglich die japanische Bankenkrisis auf fundamentale Schwächen des Bankensystems und der wirtschaftspolitischen Reaktionen zurückzuführen. Dagegen handelt es sich bei der südkoreanischen und der thailändischen Bankenkrisis um twin crises, d.h. sie stehen im Zusammenhang mit einer zeitlich vorgelagerten Währungskrisis, die aber nicht fundamental erklärt werden kann. So unterschiedlich somit die Gründe für die Bankenkrisen gelagert sind, so differenziert muss die Diskussion um mögliche Lösungsansätze geführt werden. Auch dies wird überblicksartig geleistet, angefangen bei den insbesondere für Japan wichtigen Reformen des Bankensystems und des Krisenmanagements bis hin zu Fragen der internationalen Finanzarchitektur." (Autorenreferat)

[64-L] Pohlmann, Markus:

Die Entwicklung des Kapitalismus in Ostasien und die Lehren aus der asiatischen Finanzkrise, in: Leviathan : Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jg. 32/2004, H. 3, S. 360-381 (Standort: USB Köln(38)-XG01679; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die asiatische Finanzkrise schien ein Zeichen für den Zusammenbruch der ostasiatischen Bubble-Ökonomien zu sein. Tatsächlich aber hat diese Krise etwas anderes gelehrt. Sie hat wieder einmal gezeigt, dass das Muster der "pazifischen Fluggänse" der Vergangenheit angehört. Die Restrukturierung und Modernisierung der Wirtschaft verläuft in den asiatischen Tigerstaaten unterschiedlich. In der zweiten Phase der Modernisierung zeigen sich unterschiedliche Strategien und Resultate um Umgang mit neuen ökonomischen Herausforderungen. In den meisten Tigerstaaten hat der Umgang mit diesen Herausforderungen zu einem Prozess des Abbaus alter ökonomischer Modelle und Strukturen geführt. Die Vorstellung von einem konfuzianischen Kapitalismus ist eine Simplifizierung und vermag die neuen wirtschaftlichen Entwicklungen in Ostasien nicht zu erklären. (ICEÜbers)

[65-L] Rieger, Hans Christoph:

Erscheinungsbild und Erklärungsmuster der asiatischen Wirtschaftskrise, in: Renate Schubert (Hrsg.): Ursachen und Therapien regionaler Entwicklungskrisen : das Beispiel der Asienkrise, Berlin: Duncker & Humblot, 2000, S. 17-36, ISBN: 3-428-10306-8 (Standort: UuStB Köln(38)-26A6296)

INHALT: Der Beitrag dokumentiert die wesentlichen Faktoren und Dimensionen der asiatischen Wirtschaftskrise und zeigt wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Folgen auf. Erklärungsmuster für die Krise beziehen sich auf externe Verursachungsfaktoren (weltwirtschaftliche Entwicklung, Überbewertung asiatischer Währungen), interne Verursachungsfaktoren (Vermögensinflation) und das Phänomen der regionalen "Ansteckung" nach Ausbruch der Krise. Der Verfasser erklärt die asiatische Wirtschaftskrise mit der exzessiven Kreditvergabe der Finanzintermediäre. Während die Immobilien- und Vermögenspreise zunächst in die Höhe getrieben werden, brechen sie dann ein und zwingen die Intermediäre in den Konkurs. Dieser zirkuläre Prozess erfasst auch Volkswirtschaften, die ansonsten keine sichtbare Vernetzung aufweisen. (ICE)

[66-CSA] Robertson, Justin:

Reconsidering American interests in emerging market crises: An unanticipated outcome to the Asian financial crisis, in: Review of International Political Economy 2007, 14, 2, May, 276-305., 2007, ISSN: 0969-2290

INHALT: Foreign commercial and economic behaviour in emerging markets continues to be a contentious issue. This article reconsiders the claim that US actors leverage their influence at times of economic crisis to pry open developing markets to American business ownership. On the basis of a number of theoretical propositions and evidence from Korea and Thailand, the article argues that American government agencies and firms took several different directions after the Asian financial crisis, rather than exhibiting a coherent response. On the one hand, assertive US actions were taken to facilitate market opening in Korea and Thailand but on the other hand, US companies placed relatively little foreign investment in these countries. The interests of US actors are disaggregated in the article to demonstrate the importance of an autonomous Treasury Department and the separate but no less important activities of corporate restructuring specialists, such as investment banks. The outcome of the Asian crisis at the firm level is linked to new trends in US foreign investment, namely the rise of outsourcing and private equity funds, as well as the concentration of US ownership in services and science-based sectors. The article downplays the significance of European acquisitions in Asia concluding instead that the Asian crisis, in fact, re-affirmed specific strengths of US capital.

[67-L] Roesler, Jörg:

Die New Economy - ein Wiederholungsfall?: Überlegungen zu ihrer Einordnung in die Wirtschaftsgeschichte des 19. bis 21. Jahrhunderts, in: Utopie kreativ : Diskussion sozialistischer Alternativen, 2004, H. 161, S. 215-226
(www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/161/161roesler.pdf)

INHALT: Hinsichtlich der Frage, ob der Aufstieg und Fall der New Economy einen Wiederholungsfall darstellt, besteht nach Ansicht des Autors kein Zweifel, denn es gab in der Geschichte schon mehrfach Wirtschaftskonjunkturen, die in engem Zusammenhang mit der Einführung neuer Technologien standen. Wenn man auf eine Zeitperiode von etwa anderthalb Jahrhunderten zurückblickt, können zwei lange Konjunkturphasen unter vergleichbaren Rahmenbedingungen und von vergleichbarer Komplexität wie in den 1990er Jahren beschrieben werden: Es handelt sich erstens um den von Ende der 1850er Jahre bis Anfang der 1870er Jahre andauernden Börsenboom, dessen besonders stürmische letzte Phase von 1869 bis 1873 in die deutsche Wirtschaftsgeschichte als "Gründerjahre" eingegangen ist und die mit der so genannten "Eisenbahnkrise" von 1873 ein jähes Ende fand. Eine zweite Parallele findet sich in der Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft während der "Grand Prosperity", welche Anfang der 1920er Jahre einsetzte und die Ökonomie der USA bis zu jenem "Schwarzen Freitag" im Oktober 1929 prägte, der die Weltwirtschaftskrise einleitete. Der Autor reflektiert in seinem Beitrag die weitreichenden Folgen der Krisen der New Economies und kommentiert ihren ordnungspolitischen Paradigmenwechsel. (ICI2)

[68-L] Schlottmann, Dirk:

Koreanischer Schamanismus im neuen Millennium, (Europäische Hochschulschriften. Reihe 19, Volkskunde/ Ethnologie: Abt. B Ethnologie, Bd. 73), Frankfurt am Main: P. Lang 2007, 507 S., ISBN: 978-3-631-56856-9 (Standort: Bayer. SB München(12)-2007.42536)

INHALT: "Die Wirtschaftskrise Südkoreas in den Jahren 1997/98 wurde von der Bevölkerung als Folge des Verfalls kultureller und kollektiver Identität wahrgenommen und ursächlich auf den Einfluss und die Integration fremder Kulturen projiziert. Im Zuge gesellschaftlicher Transformationsprozesse orientierten sich viele Koreaner wieder an traditionellen Vorstellungen der Krisenbewältigung, was zu einer Revitalisierung schamanischer Rituale und koreanischer Traditionen führte. Die Studie zeigt, inwieweit moderne Selbstdarstellung von Schamaninnen dazu dient, eine kulturelle Grundlage zu schaffen, in der sich unterschiedlichste Anhänger als Gruppe wahrnehmen, und dokumentiert, wie es Schamaninnen im virtuellen Raum, auf Ritualen und in der Öffentlichkeit gelingt, kollektive Identität als soziales Verhältnis zu etablieren. Die Forschung ist ein Beitrag zum Verständnis der koreanischen Kultur und eine Analyse schamanischer Tradition, die im Zeitalter der Moderne ihre Anziehungskraft nicht aus der Vergangenheit speist, sondern u. a. durch Flexibilität und Integrationsfähigkeit Konfliktlösungspotential für die Gegenwart anbietet." (Autorenreferat)

[69-L] Schmidt, Petra:

Bankenkrise und Bankenrestrukturierung in Thailand, (Berichte und Gutachten (Erscheinen eingestellt), 6/2001), Bonn 2001, 82 S., ISBN: 3-88985-232-7 (Standort: UB Bonn(5)-P2001/767; Graue Literatur)

INHALT: "In der Diskussion über Finanzkrisen wurde dem Bankensystem als Mitverursacher von gesamtwirtschaftlichen Schief lagen lange Zeit wenig Bedeutung beigemessen. Als die Schwachstellen der Bankensysteme in den asiatischen Tigerstaaten im Zuge der Asienkrise deutlich zutage traten, setzte eine Neuorientierung ein, und Bankensysteme wurden in ihrer Rolle als Bindeglied zwischen Finanzintermediation, ausländischen Kapitalzuflüssen und gesamtwirtschaftlicher Stabilität anerkannt. Banken Krisen sind kostenintensiv und bedeuten in der Regel eine gravierende Belastung des öffentlichen Haushalts. Ein effizientes Krisenmanagement ist ein zentrales Anliegen in den betroffenen Ländern. In Thailand sahen sich zahlreiche Banken und banknahe Finanzinstitute Ende 1997 mit derart einschneidenden Problemen konfrontiert, daß ihre Existenz nachhaltig bedroht war. Der Internationale Währungsfonds machte die Reform des Finanzsektors zur Bedingung für die Vergabe von Milliardenkrediten zur Stützung der thailändischen Wirtschaft, und alsbald wurden Sanierungs- und

Rekapitalisierungsinitiativen in die Wege geleitet, um die Funktionsfähigkeit des Finanzsystems wiederherzustellen. Die vorliegende Arbeit knüpft an die Problematik der Krise im thailändischen Bankensystem und deren Bewältigung an. Es wird untersucht, auf welche Strategien und Instrumente die thailändischen Behörden zur Stabilisierung des Bankensektors zurückgegriffen haben und ob diese angemessen waren, um die Notlage der Finanzintermediäre zu beheben. Außerdem wird hinterfragt, inwieweit das thailändische Finanzsystem gegen zukünftige Schieflagen gewappnet ist und welche Maßnahmen nötig sind, um die Banken langfristig zu stärken." (Textauszug)

[70-L] Schnabl, Gunther:

Japan und die Asienkrise: internationale Übertragungsmechanismen von Konjunkturbewegungen, in: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Bd. 26/2000, H. 1, S. 16-32 (Standort: USB Köln(38)-Haa1470; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Am Beispiel von Vorgeschichte und Verlauf der Asienkrise werden kurz- und langfristige internationale Auswirkungen von Konjunktorentwicklungen einander gegenüber gestellt. Gütermärkte, Kapitalmärkte und langfristiger Kapitalverkehr stellen die internationalen Übertragungswege dar. Der Verfasser unterscheidet vier Perioden. Die ersten beiden Perioden werden als langfristige Entwicklungen auf der Basis von Preisveränderungen interpretiert. Preise, Zinsen und Renditen passen sich an die Veränderung von Angebot und Nachfrage auf Güter- und Kapitalmärkten im Konjunkturverlauf an. Die erste Periode beschreibt die Heisei-Rezession in Japan und den Aufschwung in Ostasien (1990-1993), die zweite die konjunkturelle Erholung in Japan und das Einleiten der Asienkrise (1994-1996). Für die dritte und vierte Periode werden die internationalen Auswirkungen konjunktureller Veränderungen auf der Basis der keynesianischen Theorie erklärt. Die dritte Periode umfasst die Asienkrise und die japanische Finanzmarktkrise 1997/98, die vierte Periode die wirtschaftliche Erholung in Japan und Ostasien ab 1999. Der Verfasser sieht die Entwicklung in Japan als Beleg für die Auffassung, dass nur grundlegende Strukturreformen und nicht die Verschleppung von Problemen mit Hilfe einer expansiven Geld- und Finanzpolitik einen nachhaltigen Aufschwung garantieren. (ICE2)

[71-L] Schrooten, Mechthild:

Geld, Banken und Staat in Sozialismus und Transformation: vom Zusammenbruch der Sowjetunion zur Finanzkrise in der Russischen Föderation, (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Sonderhefte, H. 170), Berlin: Duncker & Humblot 2000, 201 S., ISBN: 3-428-10243-6 (Standort: UuStB Köln(38)-27A8780)

INHALT: "Die zentrale These dieser Arbeit ist, dass die besonderen Transformationsprobleme in der Russischen Föderation, aber auch in anderen GUS-Republiken eng mit den Funktionsbedingungen des Finanzsektors verknüpft sind. Dabei wird davon ausgegangen, dass die spezifischen Transformationshemmnisse wesentlich darauf zurückgehen, dass hier der ehemals sozialistische Staat zunächst auf eine Politik finanzieller Repression übergegangen ist. Die Grundlagen für den Übergang von der Planwirtschaft zur finanziellen Repression wurden bereits mit der Perestrojka, der sowjetischen Variante des Reformsozialismus eingeleitet. Typische Erscheinungsformen finanzieller Repression sind niedrige bzw. negative Realzinsen, die auf staatliche Eingriffe in den Finanzsektor zurückgehen, sowie schwankende, hohe Inflationsraten. Bei einer weiterreichenden Definition des Begriffes der finanziellen Repression, wie sie die neueren Modelle finanzieller Entwicklung vorschlagen, lassen sich bei der Analyse der Reformpolitik der Perestrojka und des Transformationsprozesses der Russischen Föderation vielfältige Erscheinungsformen ausmachen. Zentralbankkredite an die Regierung, präferentielle Kreditvergabe an einzelne Branchen, Devisenregulierungen und andere Eingriffe des Staates prägten die ersten Transformationsjahre. Als weitere, den Transformationsverlauf in der Russischen Föderation bestimmende Erscheinungsformen finanzieller Repression sind der schwache Schutz der Gläubigerrechte, die staatliche Tolerierung der Nichtzahlung und die diskretionäre Steuerpolitik zu begreifen. Insgesamt wurde und wird durch diese Rahmenbedingungen über den Transformationsbeginn hinaus die Investitionstätigkeit, die private Vermögensbildung und das gesamtwirtschaftliche Wachstum behindert und zugleich dem Staat ein weitreichender Einfluss auf die Wirtschaftsprozesse ermöglicht. Im Zuge dieser Arbeit wird nicht nur die Wirkungsweise der finanziellen Repression auf

die gesamtwirtschaftliche Entwicklung analysiert, sondern darüber hinaus ein Zusammenhang zwischen den unterschiedlichen Formen finanzieller Repression und der Finanzpolitik hergestellt. Dieser oft vernachlässigte Aspekt der Wirkungsweise finanzieller Repression ist insbesondere für die Analyse des Transformationsprozesses in der Russischen Föderation und anderen GUS-Republiken von Bedeutung. Denn die unterschiedlichen Formen finanzieller Repression erhöhen nicht nur die Transaktionskosten der übrigen Wirtschaftseinheiten, sondern erweitern auch den (quasi-)fiskalischen Handlungsspielraum des Staates. Finanzielle Repression begünstigt daher ein Festhalten an der staatlichen Einflussnahme auf den gesamtwirtschaftlichen Prozess und damit eine Konservierung sozialistischer Strukturen." (Textauszug)

[72-CSA] Siamwalla, Ammar:

Thailand: The Financial System Ten Years after the Crisis, in: IDS Bulletin 2007, 38, 4, July, 40-44., 2007, ISSN: 0265-5012

INHALT: Thailand faced a major currency crisis starting in early July 1997--with the Baht falling by more than half in eight months. But it was the massive failure of the financial system that had a more profound impact & wrought significant institutional changes to the economic system of the country. This article therefore focuses on the changes that occurred in the Thai financial system since 1997 & evaluates the performance of the economy that emerged. With regard to the ability of the new financial system to support the economy, the article argues that Thai private banks are now extremely wary about lending to large business, turning to consumer lending & mortgages & thus following the trend of banking worldwide, Ps banks have withdrawn from supplying capital to large companies, the capital market has expanded & become an important source of funding to such companies.

[73-L] Thießen, Ulrich:

Banking crises in transition countries: theory and empirical evidence ; the case of Russia, (DIW Diskussionspapiere, No. 193), Berlin 2000, 42 S. (Graue Literatur; www.diw.de/documents/publikationen/73/38500/dp193.pdf)

INHALT: "Das Papier gibt zunächst einen Überblick über die Ursachen und ökonomischen Kosten der Bankenkrise in Rußland, die im Jahr 1998 ausbrach. Eine Analyse des Verhaltens russischer Banken im Zeitraum 1998 bis 1999 zeigt, daß diese sich relativ konservativ bezüglich ihrer Kreditvergabe verhielten. Dies kann ein überraschendes Ergebnis sein aus folgenden Gründen: Die Bankenaufsicht hatte bisher eine relativ schwache Kontrolle über das Verhalten der Bankleitungen. Dafür hatten die Bankeigentümer, die gleichzeitig in mehreren bedeutenden Banken auch bedeutende Kreditnehmer sind, einen relativ hohen Einfluß auf die Bankleitungen, so daß erwartet hätte werden können, daß Kreditnehmer in signifikantem Umfang Banken zwingen, Kredite zu verlängern und/oder auszuweiten. Auch das relativ hohe Realzinsniveau hätte ein Anreiz für Bankleitungen sein können durch Ausweitung ihrer Kreditvergabe, Gewinne zu realisieren. Eine relativ starke Zurückhaltung russischer Banken vor und nach dem Höhepunkt der Bankenkrise hinsichtlich ihrer Kreditvergabe war jedoch nicht begleitet von konservativem Verhalten dieser Banken hinsichtlich der von ihnen eingegangenen Währungsrisiken. Die Übernahme dieser Risiken vor dem Höhepunkt der Krise wurde neben der mangelhaften Überwachung risikobegrenzender Vorschriften offenbar auch durch die Wechselkurspolitik der russischen Zentralbank begünstigt. Das Papier gibt außerdem einen Überblick über die in der Literatur sowohl theoretisch als auch empirisch identifizierten Kanäle des Beitrags der Finanzintermediation für das wirtschaftliche Wachstum, um so Ansatzpunkte zu finden, wie die Finanzintermediation in Rußland eventuell gefördert werden kann. Diese Betrachtung ergibt jedoch kein neues Ergebnis, sondern lediglich, daß die Förderung der Finanzintermediation Rußlands zwingend die Verbesserung der aufsichtsrechtlichen Regulierung und ihrer Durchsetzung erfordert. Die Suche nach einem möglichen Ersatz für systematische Verbesserungen des Rechtsrahmens, beispielsweise in Form einer 'informellen' Regulierung, scheint nicht erfolgversprechend zu sein. Allerdings wird in dem Papier erläutert, daß Rußland die westliche Bankenregulierung modifizieren sollte. Bei dieser Diskussion werden die jüngsten Entwicklungen der Bankenregulierung in westlichen Ländern berücksichtigt. Schließlich wird das Sanierungsprogramm für russische Banken verglichen mit den relativ erfolgreichen Umstrukturierungs- und Sanierungsprogrammen für Banken in Polen und Ungarn.

Dieser Vergleich mündet in einer Bewertung des russischen Sanierungsprogramms und zeigt deutliche Schwächen dieses Programms auf." (Autorenreferat)

[74-L] Vilker, Ana Silvia:

Argentinien und Venezuela: zwei unterschiedliche Wege in Zeiten des Neoliberalismus, in: Journal für Entwicklungspolitik, Vol. 19/2003, No. 3, S. 87-99

INHALT: "Argentinien und Venezuela können in der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Konjunktur als Musterbeispiele für höchst unterschiedliche Entwicklungswege gelten: Argentinien ist nach der orthodoxen Anwendung neoliberaler Rezepte in eine schwere und andauernde wirtschaftliche Krise gesteuert, Venezuela versucht mit der sogenannten bolivarianischen Revolution unter Präsident Hugo Chávez alternative Wege zu beschreiten. In dem Beitrag werden die politischen Entwicklungen der beiden Länder seit den 1970er Jahren beschrieben und zentrale Weichenstellungen analysiert. Während die makroökonomischen Daten und die soziale Lage in Argentinien den Schluss zulassen, dass die im vergangenen Vierteljahrhundert angewandte neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik für die Krise verantwortlich zu machen ist, muss der Erfolg des in Bolivien verfolgten Entwicklungsmodells aus politischen Gründen als unsicher eingeschätzt werden." (Autorenreferat)

[75-L] Welsch, Johann:

Warum steckt die New Economy in der Krise?, in: Wirtschaftsdienst : Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 83/2003, H. 6, S. 376-383 (Standort: USB Köln(38)-FHM Haa288; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: In die Entwicklung einer "New Economy" setzten Wissenschaft, Medien und Politik noch vor wenigen Jahren große Hoffnung. Nach dem Zusammenbruch des Neuen Marktes wird die Neue Ökonomie eher mit Skepsis betrachtet. Der Autor fragt nach den Ursachen der Krise und untersucht, ob eine Wiederbelebung der "New Economy" zu erwarten ist. (IAB2)

[76-CSA] Yongding, Yu:

Ten Years after the Asian Financial Crisis: The Fragility and Strength of China's Financial System., in: IDS Bulletin 38 no 4 29-39, 2007, ISSN: 0265-5012

INHALT: Over the past ten years since the Asian financial crisis, the Chinese economy has been performing extremely well. While emphasizing the extremely positive growth performance China has had so far, this article also identifies key threats to the country's economic stability in the future. Among the sources of vulnerability are: a still somewhat fragile financial system, in particular banks, despite recent reforms in the system & improvements in some of its key indicators, the excessive liquidity in the economy, which is a major factor behind bubbles & inflation, & a new challenge facing Chinese economic authorities. The article also discusses how China may prevent a crisis from happening, highlighting the role capital controls can play in crisis prevention, & draws lessons on this from the Asian crisis.

3 Von der Immobilien- zur Weltwirtschaftskrise?

[77-CSA] Blundell-Wignall, Adrian:

Subprime Crisis: A Capital Issue., in: OECD Observer no 267 24-25, 2008, ISSN: 0029-7054

INHALT: Examines the origins of the subprime mortgage crisis in terms of four causal factors & outlines a policy response.

[78-CSA] Ee, Khor Hoe; Xiong, Kee Rui:

Point of View: Asia: A Perspective on the Subprime Crisis., in: Finance and Development 45 no 2 19-23, 2008, ISSN: 0015-1947

INHALT: The authors, from the Monetary Authority of Singapore, examine the current crisis through the lens of the financial crisis that hit Asia in 1997. They discuss lessons industrial countries can take from the Asian crisis and lessons Asian countries can learn from the subprime crisis. They also explore the reasons for Asia's resilience, so far, to the current crisis.

[79-CSA] Foster, John Bellamy:

The Financialization of Capital and the Crisis, in: Monthly Review 2008, 59, 11, Apr, 1-19., 2008, ISSN: 0027-0520

INHALT: Argues that the current credit crisis, rather than being yet another familiar crunch, signals a new phase in the development of contradictions in the capitalist system, referred to here as 'monopoly-finance capital.' Economic developments in the early 21st century are seen to indicate a crisis of financialization. The evolution of the current crisis marked by the housing bubble burst is traced in terms of five steps -- novel offering, credit expansion, speculative mania, distress, & crash/panic -- before examining the stagnation-financialization dynamic.

[80-CSA] Gray, Simon; Stella, Peter:

IMF Assesses Central Banks' Reaction to Subprime Crisis., in: IMF Survey 37 no 2 22-23, 2008, ISSN: 0047-083X

INHALT: The IMF is assessing the different approaches taken by the major central banks in response to financial market turmoil sparked off by the subprime crisis, to help draw lessons for developing a more effective liquidity management framework. The IMF has already held discussions with central bankers & market participants in Europe, Asia, & North America. The IMF believes that an examination of the different approaches followed by the European Central Bank (ECB), the U.S. Federal Reserve (Fed), & the Bank of England (BoE) holds lessons that could be useful to all central bankers.

[81-L] Herr, Hansjörg; Stachuletz, Rainer:

Deregulierung, Finanzmarktdesaster und Reformoptionen: die Hoffnung stirbt zuletzt, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 2008, H. 3, S. 11-27
(library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-2008-3/03_a_stachulez_d.pdf)

INHALT: "Deregulierte Finanzmärkte tragen keineswegs zur Wohlfahrt von Gesellschaften bei, denn sie bergen große Instabilitätspotentiale und haben in deflationären Phasen negative Folgen für Wachstum, Beschäftigung, Vermögens- und Einkommensverteilung. Die Entstehung eines 'ungeduldigen Kapitalismus', die voranschreitende Deregulierung, sowie die Zunahme der Spekulation bei gleichzeitiger Herabsetzung der Qualitätsstandards für Kredite haben zu heftigen Vermögensmarktinflationen mit nachfolgenden Deflationen beigetragen. Es besteht Reformbedarf, um die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu korrigieren." (Autorenreferat)

[82-L] Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung -IMK- in der Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.):

Folgen der US-Immobilienkrise belasten Konjunktur: Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2008, (IMK Report, Nr. 28), Düsseldorf 2008, 79 S. (Graue Literatur; www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_28_2008.pdf)

INHALT: Im Frühjahr 2008 wurde die Weltkonjunktur durch die Krise des Immobilien- und Finanzsektors in den USA überschattet. Die Verlauf dieser Finanzmarkturbulenzen und ihre Übertragungskanäle auf die Konjunktur werden untersucht und ihre weltweiten Auswirkungen auf die Realwirt-

schaft der einzelnen Länder abgeschätzt. Dazu wird eine Diagnose der Lage der Weltwirtschaft, der wirtschaftlichen Lage in der EU und der wirtschaftlichen Lage Deutschlands, speziell auch Ostdeutschlands, vorgelegt. Für Deutschland wird außerdem eine von mehreren Wirtschaftsforschungsinstituten erstellte mittelfristige Wachstumsprognose für die Jahre 2008-2012 wiedergegeben. Insgesamt ist für die Weltwirtschaft eine abgeschwächte Expansion zu erwarten. Als wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Eindämmung der Krise werden u.a. die Empfehlungen der Europäischen Zentralbank und der US-Notenbank genannt. (IAB)

[83-L] Janszen, Eric:

Die Bubble-Ökonomie: wie man die Märkte für den großen Crash von morgen präpariert, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 53/2008, H. 5, S. 49-62 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.blaetter-online.de/artikel.php?pr=2824)

INHALT: Bei einer Finanzblase handelt es sich um eine von Regierung, Finanzwelt und Industrie gemeinsam herbeigeführte Fehlentwicklung des Marktes, eine spekulative Wahnvorstellung, die in einen Finanzkrach und dann zur Wirtschaftskrise führt. Früher kam es nur selten zu derartigen Blasen - etwa alle 100 Jahre. Das genügte, um die Politiker angesichts wütender, weil unverhofft verarmter Bürgerscharen zu motivieren, gesetzliche Neuregelungen zu suchen, die eine Wiederholung derartiger Vorkommnisse ausschließen sollten. Die Vorherrschaft der hochwertigen Fertigwaren erzeugenden Industriezweige, insbesondere der Stahl- und der Automobilindustrie, ging zu Ende. In der neuen Wirtschaft, so der Verfasser, dominierten Finanzunternehmen, Versicherungen und das Immobiliengeschäft, auf Englisch: finance, insurance, real estate, oder abgekürzt FIRE. FIRE ist nichts anderes als eine kreditfinanzierte Anlagen-Preis-Inflationsmaschine, die um eine einzige Grundannahme kreist: nämlich dass der Wert der Vermögensanlagen, dessen Entwicklung für gewöhnlich vom Konjunkturzyklus und den Finanzmärkten abhing, nunmehr (von kurzfristigen Unterbrechungen abgesehen) nur noch in eine Richtung tendiert: aufwärts. Während FIRE immer mächtiger wurde, stieg zugleich eine neue Generation von Politikern, Bankern, Ökonomen und Journalisten auf, die sich gewillt zeigte, "kreative" Rechtfertigungen dieses Systems zu erfinden und desgleichen die Vorhaben zu rechtfertigen, die seiner Finanzierung dienen. Es gibt eine ganze Reihe von Kandidaten für die nächste Blase, aber nur wenige erfüllen alle Kriterien zugleich. Der Autor argumentiert, dass es einen Sektor gibt, der alle Voraussetzungen erfüllt: nämlich alternative Energien - die Entwicklung von Produkten, die weniger Energie verbrauchen, echte Alternativen zum Öl, darunter Wind-, Solar- und geothermische Energie, in Verbindung mit der Nutzung der Atomenergie zu dem Zweck, nachhaltigen Ersatz fürs Erdöl zu schaffen, beispielsweise aus Wasser flüssigen Wasserstoff zu gewinnen. Und tatsächlich wird die nächste Blase bereits lanciert. (ICG2)

[84-CSA] Krugman, Paul:

How Bad Is the Mortgage Crisis Going to Get?, in: Fortune 157 no 6 88-91, 2008, ISSN: 0015-8259

INHALT: An economist discusses the US credit crisis, its impact on the economy, the outlook on home prices, & reasons for optimism & pessimism.

[85-L] Schmidt, Ingo:

Krise und Krieg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 53/2008, H. 7, S. 13-17 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.blaetter-online.de/artikel.php?pr=2855)

INHALT: Die globale Finanzkrise wird nach Meinung des Autors nur selten zu ihren zwei entscheidenden und weiter andauernden Ursachen in Beziehung gesetzt: dem "Krieg gegen den Terror" und den labilen transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen. Er skizziert in seinem Aufsatz die Entstehung der Krise, die mit dem Zusammenbruch der "New Economy" und dem Einbruch der Börsenkurse auf dem Weltmarkt einherging. Er problematisiert ferner die hegemoniale Kriegswirtschaft der USA und die Tatsache, dass ein erheblicher Teil der Krisenlasten, die z.B. durch Arbeitslosigkeit, Lohnsenkun-

gen und Massenelend entstanden sind, auf ärmere Länder abgewälzt werden. Die globale Finanzkrise wurde nach Einschätzung des Autors "im Zentrum" verursacht und die westliche Welt spekuliert nun darauf, dass die neuen Regionalmächte China, Russland und Indien die Nachfrageausfälle im Westen ausgleichen und damit die Weltwirtschaft stabilisieren können. (ICI)

[86-CSA] Stelzer, Irwin M.:

The Credit Crisis of 2008: As Was the Case a Century Ago, It's Good to Have a J.P. Morgan When You Need One., , in: The Weekly Standard 13 no 28 23-25, 2008, ISSN: 1083-3013

INHALT: Examines US government efforts to address the economic fallout of the credit crisis, recalling J. P. Morgan's actions in 1907 to assist a teetering US financial system & highlighting the role of the taxpayer in the financial system, the inflation rate, dollar value, & the need for housing prices to bottom out & banks to raise more capital.

[87-CSA] Utt, Ronald D.:

Subprime Mortgage Problems: A Quick Tour through the Rubble., , in: 4p WebMemo no. 1881, 2008, Heritage Foundation

INHALT: The collapse of the subprime mortgage market in late 2006 set in motion a chain reaction of economic and financial adversity that has since spread to nearly all sectors of the economy, as well as to global financial markets, has created depression-like conditions in the housing market, and has led the American economy to the brink of recession. In response, many in Congress and the executive branch have proposed new federal spending and credit programs that would greatly expand the role of government in the economy while doing little to alleviate the distress caused by the financial crisis.

[88-CSA] Whalen, R. Christopher:

The Subprime Crisis: Cause, Effect, Consequences., , in: 16p, 2008, Networks Financial Institute

INHALT: Despite the considerable media attention given to the collapse of the market for complex structured assets that contain subprime mortgages, there has been too little discussion of why this crisis occurred. NB This brief argues that three basic issues are at the root of the problem, the first of which is an odious public policy partnership to enhance the availability of 'affordable housing' via the use of 'creative financing techniques.' Second, federal regulators have actively encouraged the rapid growth of over-the-counter (OTC) derivatives and securities by all types of financial institutions. And third, also bearing blame for the subprime crisis is the related embrace by the Securities and Exchange Commission (SEC) and the Financial Accounting Standards Board of 'fair value accounting.' After reviewing the Bush administration's proposed solutions as flawed, this article recommends a strategy for subprime crisis resolution.

4 Finanzmärkte zwischen Laisser-faire und Regulierung

[89-L] Anas, Titik; Friawan, Deni:

The future role of the IMF: Asian perspectives, (Dialogue on Globalization : briefing paper), Berlin 2008, 10 S. (Graue Literatur; library.fes.de/pdf-files/iez/global/05169.pdf)

INHALT: Die Finanzkrise im Jahr 1997 erschütterte die asiatische Region so stark, dass das Finanzsystem von drei asiatischen Volkswirtschaften innerhalb weniger Tage kollabierte. Die Krise absorbierte Finanzmittel des Internationalen Währungsfonds (IWF) und zahlreicher Gebernationen in Höhe von mehreren Milliarden US-Dollar. Das internationale Hilfsprogramm funktionierte jedoch nicht reibungslos und verschlimmerte in einigen Fällen sogar die ökonomischen Bedingungen, so dass aufgrund des Missmanagements der Krise verschiedene Initiativen zur regionalen Zusammenarbeit in

Ostasien ins Leben gerufen wurden. Die vorliegende Studie geht der Frage nach, ob diese Initiativen die finanzielle Kooperation der Region verbessert haben und welche Fortschritte dabei erzielt worden sind. Darüber hinaus wird untersucht, ob es eine Annäherungsinitiative der verschiedenen Initiativen geben kann und ob Ostasien mit den zahlreichen ineinander verwobenen Initiativen eine bedeutende finanzielle Zusammenarbeit in der Region erreichen kann. Die Studie untersucht des Weiteren die Entwicklung eines verbesserten Krisenmanagements sowie die Rolle der entstandenen Initiativen für eine Reform des IWF. (ICI)

[90-L] Brand, Ulrich; Görg, Christoph:

Die Regulation des Marktes und die Transformation der Naturverhältnisse, in: Prokla : Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Jg. 30/2000, Nr. 1 = H. 118, S. 83-106 (Standort: USB Köln(38)-XG3381; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: In der aktuellen Globalisierungsdebatte spielt der Begriff des "Re-embedding" eine wichtige Rolle. Die Verfasser kritisieren diesen auf Karl Polanyi zurückgehenden Begriff und stellen ihm die Regulierungstheorie gegenüber. Die Regulierungstheorie erlaubt eine genauere Analyse der gegenwärtigen Transformationsprozesse sowie der Möglichkeiten und Grenzen politischer Regulierung. Die Verfasser zeigen, dass in der sich herausbildenden postfordistischen Regulationsweise "das Politische" und "das Ökonomische" nicht Gegensätze bilden, sondern in einem widersprüchlichen Verhältnis zueinander stehen. Im politischen Raum werden institutionelle Ensembles geschaffen, die die Schaffung und Stabilisierung von Märkten ermöglichen. Ein Beispiel für dieses Verhältnis ist die Transformation der Naturverhältnisse, vor allem das umstrittene Feld der Biodiversität. (ICAÜbers)

[91-F] Brüggemann, Axel, Dr.; Linne, Thomas (Bearbeitung):

Weiterentwicklung und Anwendung eines Frühindikatorensystems zur Betrachtung und Bewertung von Finanzkrisen in den EU-Beitrittskandidatenländern und ausgewählten Staaten Mittel- und Osteuropas

INHALT: 1. Entwicklung eines Frühindikatorensystems für Währungs- und Bankenrisiken; 2. Anwendung des Systems zur Erkennung von Risikopotentialen; 3. wirtschaftspolitische Beratung, *ZEITRAUM:* 1993 bis 2001 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Mittel- und Osteuropa, Malta, Zypern, Türkei

METHODE: theoretische Modelle zu Finanzkrisen (Krugman 1991, Obstfeld 1994, Krugman 1998) die anhand des "Signalansatzes" (Kaminsky und Reinhart 1996, 1998) eine empirisch testbare Ausgestaltung erhalten

VERÖFFENTLICHUNGEN: Brüggemann, A.; Linne, T.: How good are leading indicators for currency and banking crises in Central and Eastern Europe: an empirical test. IWH-Diskussionspapiere, Nr. 95. 1999. *ARBEITSPAPIERE:* Brüggemann, A.; Linne, T.: Weiterentwicklung und Anwendung eines Frühwarnindikatorensystems zur Betrachtung und Bewertung von Finanzkrisen in EU-Beitrittskandidatenländern und ausgewählten Staaten Mittel- und Osteuropas. Erster Bericht. Halle: Institut für Wirtschaftsforschung Halle 2000.

ART: *BEGINN:* 2000-10 *ENDE:* 2001-10 *AUFTRAGGEBER:* Bundesministerium der Finanzen Dienstszitz Bonn *FINANZIERER:* Institution; Auftraggeber

INSTITUTION: Institut für Wirtschaftsforschung Halle -IWH- (Postfach 110361, 06017 Halle)

KONTAKT: Brüggemann, Axel (Dr. Tel. 0345-775383, e-mail: bgu@iwh-halle.de)

[92-CSA] Caruana, Jaime; Narain, Aditya:

Banking on More Capital., in: Finance and Development 45 no 2 24-28, 2008, ISSN: 0015-1947

INHALT: One reason that banks succumbed to the subprime crisis is that they did not hold adequate amounts of capital. Against that background, the authors discuss the Basel II New Capital Adequacy Framework, suggesting that it does not address all the regulatory issues that arose from the crisis but that it does, nonetheless, have a key role to play.

[93-L] Chesnais, Francois:

Tobin or not Tobin: eine internationale Kapitalsteuer, (Raisons d'agir, Bd. 5), Konstanz: UVK Medien Verl.-Ges. 2001, 121 S., ISBN: 3-89669-999-7

INHALT: "In den 70er Jahren schlug der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger James Tobin vor, eine Steuer auf Transaktionen aus dem Devisenmarkt zu erheben. Hiermit sollte Spekulationen Einhalt geboten und zu einer Beruhigung des Devisenmarktes beigetragen werden. Die Zusammenbrüche der Finanzmärkte verschiedener asiatischer Länder im Jahre 1997, die Drohung, Finanzkapital aus den Ländern Lateinamerikas abzuziehen und die vom Internationalen Währungsfonds im Jahre 1998 erlittenen schmerzlichen Niederlagen haben diese Debatten neu entfacht. Ist es vonnöten, Kontrollen des internationalen Finanzsystems zu errichten wie es konkret bei der von Tobin vorgeschlagenen Steuer vorgesehen ist? Die soziale Bewegung namens Attac hat sich dieser Idee angenommen und betreibt deren politische Durchsetzung. Ist eine Steuer auf Finanztransaktionen machbar? Würde sie den Zweck erfüllen, die Spekulationen einzudämmen und das Finanzkapital in die Ränge zu verweisen?" (Autorenreferat)

[94-L] Dieter, Heribert:

Das globale öffentliche Gut Finanzielle Stabilität: Wege zur Reduzierung der Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten, in: Achim Brunnengräber (Hrsg.): Globale Öffentliche Güter unter Privatisierungsdruck : Festschrift für Elmar Altvater, Münster: Verl. Westfäl. Dampfboot, 2003, S. 85-108, ISBN: 3-89691-548-7

INHALT: "Die internationalen Finanzmärkte wurden in den 1990er Jahren von zahlreichen heftigen Krisen erschüttert. Die Forderung nach der Steigerung der finanziellen Stabilität, verstanden vor allem als Verhinderung von schweren Krisen, wird deshalb seit einigen Jahren immer wieder erhoben. Diese finanzielle Stabilität ist ein globales öffentliches Gut: Vorteile erwachsen für alle Länder und kein Land kann vor der Nutzung ausgeschlossen werden. Betrachtet man allerdings bestimmte Maßnahmen im Detail, zeigen sich erhebliche Hindernisse. So kann die Tobin-Steuer selbst in modifizierter Form nicht für finanzielle Stabilität sorgen. Dazu sind radikalere Maßnahmen wie die Beschränkung des internationalen Kapitalverkehrs oder die Schaffung eines globalen Gläubigers der letzten Instanz notwendig. Allerdings sind die großen OECD-Länder gegenwärtig zu dieser Form der internationalen Zusammenarbeit in keiner Weise bereit." (Autorenreferat)

[95-L] Dieter, Heribert:

Nach den Krisen der 90er Jahre: Re-Regulierung der internationalen Finanzmärkte?, in: Prokla : Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Jg. 30/2000, Nr. 1 = H. 118, S. 39-59 (Standort: USB Köln(38)-XG3381; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die Finanzkrisen der 90er Jahre haben die Notwendigkeit einer umfassenden Umgestaltung des internationalen Finanzmärkte unterstrichen. Zwar sind eine Reihe von Maßnahmen zur Dämpfung der Wechselkursschwankungen und zur Regulierung der Kapitalströme umgesetzt worden, ein grundlegender Wandel des bestehenden Systems ist jedoch noch nicht zu erkennen. Die gegenwärtigen Instabilitäten werden ebenso fortbestehen wie die enormen Profitaussichten. Die wesentlichen Hindernisse für eine Umgestaltung der internationalen Finanzmärkte sind nicht technischer Natur, sie sind das Ergebnis der engen Verbindung des US-Finanzsektors und der amerikanischen Regierung. (ICAÜbers)

[96-L] Dieter, Heribert:

Der IWF auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2008, H. 7, S. 9-14 (www.bpb.de/files/26ONR9.pdf)

INHALT: In den USA steht das IWF-Modell der Organisation nationaler Finanzmärkte auf dem Prüfstand. Die Abkehr vieler Länder vom IWF hat sich bereits in dessen Bilanzen niedergeschlagen. Ostasien und Lateinamerika distanzieren sich vom IWF. Der Nord-Süd-Konflikt im IWF bleibt unbe-

wältigt. Ungelöste Probleme des IWF liegen in einer Reform der Stimmrechtsverteilung und in der Entwicklung eines Konzeptes zur Bekämpfung künftiger Finanzkrisen. Soll der IWF auch in Zukunft eine wichtige Institution bleiben, bedarf es umfassender Reformen im Hinblick auf die Kreditvergabepolitik und hinsichtlich der Vertretung der Interessen von Entwicklungs- und Schwellenländern. (ICE2)

[97-L] Dieter, Heribert:

Nach den Finanzkrisen: die ordnungspolitische Gestaltung der Globalisierung, (SWP-Studie, S 16), Berlin 2002, 66 S. (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=284)

INHALT: "Die Liberalisierung und Deregulierung der internationalen Finanzmärkte hat zu mehreren schweren Wirtschafts- und Finanzkrisen wesentlich beigetragen. Seit Anfang der 90er Jahre verzeichnen wir Währungs- und Finanzkrisen in den unterschiedlichsten Regionen der Welt. Auch langjährige Musterschüler wurden in den Strudel dieser Krisen gerissen. Diese Krisen haben gezeigt, dass die Liberalisierung der Finanzmärkte nicht das geleistet hat, was erhofft worden war. Zu häufig und zu schwer sind die Finanzkrisen, die in dieser Intensität erst durch die Öffnung der nationalen Finanzmärkte ermöglicht wurden. Die internationalen Finanzmärkte stehen zu Recht im Mittelpunkt der Kritik. In anderen Bereichen, z.B. bei ausländischen Direktinvestitionen, hat sich die Globalisierung der Weltwirtschaft als wesentlich unproblematischer gezeigt. Die Politik hat durch Abbau von Regulierung die heutige Situation geschaffen. Nun ist ein Umsteuern nötig. Die Globalisierung erfordert eine ordnungspolitische Gestaltung der Weltwirtschaft. Insbesondere die Finanzmärkte brauchen eine Regulierung, die im nationalen Raum selbstverständlich ist. Nach mehreren Jahren der Diskussion ist es notwendig, der Debatte hinsichtlich der Gestaltung von internationalen Finanzmärkten Maßnahmen folgen zu lassen. Dabei sollten folgende Punkte im Mittelpunkt stehen: Die bisherigen Empfehlungen des IWF hinsichtlich der Gestaltung von Wechselkursregimen müssen überdacht werden. Weder ein so genanntes currency board noch völlig flexible Wechselkurse eignen sich für alle Entwicklungs- und Schwellenländer. Andere, zwischen diesen Ecklösungen liegende Wechselkursregime sind für zahlreiche Entwicklungs- und Schwellenländer geeigneter, bedürften aber der Flankierung durch selektive Kapitalverkehrsbeschränkungen. Weder die Tobin-Steuer noch die modifizierte Variante, die Spahn-Steuer, werden einen nennenswerten Beitrag zur Stabilisierung der Wechselkurse leisten können. Es besteht vielmehr die Gefahr, dass Debatte über die Reform der Finanzmärkte verkürzt wird und auf die Tobin-Steuer begrenzt bleibt. Notwendig sind aber umfassendere Maßnahmen. Ordnungspolitisch wichtig ist ein Maßnahmenpaket zur obligatorischen Einbindung von privaten Gläubigern in die Lösung von Schuldenkrisen. Anders als in der Vergangenheit sollen Gläubiger künftig selbst die Konsequenzen von eigenen Fehlkalkulationen tragen. Zur Ergänzung der Arbeit des IWF soll ein internationales Insolvenzgericht geschaffen werden. Für die Entschuldung überschuldeter Staaten würde damit ein an Regeln gebundenes Verfahren geschaffen werden. Die Kampagne der OECD gegen unregulierte Offshore-Finanzplätze soll fortgesetzt werden. Die Existenz von Finanzplätzen, die keiner Aufsicht unterliegen, erschwert sowohl den Kampf gegen Geldwäsche als auch gegen Kapitalflucht. Kapitalverkehrskontrollen zur Krisenprävention sollten für die meisten Entwicklungs- und Schwellenländern regelmäßig möglich sein. Diese Länder sollten sich vor nur kurzfristig gebundenem Kapital schützen können. Die Schaffung globaler Finanzmärkte erfordert globale Finanzinstitutionen, insbesondere einen so genannten Geldgeber der letzten Instanz. Die Liberalisierung der Kapitalmärkte ist weitgehend vollzogen, aber dieser wichtige Baustein einer globalen Finanzarchitektur fehlt nach wie vor. Deshalb sollte der Internationale Währungsfonds zu einem internationalen 'lender-of-last-resort' ausgebaut werden." (Autorenreferat)

[98-L] Donnelly, Shawn:

Regime der Finanzmarkt- und Unternehmensregulierung in Europa: die Bestimmung gesetzlicher Strukturen und Regulierungsprozesse, in: Politische Vierteljahresschrift : Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Sonderheft, 2007, H. 40, S. 253-271 (Standort: UB Bonn(5)-Einzelsign; USB Köln(38)-FHM-XE00036; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "In der EU entstehen neue politikbereichspezifische Regime, die die Governance des Binnenmarkts durch regulative und konstitutive Grundsatzvereinbarungen vereinfachen und neu regeln.

Doch nur, wenn die betroffene Öffentlichkeit klein ist und bereits eine interne Delegation an unabhängige Regulierungsbehörden stattgefunden hat, werden Kompetenzen an die Kommission delegiert. Koordinierende zwischenstaatliche Regime entstehen dagegen, um Delegation und negative Integration in politisch sensiblen Politikbereichen zu verhindern und nationale Normen zu schützen. Parallele Regime erlauben die Delegation des Standard-Settings, ohne nationale Regeln zu ersetzen. So geben nationale Behörden keine Steuerungskompetenzen aus der Hand; regulativer Staat und regulatives Regime entwickeln sich gemeinsam." (Autorenreferat)

[99-L] Eatwell, John; Taylor, Lance:

Towards an effective regulation of international capital markets, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 1999, H. 3, S. 279-286

INHALT: "Die Liberalisierung der internationalen Kapitalmärkte hat in mehrfacher Weise zur Verlangsamung des weltweiten Wachstums beigetragen. Sie hat zu größeren Schwankungen von Wechselkursen und Zinsen und somit zu mehr Unsicherheit für Investoren geführt. Damit verbunden ist eine verstärkte Orientierung auf kurzfristig korrigierbare Anlage-Optionen. Darüber hinaus hat die Liberalisierung mit ihrer inhärenten Destabilisierungsgefahr neue wirtschaftspolitische Prioritäten durchgesetzt. An der Spitze stehen nicht mehr Wachstum und Beschäftigung, sondern 'Makro-ökonomische Disziplin'. Diese ist zwar unabdingbar, aber für sich allein - ohne gleichzeitige ausdrückliche Wachstumsorientierung - tendiert sie eher in Richtung Stagnation. Das Verhalten der Finanzinvestoren hat wiederholt zu krisenhaften Kurskollapsen geführt, und zwar nicht nur in Ländern mit markanten ökonomischen Ungleichgewichten, sondern über den Weg der 'Ansteckung' auch in Ländern mit gesunder Wirtschaft. Derartige Krisen haben destabilisierende und rezessive Tendenzen für die gesamte Weltwirtschaft. Sie zu verhindern, ist im weltweiten Interesse und eine Aufgabe für internationale Marktordnungspolitik. Die Finanzmärkte müssen angemessen reguliert werden, freilich in einer Art und Weise, die die Vorteile offener Märkte weiterhin zum Tragen kommen läßt. Völlige Liberalisierung hingegen ist ineffizient und sollte als Politikziel aufgegeben werden. Angemessene Regulierung muß verbindlich sein. Dazu bedarf es einer Institution mit weltweiter Durchsetzungskompetenz, einer der Welthandelsorganisation nachempfundene 'Weltfinanzautorität' (WFA). Diese Institution müßte die Aufgaben, die in Ansätzen bereits von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und der International Organization of Securities Commissions (IOSCO) wahrgenommen werden, übernehmen und systematisch Lösungen für die einzelnen Regulierungs und Kontrollprobleme entwickeln. Sie sollte die nationalen Regulierungs- und Risikomanagement-Initiativen verbindlich koordinieren. Einfluß wäre dabei sowohl auf die Nachfrage nach Krediten als auch auf ihr Angebot zu nehmen. Länder sollten im Einvernehmen mit der WFA Kapitalzu- und abflüsse beschränken dürfen. Der Internationale Währungsfonds sollte der WFA rechenschaftspflichtig sein. Die WFA würde den Rahmen entwickeln, innerhalb dessen der Fonds im Krisenfall als 'lender of last resort' agieren kann." (Autorenreferat)

[100-L] Filc, Wolfgang:

Stabilität des internationalen Finanzsystems, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2008, H. 7, S. 3-8 (www.bpb.de/files/26ONR9.pdf)

INHALT: Effiziente Finanzmärkte sind Voraussetzung für Wirtschaftswachstum. Finanzmarktkrisen sind - so Minsky - Ergebnis eines zur Instabilität neigenden Kapitalismus, der immer stärker von Finanzgeschäften dominiert wird. Das Eigenleben der Finanzmärkte begann mit der Freigabe der Wechselkurse 1973. Damit ergaben sich auf den Finanzmärkten Mengen- und Preisprobleme; ein drittes Problem ist das rasante Wachstum der Finanzderivate. Die Instabilität des internationalen Finanzsystems hat zwei Ursachen: erstens die Privatisierung von Vermögenswertänderungsrisiken durch Deregulierung sowie Rückzug des Staates von Finanzmärkten, zweitens Informationsprobleme. Ineffiziente Finanzmärkte verlagern regulierende Begleitung durch außermarktmäßige Institutionen. (ICE2)

[101-L] Galindo, Luis Miguel:

The reorganisation of the international financial system: the Mexican perspective, (Studies on international financial architecture, 2/1999), Bonn 1999, o.A. (Graue Literatur; www.fes.de/financialsystem/studies/mexico.html)

INHALT: "Das Ziel dieser Untersuchung ist, die allgemeine mexikanische Stimmungslage zur Reform des internationalen Finanzsystems und insbesondere zu einer möglichen Einführung von Restriktionen oder Steuern im Kapitalverkehr zu analysieren. Das mexikanische Finanzsystem leidet seit 1994 unter einer starken Finanzkrise, die durch einen Liquiditätsmangel und einer Reihe ungünstiger Darlehen gekennzeichnet ist. Dies hat eine umfassende Bankenkonzentration, einen wachsenden Einfluß ausländischer Banken sowie eine massive Rettungsaktion für Banken zur Folge. Dem Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada lag die Idee zugrunde, daß Mexiko im Falle einer Finanzkrise sich außerordentlichen finanziellen Belastungen entledigen kann. In diesem Kontext entwickelt sich eine Diskussion um eine denkbare Währungsunion. Die mexikanische Regierung verfolgt weiterhin eine Strategie der freien Kapitalmobilität und hat sich dementsprechend gegen den Gebrauch von temporären Restriktionen ausgesprochen. Die Privatwirtschaft beurteilt den freien Kapitalverkehr ebenfalls positiv, nachdem im Zuge der Verstaatlichung der Banken 1982 diverse Restriktionen eingeführt worden sind. Es hat auch Bemühungen gegeben, zusammen mit der Regierung die breite Front zur Rettung der Banken weiter zu unterstützen. Internationale Organisationen unterstützen haben ebenfalls die Strategie Mexikos und propagieren diese als beispielhaft für andere aufstrebende Volkswirtschaften. In Mexiko selbst gibt es nur eine kleine Gruppe von Wissenschaftler und Gewerkschafter, die der Überzeugung sind, daß der Kapitalverkehr reguliert werden oder daß zumindest die grundlegende Wirtschaftsstrategie öffentlich diskutiert werden sollte. Dagegen stützen sich die Befürworter des freien Kapitalverkehrs auf die Annahme, daß die mexikanische Finanzpolitik bisher sehr erfolgreich bei der Bewältigung der gegenwärtigen Finanzkrise und deren Auswirkungen gewesen sei. Man hofft darauf, nach der Präsidentenwahl 2000 infolge der 'Abschirmung' der Wirtschaft keine massiven Probleme auftauchen werden. Jedoch ist die Krise bei der Zahlungsbilanz ein konstanter Faktor im Laufe der gegenwärtigen Präsidentschaft, der auf keinen Fall ignoriert werden sollte. Falls dies doch geschieht, dann werden die mexikanischen Vorstellungen zum internationalen Finanzsystem beeinflusst. Unter diesen Umständen werden die Diskussionen um eine Reform des internationalen Finanzsystems zweitrangig. Die allgemeine Stimmungslage zeigt, daß Mexiko sich passiv bei der Suche nach internationalen Vereinbarungen verhält, zumindest bis zum Jahr 2000." (Autorenreferat)

[102-L] Griffith-Jones, Stephany:

A new financial architecture for reducing risks and severity of crises, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 1999, H. 3, S. 263-278

INHALT: "Die starken Schwankungen kurzfristiger Kapitalflüsse scheinen sich als Achillesferse der globalisierten Wirtschaft und der Marktwirtschaft in Entwicklungsländern zu erweisen. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um künftigen Krisen vorzubeugen und besser mit ihnen umgehen zu können, wenn sie denn auftreten. Einige dieser Maßnahmen können innerhalb der bestehenden institutionellen Arrangements getroffen werden, oder mit Hilfe einer gewissen Weiterentwicklung bestehender internationaler Institutionen. Es geht darum, ordnungspolitische Lücken zu füllen (besonders in bezug auf Investmentfonds und Hedge Funds) und die Kreditvergabe von Banken besser zu regulieren, um übermäßige Schwankungen in Kapitalzu- und abflüssen zu verhindern. Außerdem bedarf es neuer Mechanismen im IWF die Zahlungsbilanzkrisen angemessen sind, welche aufgrund von Kapitalbewegungen entstehen. Ein geeigneter Weg scheinen 'Schattenprogramme' mit präventiver Konditionalität zu sein. Sie wären zu vereinbaren, bevor eine Krise ausbricht, und würden beim Auftreten von Krisen eine schnelle Auszahlung ohne zusätzliche Konditionalität vorsehen. Eine neue Finanzarchitektur müßte jedoch noch weiter gehen. Voll entwickelt müßte sie eine Weltfinanzbehörde umfassen, die Kapitalflüsse über Landesgrenzen und Finanzsektoren hinweg konsistent reguliert. Sie könnte auf Praktiken aufbauen, die von der BIZ und der IOSCO bereits entwickelt wurden. Ein sehr wichtiger, aber noch unvollständiger Schritt in diese Richtung war die Einrichtung des Forums für Finanzmarktstabilität. Weiterhin wäre dafür zu sorgen, daß Ländern in Not mehr offizielle Liquidität zur Verfügung steht. Hierfür gilt es, institutionelle Mechanismen bereitzustellen. Eine Möglichkeit

wäre, daß die BIZ Mittel von den G-10-Zentralbanken weiterleitet. Konditionalität in Krisen sollte so ausgerichtet sein, daß sie das Vertrauen in den Markt stärkt, und nicht schwächt. Schließlich müssen Verfahren für Schuldenvergleiche und Moratorien entwickelt werden, die den Schuldnern nicht die gesamte Last der Krise aufbürden. Obwohl internationale Maßnahmen entscheidend sind, müssen die Länder auch das Ihrige tun, um Währungskrisen vorzubeugen und besser mit ihnen umgehen zu können. Hierzu gehören antizyklische Wirtschaftspolitik, bessere Ordnungspolitik, Stärkung des inländischen Finanzsystems und umsichtiger Öffnung von Kapitalkonten, gegebenenfalls flankiert durch marktabhängige Maßnahmen zur Begrenzung von übermäßigen Kapitalzuflüssen." (Autorenreferat)

[103-L] Grözinger, Gerd:

Die Tobin-Steuer: machbar, wünschenswert, erfolversprechend?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 46/2001, H. 12, S.1473-1481 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Gegen die Tobin-Steuer wird Kritik aus recht unterschiedlicher Richtung formuliert. Die vorgetragenen Kritikpunkte haben technokratische, neoliberale und neointerventionistische Hintergründe. Sie betreffen die Praktikabilität, die Attraktivität und den Erfolg dieser Variante der Bekämpfung internationaler Devisenspekulationen. Die Tobin-Steuer vermag jedoch, so wird gezeigt, internationale Spekulationsaktivitäten zu zähmen, und sie verspricht hohe Einnahmen, die ärmeren Staaten zu Gute kommen könnten. Zudem setzt sie ein Signal, das deutlich macht, dass die Globalisierung nichts Unabänderliches darstellt. (ICE)

[104-L] Hessler, Stephan:

Neue Regulierungsmodi für neue Finanzmärkte: zur Notwendigkeit einer Tobin-Steuer, in: Die Friedens-Warte, Bd. 77/2002, H. 3, S. 249-272

INHALT: "Finanz- und Währungskrisen bilden eine latente Gefahr für die Weltwirtschaft und den Frieden in den betroffenen Regionen und Gesellschaften. Die große Mehrzahl gegenwärtig diskutierter Maßnahmen zur Prävention und Bereinigung von Währungs- und Finanzkrisen sieht eine einseitige Lastenverteilung vor: Die Kosten der Krisenbereinigung werden entweder der internationalen Gemeinschaft oder der Bevölkerung in den Krisengebieten aufgebürdet. Dies trifft sowohl auf konditionierte Hilfspakete der internationalen Finanzinstitutionen (bail out) als auch auf die Vorschläge einer Gläubigerbeteiligung (bail in) zu. Die Akteure auf den neuen Finanzmärkten werden von den Regulierungsmaßnahmen selbst nicht tangiert, sondern sind allenfalls durch hybride Formen der Selbstregulierung eingebunden. Insofern bietet der Vorschlag James Tobins zur Einführung einer Devisenumsatzsteuer und dessen Weiterentwicklungen eine interessante Ergänzung: Die Einführung einer ersten globalen Steuer wäre nicht nur ein Schritt zu einer neuen, effizienteren und gerechteren Finanzordnung, sondern böte auch eine wirksame Antwort auf die finanziellen Erfordernisse zur Lösung globaler Problemfelder." (Autorenreferat)

[105-L] Hickel, Rudolf:

Die Risikospirale: was bleibt von der New Economy?, Frankfurt am Main: Eichborn 2001, 191 S., ISBN: 3-8218-3903-1 (Standort: UB Wuppertal(468)-47PUL337)

INHALT: Bereits vier Jahre nach ihrer offiziellen Begründung in der Bundesrepublik in Gestalt des NE-MAX ist die "New Economy" der Internet- und Kommunikationsunternehmen in eine schwere Krise geraten. Ziel des Verfassers ist es, unter Rückgriff auf historische Parallelen ("roaring twenties") ein Bild dieses Wirtschaftssektors jenseits von Verherrlichung und Apokalypse zu zeichnen und ihn in den Gesamtprozess der kapitalistischen Wirtschaft einzuordnen. Zunächst werden technologische und wirtschaftliche Spezifika der Internetökonomie mit ihren sozialen und wirtschaftlichen Folgen herausgearbeitet, um dann die Rolle der New Economy in der Gesamtwirtschaft der USA zu untersuchen. Im Folgenden steht die Entwicklung der New Economy in Deutschland im Mittelpunkt, wobei neben den Ursachen des Booms und der nachfolgenden reinigenden Krise auch die Verflechtung mit den Börsen sowie die Produktions- und Arbeitsverhältnisse in diesem Sektor behandelt werden. Sich

mit der Frage nach der Zukunft der wirtschaftlichen Triebkräfte der deutschen Risikogesellschaft auseinandersetzt entwickelt der Verfasser das abschließende Fazit seiner Untersuchung: Die Forderung nach politischer Gestaltung mit dem Ziel ökonomisch und sozial verantwortlicher Entfaltung der Produktivkräfte kann auch von der New Economy nicht entkräftet werden. (ICE2)

[106-L] Hippel, Eike von:

Eindämmung der Spekulation?, in: Recht und Politik : Vierteljahreshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik, Jg. 41/2005, H. 3, S. 181-185 (Standort: USB Köln(38)-XF98; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Wegen der Gefahren, die sich durch die Zunahme spekulativer Geschäfte in den verschiedensten Bereichen ergeben, besteht aller Anlass, über eine Eindämmung der Spekulation nachzudenken. Der Beitrag skizziert die bestehende Lage und prüft, welche Verbesserungsmöglichkeiten bestehen. Spekulation, das heißt der Versuch, mit Hilfe riskanter Geschäfte möglichst rasch möglichst hohe Gewinne zu erzielen, gibt es seit langer Zeit. Aber erst in unseren Tagen ist die Spekulation zu einem verbreiteten Phänomen geworden, das insbesondere an der Börse wahre Triumphe feiert. Spekulationen ähneln dem Glücksspiel und führen zu Marktstörungen, die gravierende wirtschaftliche und soziale Auswirkungen haben können. Die Warenspekulation verteuert die Waren und treibt die Inflation an. Die Immobilienspekulation treibt die Boden- und Immobilienpreise in die Höhe. Die Kunstspekulation macht Kunstwerke oft nicht nur für private Kunstliebhaber unerschwinglich, sondern auch für Museen. Die Börsenspekulation führt zu Instabilitäten an der Börse und im Extremfall zum Börsenkrach. Die Devisenspekulation hat sich inzwischen zur größten Gefahr für die Wirtschaftsordnung entwickelt und kann ganze Länder unter Druck und in Not bringen. Interesse verdient der Vorschlag des amerikanischen Ökonomen James Tobin, auf Devisentransaktionen sollte eine Steuer erhoben werden, um auf diese Weise spekulative Kapitalflüsse zu verhindern. Die so erzielten Einnahmen könnten für die Bekämpfung des Massenelends in der Dritten Welt eingesetzt werden. (ICB2)

[107-L] Huffschmid, Jörg:

Umriss einer neuen Finanzarchitektur, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 44/1999, H. 6, S. 689-699 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Finanzkrisen sind regelmäßige Erscheinungen kapitalistischer Wirtschaftssysteme. Zu keiner Zeit hat es jedoch so viele gegeben wie in den 80er und 90 Jahren. Mittlerweile fordern auch die Banken selbst eine neue Finanzarchitektur und befürworten Regulierungen wie selektive Kapitalverkehrskontrollen. Der Beitrag diskutiert aus diesen Auseinandersetzungen im wesentlichen die folgenden drei Punkte: (1) Die Quelle der Destabilisierungen und der überhitzten Kapitalströme liegt in den Zentren der reichen Industrieländer; die Stabilisierung hat daher vornehmlich dort anzusetzen; (2) Die Dynamik der Destabilisierung hängt wesentlich mit der Deregulierung der nationalen und der Liberalisierung der internationalen Kapitalmärkte zusammen; (3) Eine Strategie der Re-Stabilisierung der Finanzmärkte kann nur in internationaler Abstimmung entwickelt und durchgesetzt werden. (pre)

[108-L] Huffschmid, Jörg:

Auch Industrieländer brauchen regulierte Kapitalmärkte, in: WSI Mitteilungen : Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 59/2006, H. 12, S. 690-697 (Standort: USB Köln(38)-Haa964; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Liberalisierte Kapitalmärkte sind mit Problemen verbunden. Dies gilt nicht nur für Entwicklungsländer mit schwachen, sondern auch für Industrieländer mit ausgereiften Finanzsystemen. Die größere Mobilität des Kapitals sowie die Strategien der dominierenden Akteure (institutionelle Anleger, Private Equity Firmen, Hedgefonds) verschieben die Machtverhältnisse zwischen Kapital, Arbeit und Gesellschaft zugunsten des Kapitals, mit negativen Folgen für Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und die Demokratie. Politische Gegensteuerung sollte sich auf eine stärkere Regulierung der Finanz-

märkte richten, makroökonomische Politik neu ausrichten, Umverteilung von oben nach unten fördern und demokratische Strukturen stärken." (Autorenreferat)

[109-CSA] Jost, Kenneth:

Financial Crisis: Did Lax Regulation Cause a Credit Meltdown?, in: CQ Researcher 18 no 18 409-432, 2008, ISSN: 1056-2036

INHALT: Discusses the issues, background, current situation and outlook for the US financial regulatory system; includes chronology. The flood of subprime mortgage defaults roiling the US housing market is also feeding a worldwide credit crisis. Lenders have pooled credit instruments for trading in lightly regulated financial markets, and banks and investment funds that trade in these markets say that 'securitization' promotes economic liquidity by spreading and diversifying risk. Critics say the practice actually allows dubious loans to uncreditworthy customers to spread through worldwide financial markets. Investment banks in the US and elsewhere are taking billion-dollar losses as they are forced to revalue their holdings. The US Treasury Department has proposed a major overhaul of financial-markets regulation, but the sweeping plan offers little by way of immediate relief.

[110-L] Kalinowski, Thomas; Wahl, Peter:

Kampf um Tobin: internationale Steuern und Globalisierung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 51/2006, H. 2, S. 213-219 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Beitrag erörtert die mögliche Einführung internationaler Steuern im Zeitalter der technologischen und wirtschaftlichen Globalisierung. Unter den Begriff der internationalen Steuern ist im weitesten Sinne die international vereinbarte oder organisierte Besteuerung des grenzüberschreitenden Austausches oder Verkehrs von Gütern, Dienstleistungen und Personen sowie deren Verwendung für internationale Zwecke, beispielsweise globale öffentliche Güter, gemeint. In einem ersten Schritt wird die Entstehung des Konzepts internationaler Besteuerung als ein politisches Resultat der Globalisierung beschrieben. Im Anschluss werden die bekanntesten Konzepte internationaler Steuern vorgestellt, deren Nützlichkeit und Wirkung sich anhand von vier Parametern bestimmen lassen: Erstens durch die Lenkungswirkung der Steuern, mithin also die Frage, inwieweit bestimmte Verhaltensweisen beeinflusst werden, die auf nationalstaatlicher Ebene nur schwer zu regulieren sind, wie etwa der übermäßige Verbrauch natürlicher Ressourcen oder die Spekulation an den Finanzmärkten. Zweitens gilt es zu fragen, ob die Einnahmen so umfangreich sind, dass sie einem substanziellen Beitrag zur Finanzierung globaler öffentlicher Güter oder zur Armutsbekämpfung leisten können. Drittens ist nach dem administrativen Aufwand für die Erhebung und Eintreibung der Steuer und viertens nach deren politischer Durchsetzbarkeit zu fragen. Auf dieser Grundlage werden unter anderem die Flugticketabgabe, die CO2-Steuer, die Emissionssteuer, die Tobin-Steuer und deren Weiterentwicklungen diskutiert. (ICG2)

[111-L] Lütz, Susanne:

Globalisierung und der regulative Umbau des "Modell Deutschland" - das Beispiel der Bankenregulierung, in: Hanns-Georg Brose, Helmut Voelzkow (Hrsg.): Institutioneller Kontext wirtschaftlichen Handelns und Globalisierung, Marburg: Metropolis-Verl., 1999, S. 205-230, ISBN: 3-89518-226-5 (Standort: UB Hagen(708)-PRZ-BROS)

INHALT: Die Globalisierung und territoriale Entgrenzung erlaubt Marktteilnehmern im Prinzip, sich unliebsamen, weil für sie teuren Produktionsstandards durch Abwanderung aus dem heimischen Territorium (exit) zu entziehen oder auf deren Absenkung zu drängen (voice). Regulative staatliche Politik wird unter Bedingungen räumlicher Entgrenzung - so die These - einerseits für die Interessen des (Finanz-)Kapitals instrumentalisiert und andererseits beschränkt durch die Handlungsrestriktionen des internationalen Mehr-Ebenen-Systems. Eine internationale Spirale wettbewerblicher Deregulierung von Standards der Risikobegrenzung (race to the bottom) wäre die Folge. Am Beispiel des Finanzsektors, der wohl als mobilstes Segment des Kapitals gelten kann, wird dieses pessimistische

Szenario im vorliegenden Beitrag differenziert. Es wird aufgezeigt, dass Prozesse räumlicher Entgrenzung das Verhältnis zwischen regulativem Nationalstaat und der (Finanz-)Kapitalseite auf komplexere Weise verändern als dies die oben beschriebene "Dominanz-Hypothese" nahe legt. Der Nationalstaat wird auch unter Bedingungen ökonomischer und politischer Entgrenzung nicht funktionslos, sondern erhält neue Aufgaben, die sich aus den Grenzen der Problemlösungsfähigkeit internationaler "Regime" ergeben. (ICA2)

[112-L] Lütz, Susanne:

Von der Infrastruktur zum Markt?: der deutsche Finanzsektor zwischen Regulierung und Deregulierung. (polis / Fernuniversität Hagen, FB Kultur- und Sozialwissenschaften, Institut für Politikwissenschaft, Nr. 59), Hagen 2004, 27 S. (Graue Literatur; www.fernuni-hagen.de/imperia/md/content/politikwissenschaft/polis59_sluetz.pdf)

INHALT: Der vorliegende Beitrag zeichnet die Umbrüche nach, die sich seit Mitte der 1980er Jahre im deutschen Finanzsektor vollzogen haben. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht dabei die Konfiguration der Beziehungen zwischen Banken, Industrie und Staat sowie die Gewichtsverschiebungen, die sich in diesem Dreieck vollzogen haben. Es zeigt sich, dass der deutsche Finanzsektor zunehmend seinen Infrastrukturencharakter verliert und anderen, marktförmig organisierten Wirtschaftsbranchen immer ähnlicher wird. Der Erosionsprozess vollzieht sich vorwiegend im globalen Banken- und Unternehmenssegment und wird auf staatlicher Seite durch den Bund vorangetrieben. Dem stehen Bemühungen der Bundesländer gegenüber, den mittelständisch strukturierten öffentlichen Bankensektor zu erhalten und auch weiterhin für regionale Finanzierungsbelange zu instrumentalisieren. Ob diese Beharrungstendenzen des "regionalen Merkantilismus" die Erosion des koordinierten Kapitalismusmodells insgesamt aufhalten können, wird sich zeigen. (ICD)

[113-L] Lütz, Susanne:

Globalisierung und die politische Regulierung von Finanzmärkten, in: Prokla : Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Jg. 30/2000, Nr. 1 = H. 118, S. 61-81 (Standort: USB Köln(38)-XG3381; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die Verfasserin diskutiert Regulierungsinstrumente und Akteure der Regulierung in den letzten drei Jahrzehnten. Als Antwort auf die zunehmende Komplexität der Finanzmärkte kam es zu einer Ausweitung formeller und informeller Ansätze politischer Regulierung, es bleiben jedoch noch viele grundlegende Probleme ungelöst. (ICAÜbers)

[114-L] Mende, Alexander; Menkhoff, Lukas:

Tobin tax effects seen from the foreign exchange market's microstructure, (Diskussionspapiere / Universität Hannover, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, No. 268), Hannover 2003, 19 S. (Graue Literatur; www.wiwi.uni-hannover.de/Forschung/Diskussionspapiere/dp-268.pdf)

INHALT: "Die Einführung einer Tobin Steuer wird von vielen gesellschaftlichen Gruppen gefordert. Trotz ihrer Popularität wurden in der Forschung bisher die Erkenntnisse der neuen Mikrostrukturforschung nicht verwertet. Die Rolle der Banken im Devisenhandel unterscheidet sich deutlich von der, die die Befürworter einer solchen Steuer vermuten. Die wahrscheinlich ausschlaggebende Gruppe für kurzfristige Wechselkursschwankungen sind die Fondsmanager. Sie spekulieren zwar auch kurzfristig, jedoch in einer vergleichsweise längeren Frist als die Devisenhändler. Es gibt keinen Steuersatz, der deren Verhalten beeinflussen kann, ohne gleichzeitig die gewünscht hohe Liquidität aufrechtzuhalten. Daher kann keine einheitliche proportionale Tobin Steuer ihre Ziele erreichen." (Autorenreferat)

[115-L] Menkhoff, Lukas; Hartmann-Wendels, Thomas:

Could tighter prudential regulation have saved Thailand's banks?, (ZEF-Discussion Papers on Development Policy, No. 28), Bonn 2000, 40 S. (Standort: UuStB Köln(38)-20000106408; Graue Literatur; 131.220.109.9/fileadmin/webfiles/downloads/zef_dp/zef_dp28-00.pdf)

INHALT: "Als eine zentrale Lehre aus der Asienkrise empfehlen internationale Organisationen die Verbesserung der präventiven Regulierung in den betroffenen Ländern. Die Wirkung einer strikteren Regulierung kann man durch Simulation der Krise mit diesen neuen Regeln erfassen. Die Analyse für Thailands Geschäftsbanken zeigt, daß effektivere Regulierung die Auswirkungen des Kreditrisikos graduell gebremst hätte. Wichtiger für den finanziellen Zusammenbruch waren allerdings makroökonomische Risiken gewesen. Diese sind in keinem derzeit bestehenden Regulierungsrahmen abgedeckt. Folglich würden selbst viele strikt regulierte deutsche Banken einen Makroschock, wie ihn Thailand erlebt hatte, nicht überstehen." (Autorenreferat)

[116-L] Mooslechner, Peter; Schürz, Martin; Weber, Beat:

Transparency as a mechanism of governance in financial systems, in: Sonja Puntcher Riekmann, Monika Mokre, Michael Latzer (Eds.): *The state of Europe : transformations of statehood from a European perspective*, Frankfurt am Main: Campus Verl., 2004, S. 217-236, ISBN: 3-593-37632-6 (Standort: LMB Kassel(34)-25pol/T9./4.0/STA)

INHALT: "Transparenz" ist das Schlüsselwort für die kapital- und marktorientierte Gemeinschaft der EU. Der vorliegende Beitrag rekonstruiert die weltweiten Bemühungen seit den 1990er Jahren, die Transparenz im Finanzsektor zu erhöhen. Insbesondere nach der asiatischen Finanzkrise wurden erhebliche Anstrengungen in diese Richtung unternommen. Die Autoren analysieren diese Entwicklung mit dem Principal-Agent-Ansatz. Die Theorie der asymmetrischen Information zeigt weiterhin, dass unter unvollständigen Marktstrukturen die ungleiche Verteilung von Informationen Ineffizienzen mit sich bringt. Die Initiativen zur Regulierung der Finanzmärkte basieren auf dieser Theorie. Anhand von drei Fallstudien zeigen die Autoren, dass die gewählte Principal-Agent-Perspektive sich als eher ungeeignet erweist, um die Entwicklung zu mehr Transparenz auf den Kapital- und Finanzmärkten zu verstehen und zu gestalten. (ICA)

[117-L] Mooslechner, Peter; Schürz, Martin; Weber, Beat:

Transparenz als Steuerungsmechanismus in Finanzsystemen, in: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Jg. 30/2004, H. 3, S. 347-361 (Standort: USB Köln(38)-XH1749; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Im Zentrum dieses Beitrags steht die Frage, ob mehr Transparenz eine Lösung für das Problem asymmetrischer Information in Finanzsystemen darstellt. Unsere Antwort lautet: Transparenz ist nicht hinreichend, und wie die ausgewählten Fallstudien zeigen, haben Initiativen zur Verbesserung von Transparenz auf den Finanzmärkten eine Reihe von anderen Funktionen: Erstens können sie als marktfreundliche Alternative zu Vorschlägen einer verstärkten Regulierung von Finanzmärkten dienen, indem sie das jeweilige Problem (Krisen, Betrug etc.) als einen Mangel an Informationen interpretieren. Probleme grundlegender Marktasymmetrien, inkompatibler Verhaltensanreize und intrinsischer Marktinstabilitäten können sie allerdings nicht lösen. Insofern ist Transparenz keine hinreichende Bedingung zur Verhinderung von Finanzkrisen. Zweitens werden sie als symbolische Maßnahmen zur Stärkung von Vertrauen nach Krisen eingesetzt. Drittens fungieren sie als Signal an verschiedene Akteursgruppen, ihr Verhalten zu ändern. Offenlegungspflichten sollen einen disziplinierenden Effekt auf die Informationsbereitsteller ausüben, und an die Informationsadressaten wird appelliert, ihre Entscheidungen stärker auf Basis dieser Informationen zu treffen. Viertens implizieren Transparenzinitiativen ein Eingeständnis, dass die Deregulierung der Finanzmärkte über weite Strecken auf theoretischen Annahmen hinsichtlich der Selbstorganisationsfähigkeit von Märkten beruhen, die sich in der Realität als unzutreffend erwiesen. Transparenzinitiativen werden zwar aus dem selben Paradigma abgeleitet, sie sind aber ein implizites Anerkenntnis, dass es einer ergänzenden Steuerung der Finanzmärkte bedarf, um ihr Funktionieren zu gewährleisten." (Autorenreferat)

[118-L] Pfaller, Alfred:

Die Reform des Internationalen Währungsfonds, (Politikinfo / Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. Internationale Politik-Analyse), Bonn 2000, o.A. (Graue Literatur; library.fes.de/fulltext/id/00892.htm)

INHALT: "Die Finanzkrisen von 1997/98 haben offenkundig gemacht, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) weit davon entfernt ist, ein Garant für die Stabilität des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems zu sein. Viele Ökonomen teilen die Einschätzung, der Fonds habe mit seiner fehlgeleiteten Politik die Asienkrise unnötig verschärft. Manche werfen ihm sogar vor, er habe mit seinen Politikempfehlungen zur Entstehung der Krise beigetragen. Die Debatte, wie das Internationale Finanzsystem zu stabilisieren sei und welche Rolle dem Währungsfonds dabei zufalle, ist nun durch eine engere, IWF-zentrierte Debatte überlagert worden. Die Parameter dieser Debatte werden seit März 2000 durch den Bericht der vom US Kongress eingesetzten 'Meltzer-Kommission' vorgegeben. IWF-Reform ist plötzlich 'in'. Gefordert wird sie indes seit langem, wenn auch von ganz anderer Seite und mit anderer Stoßrichtung. Bei den diversen neuen und alten Forderungen nach einer Reform des IWF unterscheidet der Autor drei zentrale Ziel-Variable. Sie betreffen 1. das Vorgehen des IWF gegenüber Entwicklungsländern (Entwicklungsfokus); 2. die Rolle des Fonds bei der Stabilisierung des Weltfinanzsystems (Systemfokus) und 3. die Kontrolle über den IWF (Machtfokus)." (Textauszug)

[119-L] Pfaller, Alfred:

Was soll man von der Tobin-Steuer halten?, (Politikinfo / Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. Internationale Politik-Analyse), Bonn 2002, o.A. (Graue Literatur; library.fes.de/fulltext/id/01231.htm)

INHALT: "Der spätere Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften James Tobin stellte die Idee einer Steuer auf Devisenumsätze im Jahre 1972 vor. Von Wissenschaft und Politik wurde sie lange als vielleicht interessanter, aber letztlich nicht ernsthaft zu verfolgender Gedanke abgetan. Dabei kamen mehrere Dinge zusammen: (a) begründete Skepsis hinsichtlich des zu erwartenden Nutzens, der Durchführbarkeit und der politischen Realisierungschance; (b) neoliberales Missfallen an jeglicher Art zusätzlicher Steuer, gar einer internationalen; (c) der Widerstand der Banken und Broker, die um Gewinne in Milliardenhöhe fürchteten. Die Ablehnungsfront beginnt jedoch zu bröckeln. Die 'Tobin Tax', seit längerem eine zentrale Forderung der Bewegung der Globalisierungsskeptiker, findet heute auch im 'Mainstream' der Ökonomie Anhänger. Der Autor diskutiert in diesem Beitrag das Für und Wider einer 'Tobin Tax'." (Autorenreferat)

[120-L] Pfaller, Alfred:

Kapitalverkehrskontrollen gegen Finanzkrisen?, (Politikinfo / Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. Internationale Politik-Analyse), Bonn 2000, o.A. (Graue Literatur; library.fes.de/fulltext/id/00888.htm)

INHALT: Der Autor geht in diesem Beitrag der Frage nach, in wieweit Kapitalverkehrskontrollen gegen Finanzkrisen schützen können. Es geht zunächst darum, das nationale Finanzsystem durch eine vernünftige Regulierung des Verhaltens von Kreditnehmern und -gebern (Bankenaufsicht etc.) weniger krisenanfällig zu machen. Bevor die entsprechende institutionelle Infrastruktur steht, sollte der grenzüberschreitende Kapitalverkehr nicht völlig freigegeben werden. Dies ist heute - da hat man aus den Krisen der letzten Jahre gelernt - allgemein akzeptiert. Für die Stabilisierung der Kapitalflüsse ist zudem eine angemessene Wirtschaftspolitik wichtig. Der Autor thematisiert insbesondere die besondere Bedeutung der Währungspolitik, die regulierend in den Kapitalverkehr eingreifen soll/ muß. (JA)

[121-L] Pitschas, Rainer; Gille, Stefanie:

Rechtliche und institutionelle Entwicklungen der Finanzmarktaufsicht in der EU und in Deutschland, in: Verwaltungsarchiv : Zeitschrift für Verwaltungslehre, Verwaltungsrecht und Verwaltungspolitik, Bd. 94/2003, H. 1, s. 68-98 (Standort: USB Köln(38)-Fa118; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Ziehen wir Bilanz. Im 'Europa der Finanzdienstleistungen' befindet sich die Überwachung der Banken durch Aufsichtsverwaltungen auf dem Weg zu einer 'europäischen' Allfinanzaufsicht. Diese folgt der Bildung supra- und internationaler Finanzkonglomerate. Von einem Rückzug des Gemeinschaftsstaates aus der Wirtschaftsverwaltung und -aufsicht kann gleichwohl nicht die Rede sein. Mit der neuen europäischen Regierungsführung ändert sich aber die Methode der Aufsichtssteuerung. Es geht um Kooperation durch Vernetzung. Allerdings steht die europäische Regulierung des Finanzdienstleistungssektors vor großen Herausforderungen. Der vertiefte Blick auf institutionelle und materiellrechtliche Regulierungsschritte lässt erkennen, dass zu ihrer Bewältigung der Grundsatz der Mindestharmonisierung den europäischen Bankensektor dominiert. Die EZB hält sich darüber hinaus als supranationale Aufsichtsbehörde in spe bereit, während sich die Aufsichtreform in Deutschland als ein fragwürdiges Unterfangen bürokratischer Restrukturierung darstellt. Bei alledem bilden zwar die Grundfreiheiten des Gemeinschaftsrechts eine Grenze der Verschärfung von Aufsichtshandeln. Der Entwurf einer europäischen Richtlinie zur Allfinanzaufsicht nimmt jedoch darauf wenig Rücksicht. Überdies führen die Empfehlungen des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht dazu, dass die verfassungsgeschützten Belange der mittleren und kleineren Unternehmen in Deutschland außer Acht bleiben. Schließlich geraten die 'europäische' und die nationalen Allfinanzaufsichten in ein derzeit noch verborgenes Spannungsfeld zur WTO. Die 'verdichteten' Aufsichtsstandards drohen innerhalb der EU und im Verhältnis zu Drittstaaten spezifische Handelshemmnisse für Finanzdienstleistungen zu erzeugen." (Autorenreferat)

[122-L] Sablowski, Thomas:

Bilanz(en) des Wertpapierkapitalismus: Deregulierung, Shareholder Value, Bilanzskandale, in: Prokla : Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Jg. 33/2003, Nr. 2 = H. 131, S. 201-233 (Standort: USB Köln(38)-XG3381; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.prokla.de/Volltexte/131sablowski.rtf)

INHALT: In der Öffentlichkeit wird die Serie der Buchführungsskandale und Bankrotte der letzten Jahre vor allem auf die Gier der Manager und institutionelle Defizite beim Schutz der Anlegerinteressen zurückgeführt. Der Verfasser zeigt demgegenüber, dass es gerade die Ausbreitung des Shareholder-Value-Konzepts und die zunehmende Dominanz "fiktiven" Kapitals sind, die zusammen mit der Entwicklung der Finanzmärkte die Notwendigkeit und auch die Möglichkeit schaffen, Gewinne, Umsätze und Aktienkurse mit allen Mitteln aufzublähen - auch mit Hilfe "kreativer" Buchführung. (ICE-Übers)

[123-L] Schader, Norwin:

Staatliche Steuerungsfähigkeit unter den Bedingungen der Globalisierung, (Volkswirtschaft, Bd. 5), Berlin: Lit Verl. 2006, 319 S., ISBN: 3-8258-9875-X (Standort: USB Köln(38)-34A5920)

INHALT: Die Studie behandelt die Regulierungspolitik im Bereich der Finanzmarktpolitik und der Wettbewerbspolitik in Deutschland, Großbritannien, der EU und den USA. Da die Steuerungsfähigkeit des Staates unter den Bedingungen der Globalisierung in der Literatur häufig bestritten wird, setzt sich der Verfasser zunächst in einer Literaturstudie mit zentralen Gründen für Steuerungs pessimismus sowie einen verbliebenen Steuerungsoptimismus auseinander. Anschließend wird die historische Entwicklung des Phänomens Globalisierung in seinen quantitativen und qualitativen Aspekten erfasst. Vor diesem Hintergrund fordern vor allem zwei Bereiche der Globalisierung die staatliche Steuerungsfähigkeit heraus, die Entwicklungen auf den Finanzmärkten und die Macht ökonomischer Akteure. Der Verfasser fragt hier, in wie weit Staaten in der Lage sind, die von ihnen bestimmten Regulierungsziele auf den betroffenen Politikfeldern (Kapitalmarkt- und Bankenregulierung, Wettbewerbspolitik) zu setzen. In den drei genannten Bereichen zeigt sich eher eine Zunahme staatlichen Steuerungskompetenzen und staatlicher Regulierung. (ICE2)

[124-L] Scherer, Andreas Georg; Hütter, Gerhard; Maßmann, Lothar (Hrsg.):

Ethik für den Kapitalmarkt?: Orientierungen zwischen Regulierung und Laisser-faire, (DNWE-Schriftenreihe, Bd. 10), (Tagung "Ethik für den Kapitalmarkt", 2001, München), München: Hampp 2003, 268 S., ISBN: 3-87988-740-3

INHALT: "Die Konzeption des vorliegenden Bandes geht auf die Tagung 'Ethik für den Kapitalmarkt' des Deutschen Netzwerk Wirtschaftsethik e.V. zurück, zu der die Herausgeber im Oktober 2001 ins Siemens-Forum in München eingeladen hatten. Die damalige Tagung stand bereits voll im Zeichen der Aktienbaisse und der beginnenden Einbrüche am Neuen Markt. In der Zwischenzeit haben neue Skandale die Finanzwelt erschüttert: Enron, Worldcom, Comroad, Swissair ... die Kette ließe sich noch lange fortführen. Diese Ereignisse haben das Vertrauen der Anleger in die Funktionsweise der Kapitalmärkte schwer erschüttert. Sie haben die staatlichen Institutionen auf den Plan gerufen, die versuchen, dem zunehmend globaler werdenden Finanzmarkt einen neuen Rahmen zu geben. Gleichzeitig werden aber auch die verschiedenen privaten und halbstaatlichen Selbstregulierungsinitiativen von Industrie- und Berufsverbänden sowie der einzelnen Börsen verstärkt. Diese Entwicklungen betreffen nicht nur Deutschland und die USA, sondern insbesondere auch die Schweiz, in der das Kapitalmarktrecht im Vergleich zu den vorher genannten Ländern sehr liberal geregelt war. Wie die Beiträge aus der Schweiz zeigen, sind dort dafür umso stärker Selbstregulierungsbemühungen in Gang gekommen." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Andreas Georg Scherer: Braucht der Kapitalmarkt eine (Unternehmens-)Ethik? - Orientierungen zur Problemstellung dieses Bandes (15-33); Peter Koslowski: Welche Werte prägen den Kapitalmarkt? - Zur Ethik des Kapitalmarktes (37-49); Hermann Franz: Globalisierung und Shareholder Value aus Unternehmenssicht (51-60); Richard Gaul: Die gesellschaftliche Verantwortung der Wirtschaft (61-66); Andreas Suchanek: Shareholder Value vs. Gemeinwohlorientierung (67-70); Karl Albrecht Schachtschneider: Republikanismus und Globalismus am Beispiel der Kapitalverkehrsfreiheit (71-87); Wolfgang Gerke: Ethik in der Kapitalmarkt-kommunikation (89-105); Gunter Hauelsen: Ethische Verhaltenssteuerung im Bankwesen - Kritische Überlegungen zur Förderung der extrinsischen und intrinsischen Handlungsmotivation (107-124); Tessen von Heydebreck: Ethik im Kapitalmarkt - die Umsetzung eines Programms. Erfahrungsbericht über 10 Jahre Kapitalmarkt-Compliance (127-139); Peter Nobel: Banken- und Finanzmarktregulierung: Ein Erfahrungsbericht aus der Schweiz (141-150); Anton-Michael Bauer: Kapitalmarktethik zwischen Regulierung und Selbstverpflichtung: Einige Anmerkungen aus der Praxis (151-172); Urs Philipp Roth /Stefan Hoffmann: Bankgeheimnis und Ethik (173-185); Hans-Peter Bauer / Martin Peter: Global Standards for Money Laundering Prevention (187-192); Walter Kahlenborn: Nachhaltige Geldanlagen und Transparenz (193-204); Robert Haßler: Nachhaltigkeits-Rating: Ein innovatives Konzept zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung bei Unternehmen und auf den Finanzmärkten, Eine Chance für Stiftungen (205-213); Michael Kläver: Die Analysten als Testfall der Wirtschaftsethik (215-218); Stephan Meier: Analysten im Interessenkonflikt - Die Rolle der Selbstregulierung und der Beitrag der Swiss Financial Analyst Association (219-230); Jan Schultze-Berndt: Compliance im Spannungsfeld zwischen Selbstregulierung und organisatorischen Anforderungen (231-244); Barbara Bonhage: Holocaustgelder als Testfall der Bankethik in der Schweiz (245-259).

[125-L] Schophaus, Malte:

Ökonomische Expertise und die soziale Ordnung von Protestpolitik: die Tobin-Steuer-Kampagne von Attac, in: Sabine Ammon, Corinna Heineke, Kirsten Selbmann (Hrsg.): Wissen in Bewegung : Vielfalt und Hegemonie in der Wissensgesellschaft, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 2007, S. 140-158, ISBN: 978-3-938808-30-6

INHALT: Der Autor beschäftigt sich mit der Rolle von wissenschaftlichem Wissen in der Bewegungsorganisation Attac (Association pour une Taxation des Transactions Financières pour l'aide aux Citoyens - Vereinigung zur Besteuerung der Finanztransaktionen zum Nutzen der Bürger'). Kern des politischen Programms von Attac ist ein Vorschlag des Ökonomen und Nobelpreisträgers James Tobin zur Regelung und Besteuerung internationaler Finanztransaktionen, die sogenannte Tobin-Steuer'. Aus der Perspektive des wissenschaftssoziologischen Koproduktionsansatzes wird gezeigt, wie sich das wirtschaftswissenschaftliche Tobin-Steuermodell und Attac in einem wechselseitigen Prozess erschaffen: Die Identität von Attac wird durch die Auseinandersetzung mit dem Tobin-Modell nachhaltig geprägt. Dadurch werden politische Gegner sichtbar und die Reichweite der Forderungen vorein-

gestellt. Die Übersetzung in ein ökonomisches Modell beeinflusst Attacs Verständnis von Globalisierung. Gleichzeitig wandelt sich jedoch auch die Repräsentation des Tobin-Steuer-Konzepts, dessen Rahmung sich von der Marktstabilisierung hin zur Förderung sozialer Gerechtigkeit verschiebt. Es handelt sich um ein Beispiel, wie sich soziale Bewegungen und Wissenschaft gegenseitig begründen und transformieren können. (GB)

[126-L] Strulik, Torsten:

Intelligentes Regieren - Finanzmarktregulierung jenseits hierarchischer und neoliberaler Steuerung?, in: Kurt Imhof, Thomas S. Eberle (Hg.): Triumph und Elend des Neoliberalismus, Zürich: Seismo Verl., 2005, S. 90-108, ISBN: 3-03777-038-4 (Standort: UB Siegen(467)-31OWH1265)

INHALT: Debatten um die Leistungen und Folgeprobleme neoliberaler Politik gehen in der Regel von einem Dualismus der Koordinationsformen Markt und Hierarchie aus: Blicken die Marktanhänger auf die Dysfunktionalitäten einer überzogenen Interventionsaktivität von Nationalstaaten, so konzentrieren sich die Kritiker des Neoliberalismus auf die Externalitäten einer nur an sich selbst orientierten Marktsphäre. Unthematisiert bleiben bei diesen Vereinseitigungen sowohl vernetzte Problemlagen als auch Potentiale einer intelligenten Kombinatorik der Governancemechanismen Markt und Hierarchie. Der Autor möchte daher eine neue Perspektive eröffnen, die für die Voraussetzungen einer Komplementarität der Governancemechanismen Markt und Hierarchie sowie die Emergenz entsprechender institutioneller Arrangements sensibilisiert. Der Verfasser wendet sich dem Bereich der Finanzmarktregulierung zu und konzentriert sich zunächst auf den Bankensektor, den er im Kontext gesellschaftlicher und ökonomischer Entwicklungen betrachtet, die auf eine veränderte Bedeutung von Wissen hindeuten und die Kategorie der Innovation in den Mittelpunkt rücken lassen. Das Vordringen neoliberaler Regulierungsprogramme wird diskutiert und die Möglichkeiten einer kombinatorischen Verknüpfung der Governancemechanismen Markt und Hierarchie werden ausgelotet. (ICB2)

[127-CSA] Tatom, John A.:

The US Foreclosure Crisis: A Two-Pronged Assault on the US Economy., in: 32p, 2008, Networks Financial Institute

INHALT: The US mortgage loan foreclosure crisis has been called 'the worst financial crisis since the great depression.' There are two distinct channels of influence of the subprime problem. The first is the rise in foreclosures that affects homeowners and the real estate industry most directly. The second channel is financial, flowing from the effects on lenders' financial viability and on financial markets. The timing of developments in these two channels will determine how fast markets work through these problems and restore stability and growth to the nation's housing and financial markets.

[128-L] Trautwein, Hans-Michael:

Arbeitnehmerkapital, Finanzmarktregulierung und Geldpolitik, in: WSI Mitteilungen : Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 60/2007, H. 12, S. 670-677 (Standort: USB Köln(38)-Haa964; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Ein beträchtlicher Teil des von institutionellen Investoren (Pensionsfonds, Lebensversicherern u.a.) angelegten und an den internationalen Finanzmärkten bewegten Kapitals stammt aus Forderungen oder Besitz von Arbeitnehmern. Der vorliegende Beitrag erörtert die Frage, ob und inwieweit die sich aus solchem Arbeitnehmerkapital ergebenden Kontrollrechte genutzt werden könnten, um im Zuge der Finanzmarktglobalisierung und Finanzmarktorientierung der Unternehmen verloren gegangenes Terrain in der Vertretung der originären Arbeitnehmerinteressen (im Hinblick auf Einkommen und Arbeitsbedingungen) wiedergutzumachen. Die Möglichkeiten und Probleme kapitalbasierter Mitsprache werden auf drei Ebenen untersucht: auf der einzelwirtschaftlichen Unternehmenzebene, auf der sektoralen Ebene der Finanzmarktregulierung und auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene der Abstimmung von Zins- und Lohnpolitik." (Autorenreferat)

[129-L] Walter, Norbert; Speyer, Bernhard:

Zwischen Governance und Polymorphie: zur Regulierung internationaler Finanzmärkte heute, in: WeltTrends : Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien, Jg. 13/2005, Nr. 46, S. 12-25 (Standort: UuStB Köln (38)-LXE782; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die Verfasser analysieren die Gründe für die Schaffung eines Regimes der Regulierung der internationalen Finanzmärkte unter Bezug auf das Modell des liberalen Internationalismus. Sie sehen das System der internationalen Märkte von Polymorphie geprägt, ein Hinweis auf die Existenz verschiedener Formen der Regulierung. Diese polymorphe Struktur geht auf fünf Faktoren zurück: (1) nicht-homogene Struktur des Steuerungsobjekts, (2) dynamische Struktur des Steuerungsobjekts, (3) unklare Ziele von Governance, (4) dominante Rolle der USA und Großbritanniens, (5) Governance als Ergebnis eines Mehrebenenspiels mit verschiedenen Koalitionen. (ICEÜbers)

[130-L] Walter, Norbert:

Wirtschaftskrise oder Krise der Wirtschaftspolitik?: Perspektiven konsequenter Reformpolitik, in: Die Politische Meinung : Monatsschrift zu Fragen der Zeit, Jg. 47/2002, H. 2 = Nr. 387, S. 11-20 (Standort: USB Köln(38)-EP15460; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.kas.de/db_files/dokumente/die_politische_meinung/7_dokument_dok_pdf_529.pdf)

INHALT: "Eine Reformpolitik im Schongang, die lediglich auf partielle Verbesserungen setzt, wird den komplexen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht gerecht. Erforderlich ist vielmehr eine konsistente Wirtschaftspolitik, die auch vor 'heiligen Kühen' der Klientelpolitik nicht zurückschreckt." (Autorenreferat)

[131-L] Wettstein, Florian:

Die neue "kapitale" Frage: freier Kapitalverkehr oder Re-Regulierung der globalen Finanz- und Kapitalmärkte?, (Berichte des Instituts für Wirtschaftsethik der Universität St. Gallen, Nr. 92), St. Gallen 2001, 29 S., ISBN: 3-906548-99-6 (Standort: UuStB Köln(38)-20010106394; Graue Literatur)

INHALT: "Dieser Text wurde im Rahmen des Seminars Wirtschaftsethik III - Ordnungsethik verfasst. Ziel des Textes ist es, die vielfältigen ethischen und moralischen Problemstellungen, welche die vernetzten globalen Finanz- und Kapitalmärkte hervorrufen, aufzuzeigen. Insbesondere wird dabei auf ein Demokratiedefizit in den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten hingewiesen, welches sich sowohl aus einem erschwerten Marktzugang für verschiedene Bevölkerungsschichten als auch durch eine radikale Machtverschiebung weg von demokratisch legitimierten Institutionen hin zu privaten Unternehmungen ergibt. Als weitere Problematik wird die Volatilität der Kapitalflüsse herausgestrichen, dies im Zusammenhang mit Währungskrisen und ihren verheerenden Folgen für die Bevölkerung. Es wird im Weiteren auf eine fundamentale Zweckentfremdung der Finanz- und Kapitalmärkte hingewiesen, da die ursprüngliche Finanzierungsfunktion dieser Märkte nach und nach verloren geht. In der Folge wird dann in dreifacher Hinsicht auf die Verteilungsproblematik eingegangen. In einem ersten Schritt wird dabei die Gesamtwohlfahrt der Verteilungsgerechtigkeit gegenübergestellt, was zum Schluss führt, dass die Öffnung der Märkte mit dem Gemeinwohllargument in keiner Weise legitimiert werden kann. In einem zweiten Schritt stellen wir fest, dass auch langfristige Direktinvestitionen oft dazu führen, eine bestehende Zweiklassengesellschaft zu zementieren. Als weiteren Punkt unter dem Titel der Verteilungsgerechtigkeit wird auf die Problematik des Standortwettbewerbs und des daraus resultierenden Abbaus des sozialen Ausgleichs eingegangen - auch dies wiederum im Zusammenhang mit den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten. Als letztes Problemfeld wird das Transparenzproblem der internationalen Finanz- und Kapitalmärkte aufgegriffen. Hier wird ein Blick auf das Anlageverhalten vieler Investoren geworfen, sowie das Geschäftsgebaren von kotierten Unternehmungen im Hinblick auf Kurssteigerungen in Frage gestellt. Der zweite Teil der Arbeit soll dann in einem ersten Schritt eine Abwägung zwischen einer weiteren Liberalisierung und einer Re-Regulierung der internationalen Finanz- und Kapitalmärkte vornehmen, wobei als Resultat die Notwendigkeit zur Suche nach einem Mittelweg hervorgeht. Eine Möglichkeit, wie ein solcher Mittel-

weg in regulatorischer Hinsicht ausgestaltet werden könnte, ist dann Inhalt des letzten Teils dieses Berichtes. Insbesondere wird dabei ausführlich auf die Tobin tax, einen Besteuerungsansatz von grenzüberschreitenden Finanztransaktionen eingegangen." (Autorenreferat)

[132-L] Zanker, Benedikt:

Internationaler Währungsfonds 2015: Reformbedarf und Reformmöglichkeiten, (SWP-Studie, S 13), Berlin 2006, 27 S. (Graue Literatur;

www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=1678; www.swp-berlin.org/en/common/get_document.php?asset_id=3175)

INHALT: "Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat die Fokussierung auf sicherheitspolitische Probleme die Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft um eine Verbesserung der Stabilität des internationalen Finanzsystems in den Hintergrund treten lassen. Die aktuelle Phase relativer Finanzmarktstabilität böte jedoch ein ideales Umfeld, um die so genannte internationale Finanzarchitektur grundlegend zu reformieren. Von besonderer Bedeutung in dafür wäre eine Reform des Internationalen Währungsfonds, der nach wie vor das effektivste Instrument der internationalen Staatengemeinschaft zur Förderung der Stabilität des internationalen Finanzsystems darstellt. Seine Kreditvergabe- politik während der Asienkrise und die damit einhergehenden Eingriffe in die Souveränitätsrechte seiner Klienten haben das Vertrauen in den IWF in weiten Teilen seiner Mitgliedschaft jedoch grundlegend erschüttert. Die Tatsache, dass die überwiegende Mehrheit seiner Mitglieder im Vergleich zu den westlichen Industrienationen verschwindend wenig Stimmrechte und Einflussmöglichkeiten besitzt, verringert die institutionelle Legitimation des IWF zusätzlich. Infolge dieses Legitimitätsverlustes wenden sich bedeutende Schwellenländer zusehends vom IWF ab und unterminieren so kontinuierlich seine Effektivität in der Verhinderung und Bewältigung von Finanzkrisen. Die vorliegende Studie skizziert einen Reformvorschlag, dessen Realisierung dem Legitimationsverlust des IWF Einhalt gebieten könnte. Er zielt darauf ab, seine Effektivität in der Prävention und Bewältigung von Finanzkrisen zu erhöhen und gleichzeitig zu gewährleisten, dass er auch weiterhin umfassende Finanzdaten bereitstellen und seine Mitglieder wirtschaftspolitisch beraten kann. Kern dieses Reformvorschlages ist die Einführung einer gestaffelten Mitgliedschaft." (Autorenreferat)

Hinweise zur Registerbenutzung

Sachregister

Grundlage für das Sachregister sind die Schlagwörter, die zur gezielten Suche der Literatur- bzw. Forschungsnachweise in unseren Datenbanken SOFIS und SOLIS vergeben wurden.

Um eine differenzierte Suche zu ermöglichen, werden dabei nicht nur die Haupt-, sondern auch Nebenaspekte der Arbeiten verschlagwortet.

- Bei einem maschinell erstellten Verzeichnis wie dem obigen Sachregister führt das zwangsläufig zu einem Nebeneinander von wesentlichen und eher marginalen Eintragungen.

Manche Begriffe machen erst in Verbindung mit anderen Sinn oder wechseln ihren Sinn in Abhängigkeit vom jeweiligen Zusammenhang.

- Solche Zusammenhänge gehen aber bei einem einstufigen Register typischerweise verloren.

Vermeintliche Fehleintragungen gehen fast immer aufs Konto eines dieser beiden Effekte, die sich bei der maschinellen Registererstellung grundsätzlich nicht vermeiden lassen.

Personenregister

Aufgeführt sind

- bei Literaturnachweisen: alle aktiv an dem Werk beteiligten Personen;
- bei Forschungsnachweisen: alle als Leiter, Betreuer oder wissenschaftliche Mitarbeiter („Autoren“) eines Projekts angegebenen Personen.

Institutionenregister

Aufgeführt sind nur die forschenden Institutionen. Institutionelle Auftraggeber, Finanziierer, Förderer oder dergleichen sind zwar in den Forschungsnachweisen selbst aufgeführt, nicht jedoch im Register.

Sortierung

Die Sortierung folgt den lexikalischen Regeln, d.h. Umlaute werden wie der Grundbuchstabe sortiert. Numerische Angaben (z.B. „19. Jahrhundert“) sind ganz ans Ende sortiert, also hinter Buchstabe Z.

Nummerierung

Alle in den Registern angegebenen Zahlen beziehen sich auf die laufenden Nummern der Literatur- und Forschungsnachweise.

Personenregister**A**

Altvater, Elmar 1
Anas, Titik 89
Auer, Ludwig von 30

B

Becker, Joachim 2
Bischoff, Joachim 3
Blundell-Wignall, Adrian 77
Boris, Dieter 31
Brand, Ulrich 90
Brüggemann, Axel 91

C

Caruana, Jaime 92
Chakraborty, Rabindra Nath 32
Chesnais, Francois 93
Chirathivat, Suthiphand 33
Cho, Hyekyung 34

D

Demirovic, Alex 4
Dieter, Heribert 5, 35, 36, 37, 38, 94, 95, 96,
97
Donnelly, Shawn 98
Duwendag, Dieter 6

E

Eatwell, John 99
Eberle, Thomas S. 15
Ee, Khor Hoe 78
Ehrke, Michael 39
Eli, Max 40

F

Faust, Jörg 7
Filc, Wolfgang 8, 100
Foster, John Bellamy 79
Friawan, Deni 89
Fritz, Barbara 9
Fürstenberg, Friedrich 10

G

Galbraith, James K. 11
Galindo, Luis Miguel 101
Gille, Stefanie 121
Glans, Matthew 18
Görg, Christoph 90
Gottwald, Jörn-Carsten 12
Gray, Simon 80
Griffith-Jones, Stephany 102
Grözinger, Gerd 48, 103

H

Hanisch, Rolf 41, 42, 43
Hartmann-Wendels, Thomas 115
Hayo, Bernd 44
Heide, Holger 45
Heinrich, Michael 13
Heinz, Ronald 2
Herr, Hansjörg 46, 81
Hessler, Stephan 104
Hickel, Rudolf 105
Hill, John S. 58
Hilpert, Hanns Günther 47
Hippel, Eike von 106
Hoff, Benjamin 48
Holste, Björn Holger 49
Horn, Gustav Adolf 50
Huffschmid, Jörg 14, 107, 108
Huppertz, Cornelius 51
Hütter, Gerhard 124

I

Imhof, Karen 2, 52
Imhof, Kurt 15

J

Janszen, Eric 83
Jost, Kenneth 109

K

Kalinowski, Thomas 34, 53, 54, 110
Kim, Heungchong 62
Klenner, Wolfgang 55
Krätke, Michael R. 16
Krüger, Lydia 56
Krugman, Paul 84
Küblböck, Karin 2
Kühl, Stefan 17

L

Laumer, Helmut 47
Lehrer, Eli 18
Linne, Thomas 91
Lohrke, Franz T. 58
Lordon, Frédéric 19
Luna Martinez, Jose de 57
Lütz, Susanne 20, 21, 111, 112, 113

M

Manzenreiter, Wolfram 2
Marino, Louis D. 58
Maßmann, Lothar 124

Mauil, Hanns W. 59
Mende, Alexander 114
Menkhoff, Lukas 114, 115
Meyer-Stamer, Jörg 60
Molteni, Corrado 33
Mooslechner, Peter 116, 117

N

Narain, Aditya 92
Nolte, Paul 22

O

Ouyyanont, Porphant 61

P

Park, Sung-Hoon 62
Pasternak, Christoph 63
Perilla Jimenez, Juan Ricardo 23
Pfaller, Alfred 118, 119, 120
Pitschas, Rainer 121
Pohlmann, Markus 64

R

Rieger, Hans Christoph 65
Robertson, Justin 66
Roesler, Jörg 67

S

Sablowski, Thomas 24, 122
Schader, Norwin 123
Scherer, Andreas Georg 124
Schertler, Andrea 25
Schlottmann, Dirk 68
Schmidt, Ingo 85
Schmidt, Petra 69
Schnabl, Gunther 70
Schophaus, Malte 125
Schrooten, Mechthild 71
Schürz, Martin 116, 117
Siamwalla, Ammar 72
Speyer, Bernhard 129
Stachuletz, Rainer 81
Stella, Peter 80
Stelzer, Irwin M. 86
Strulik, Torsten 126
Stühmer, Axel 26

T

Tambunan, Tulus 58
Tatom, John A. 127
Taylor, Lance 99
Thießen, Ulrich 73
Trautwein, Hans-Michael 128

U

Utt, Ronald D. 87

V

Vilker, Ana Silvia 74

W

Wahl, Peter 110
Wallison, Peter J. 27
Walter, Norbert 129, 130
Watanabe, Hisashi 55
Weaver, K. Mark 58
Weber, Beat 116, 117
Welsch, Johann 28, 75
Wettstein, Florian 131
Whalen, R. Christopher 88
Wolf, Winfried 29

X

Xiong, Kee Rui 78

Y

Yongding, Yu 76

Z

Zanker, Benedikt 132

Sachregister

A

Abwanderung 111
 Akkumulation 24
 Akteur 108
 Aktiengesellschaft 19, 122
 Aktienkurs 122
 Aktienmarkt 29, 106, 122
 Altersversorgung 32
 Andenraum 7
 Arbeit 13, 45, 108
 Arbeiterbewegung 45
 Arbeiterklasse 4
 Arbeitnehmer 128
 Arbeitsbeziehungen 17
 Arbeitslosigkeit 6, 53, 130
 Arbeitsmarkt 6, 53
 Arbeitsmarktentwicklung 6, 82
 Arbeitsmarktpolitik 130
 Arbeitsmigration 6
 Arbeitsteilung 45
 Arbeitsverhältnis 17
 Arbeitsvertrag 17
 Argentinien 2, 7, 9, 35, 51, 52, 56, 74
 Armut 53
 Armutsbekämpfung 110
 ASEAN 33
 Asien 2, 6, 7, 8, 20, 31, 32, 34, 36, 37, 38, 39,
 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 49, 53, 54,
 55, 56, 57, 59, 62, 63, 64, 65, 68, 69, 70,
 78, 89, 91, 96, 115, 116
 Attac 6, 54, 125
 Ausbeutung 13
 Ausbildung 68
 Auslandsinvestition 34, 55
 Außenhandel 35
 Außenhandelspolitik 55

B

Bank 25, 34, 63, 69, 73, 115
 Bankenaufsicht 69, 73, 111, 121
 Bankgewerbe 12, 21, 47, 62, 63, 69, 71, 73,
 81, 91, 107, 111, 112, 115, 124
 Banking 27, 61, 72, 77, 92
 Bank of England 80
 Benchmarking 25
 Beschäftigungsentwicklung 28, 55
 Beschäftigungspolitik 130
 Besteuerung 5, 31, 94, 103, 104, 106, 110,
 114, 119, 131
 Bevölkerung 44
 Bilanzierung 122
 Bilanzpolitik 122

Binnenmarkt 98
 Biodiversität 90
 Börse 67, 93, 105, 106
 Brasilien 2, 35, 52, 60
 Bundesrepublik Jugoslawien 2
 Bureaucracy 61
 Bürgertum 4

C

Capital 92
 Capitalism 79
 Central banks 80
 Chile 7
 China 55
 China (People's Republic) -- Economic con-
 ditions 76
 Corporate Governance 117, 128
 Credit 79, 84, 86, 87, 109
 Crises 61
 Crisis management 18, 78, 87, 92

D

Deflation 36, 47, 81
 Demokratie 108
 Demokratisierung 7
 Dependenztheorie 17
 Deregulierung 15, 19, 20, 29, 38, 41, 47, 56,
 57, 81, 90, 95, 97, 100, 107, 112, 113,
 117, 122, 126, 130
 Deutschland 67
 Developing countries 58
 Devisen 5, 31, 93, 94, 103, 104, 106, 110, 114,
 119
 Dialektik 13
 Digitalisierung 116
 Diskurs 16
 Dritte Welt 85
 Durkheim, E. 1

E

Economic conditions 18, 72, 77, 78, 84, 86,
 88, 109, 127
 Economic Crises 23
 Economic crisis 72
 Economic development 58
 Economic Development 66, 79
 Economic history 18
 Economic policy 66, 77, 78
 Economic Problems 79
 Economic systems 72, 79
 Einkommensunterschied 6
 Einkommensverteilung 6, 81

-
- Einstellung 44
 Electronic Business 75
 Elektroindustrie 55
 Emission 110
 Energie 83
 Energieerzeugung 83
 Entgrenzung 111
 Entstaatlichung 56, 100
 Entwicklungsland 2, 5, 6, 7, 9, 31, 32, 35, 41,
 42, 43, 44, 51, 52, 55, 56, 57, 60, 63, 65,
 69, 74, 91, 96, 101, 102, 115, 116, 118
 Entwicklungspolitik 102, 118
 Erdgas 1
 Erdöl 1, 83, 106
 Erklärung 51
 Ethik 124
 EU 12, 16, 33, 49, 55, 62, 82, 98, 116, 121,
 123
 EU-Erweiterung 49
 EU-Politik 12
 Europa 6, 10
 europäische Integration 98
 Europäische Zentralbank 82
 Europäisierung 12
 European central bank 80
 EU-Staat 12
 EWWU 50
 Expansionspolitik 16
- F**
- Familie 45
 Federal national mortgage association 27
 Finance 23, 27, 86, 127
 Finanzderivat 100
 Finanzierung 60, 89, 122
 Finanzkrise 2, 7, 9, 10, 11, 19, 25, 30, 31, 34,
 35, 36, 42, 44, 48, 49, 52, 53, 54, 56, 57,
 62, 64, 82, 83, 85, 91, 96, 97, 100, 116,
 117, 120, 132
 Finanzmanagement 122
 Finanzpolitik 7, 11, 25, 26, 31, 34, 38, 39, 42,
 46, 50, 60, 69, 71, 82, 83, 90, 93, 94,
 107, 112, 113, 115, 116, 118, 128, 130,
 132
 Finanzpsychologie 11
 Finanztheorie 11
 Finanzwissenschaft 11
 Föderalismus 48
 Fordismus 24, 53
 Foreclosures 86, 88, 109, 127
 Foreign Policy 66
 Frau 68
 Frauenbewegung 45
 Freihandel 15, 125
 Früherkennung 91
- G**
- Geld 10, 13, 16
 Geldmarkt 10
 Geldpolitik 2, 11, 39, 52, 82, 101, 128
 Geldsystem 10
 Geldwirtschaft 10, 101
 Gemeinwohl 124
 Gerechtigkeit 131
 geschlechtsspezifische Faktoren 45
 Gesellschaft 22, 68, 108
 Gesellschaftskritik 1
 Gesellschaftsordnung 1, 15, 59
 Gesellschaftspolitik 74
 Gewerkschaft 45, 53
 Gläubiger 9
 Governance 98, 126, 129
 Government regulation of business 109
 Gramsci, A. 17
 Großbritannien 21, 123
 Gütermarkt 70
- H**
- Handel 110, 114
 Handelsgesellschaft 40
 Handelspolitik 33
 Handlungsorientierung 1, 26
 Haushaltspolitik 47
 Hegemonialpolitik 3
 Herrschaft 4, 17
 Hilferding, R. 17
 Housing 79, 84, 86, 87, 127
- I**
- Identitätsbildung 125
 Ideologiekritik 16
 IMF 2, 3, 5, 6, 8, 37, 38, 51, 54, 56, 57, 89, 94,
 96, 99, 104, 118, 132
 Immobilien 83, 106
 Indikatorensystem 91
 Indonesia 58
 Indonesien 43
 Industriegesellschaft 108
 Industriepolitik 20
 Industriestaat 9, 31
 Inflation 11, 65, 83
 Inflationsbekämpfung 11
 Informationstechnologie 105
 Informationswirtschaft 28, 75
 Infrastruktur 83
 institutionelle Faktoren 132
 Institutionenökonomie 116
 Instrumentarium 113
 Interessenvertretung 128
 Internalisierung 30
 internationale Beziehungen 39

internationale Kapitalbewegung 5, 10, 14, 25, 30, 31, 94, 104, 106, 110, 114, 117, 119, 125
internationale Organisation 99, 102
internationale Politik 94, 104, 132
internationaler Vergleich 30, 35, 55, 82
internationaler Wettbewerb 6, 55
internationaler Zahlungsverkehr 119
internationale Sicherheit 132
internationales Währungssystem 5, 30, 31, 94, 97, 100, 104
internationale Verflechtung 14, 30, 125
internationale Wirtschaftsbeziehungen 8, 14, 25, 30, 59, 63, 70, 85, 101, 120, 125, 129
internationale Zusammenarbeit 55
International finance 58, 80
International monetary fund 80
Internet 68, 83, 105
Investitionshilfe 102
Investitionspolitik 34, 102
Investment 66

J

J.P. Morgan Chase & Co. 86
Japan 2, 20, 32, 36, 39, 40, 47, 55, 59, 63, 70
Joint Venture 40

K

Kapital 13, 16, 45, 108, 128
Kapitalanlage 10
Kapitalbewegung 5, 10, 26, 59, 94, 101, 102, 107, 120
Kapitalexport 16
Kapitalmarkt 2, 8, 14, 20, 21, 24, 38, 46, 54, 63, 70, 90, 93, 97, 99, 104, 107, 108, 111, 115, 116, 124, 131
Kapitalverkehr 5, 10, 41, 42, 63, 70, 94, 97, 101, 120, 121, 125
Keynes, J. 3, 11, 16, 83
Klassenkampf 17
Kleinbürgertum 4
Klimawandel 1
kollektive Identität 68
Kommunikationstechnologie 105
Kommunismus 13
Konfuzianismus 64
Konjunktur 41, 47, 50, 67, 70, 82, 130
Konjunkturpolitik 47, 50
Konjunkturzyklus 70
Konkurs 122
Korruption 51
Kredit 13, 34, 81, 115
Kreditmarkt 65
Kreditpolitik 132
Kreditvergabe 25, 65, 69, 73, 81, 132
Kreditwesen 20, 99

Krieg 85
Krisenbewältigung 68
Krisenintervention 26
Krisenmanagement 8, 69, 89
Kultur 64
Kunst 106

L

Lateinamerika 2, 7, 9, 31, 35, 51, 52, 56, 57, 60, 74, 96, 101
Legislation 27
Legitimität 132
Leistungsbilanz 60
Liberalisierung 7, 26, 34, 97, 99, 131
Liquidität 39, 43
Loans 77, 80, 86, 109
Lobby 16
Lohnarbeit 17
Lohnhöhe 6
Lohnpolitik 128
Lukacs, G. 17

M

Macht 4, 83, 118
Makroökonomie 108
Malaysia 42
Malta 91
Management 17, 108
Markets 27, 66, 84, 87
Markt 93, 119, 126
Marktform 1
Marktordnung 99, 125
Marktwirtschaft 29
Marx, K. 1, 13, 17
Marxismus 16
Massenarbeitslosigkeit 29
Mehrwert 13
Mexiko 2, 52, 57, 101
Mitgliedschaft 132
Mittelamerika 2, 52, 57, 101
Mitteleuropa 91
Mittelschicht 43
Moderne 22, 68
monetärer Sektor 51
Monetarismus 11
Mortgages 18, 77, 80, 84, 87, 88, 109, 127
Multinational Corporations 66
multinationales Unternehmen 6, 56

N

nachhaltige Entwicklung 124
Nachkriegszeit 83
Nahost 2, 91
Nationalstaat 4, 21, 123
Neoliberalismus 2, 15, 52, 53, 54, 56, 74, 126
Neomarxismus 17
Netzwerk 51

-
- neue Bundesländer 82
 neue Technologie 67
 New Economy 28, 67, 105
 Niedrigqualifizierter 6
 Nordamerika 8, 9, 10, 21, 67, 82, 83, 85, 95,
 105, 123
 Nordkorea 44
 Nord-Süd-Konflikt 96
- O**
- OECD 50
 Offen-Markt-Politik 99
 öffentliche Meinung 44
 öffentlicher Haushalt 48, 60
 öffentliches Gut 94
 Öffentlichkeit 68
 Ökonomie 4, 16, 125
 ökonomischer Wandel 4, 59, 71
 ökonomische Theorie 55, 73, 117
 Ordnungspolitik 5, 26, 97, 99, 102
 Organisationsstruktur 132
 organisierter Kapitalismus 3
 Organization for economic cooperation and de-
 velopment 77
 Ostasien 2, 7, 8, 20, 31, 32, 34, 36, 37, 39, 40,
 44, 45, 47, 53, 54, 55, 56, 57, 59, 62, 63,
 64, 68, 70, 89, 96
 Osterweiterung 49
 Osteuropa 6, 91
- P**
- Partei 39, 60
 peripherer Kapitalismus 17
 Philippinen 41
 Polen 73
 Political Economy 23
 politische Bewegung 106
 politische Elite 43
 politische Entwicklung 43
 politische Faktoren 7, 57
 politische Kontrolle 120
 politische Krise 42, 43, 60
 politische Ökonomie 3, 13, 24
 politische Reform 60
 politischer Wandel 43, 71
 politisches Programm 125
 politisches System 39
 politische Steuerung 111, 123, 129
 Portfolio-Management 25
 Postfordismus 24
 postsozialistisches Land 2, 71, 73
 Prävention 102
 Prices 84
 Privathaushalt 53
 Privatisierung 15, 34, 108
 Produktionsverhältnisse 4, 105
 Produktionsweise 24
- Profitrate 13, 24
 Property 61
 Protest 3, 125
 Protestbewegung 54
 Public policy 88
- R**
- Rationalisierung 17
 Reform 34, 53, 81, 95, 96, 113, 132
 Reformpolitik 52, 62, 101
 regionale Entwicklung 89
 regionale Verflechtung 62
 Regionalismus 37
 Regulation 27, 92
 Regulationstheorie 17, 24, 90
 Rentenfond 19, 32
 Rezession 42, 54
 Risikogesellschaft 22
 Risk 109
 Ritual 68
 Russland 71, 73
- S**
- Schamanismus 68
 Schuld 34
 Schülerin 68
 Schweden 20
 Schwellenland 5, 7, 31, 56, 62, 96
 Shareholder Value 19, 108, 122, 124
 Small business 58
 Solidarität 1, 48
 Southeast Asia 66
 Sozialabbau 19
 Sozialdemokratie 3
 soziale Bewegung 106, 125
 soziale Frage 15
 soziale Intervention 3
 soziale Kosten 31, 53
 soziale Krise 22, 43, 53
 soziale Lage 43
 soziale Marktwirtschaft 15
 sozialer Status 68
 soziales System 68
 soziale Ungleichheit 29, 53
 Sozialismus 71
 Sozialordnung 15
 Sozialstruktur 10
 Sparen 47
 Spekulation 93, 103, 104, 106, 107, 119
 Staat 4, 13, 21, 111, 112
 staatliche Einflussnahme 3, 21, 34
 staatliche Lenkung 21, 25, 71, 123
 Staatskapitalismus 64
 Staatstheorie 4
 Staatsverschuldung 35, 36, 60
 Stabilitätspolitik 37, 46, 60, 128
 Stagnation 39, 47

- Standortverlagerung 111
Steuerbelastung 110
Steuern 15, 93, 106, 110, 119
Steuerreform 60, 110, 130
Steuerungssystem 117
Studentenbewegung 68
Südamerika 2, 7, 9, 35, 51, 52, 56, 60, 74
Südkorea 34, 44, 45, 53, 54, 55, 56, 57, 63, 68
Südostasien 7, 32, 41, 42, 43, 55, 63, 65, 69, 115, 116
- T**
Taiwan 7
Tausch 51
Technologiepolitik 33
Terrorismus 85
Thailand 7, 32, 61, 63, 69, 72, 115
Thatcher, M. 1
Tradition 68
Transaktionskosten 116, 119
Treibhauseffekt 110
Türkei 2, 91
- U**
UdSSR 46, 71
Ungarn 73
Ungleichheit 15
United States 18, 66, 77, 84, 86, 87, 88, 92, 127
United States Senate 27
Unternehmen 98, 108, 111, 112
Unternehmensübernahme 55
Unterschicht 43
Uruguay 35
USA 8, 9, 10, 21, 67, 82, 83, 85, 95, 105, 123
- V**
Venezuela 74
Vermögen 81
Vermögensbildung 19
Vermögenspolitik 3
Verschuldung 2, 9, 35, 43, 53, 57
Versicherungsgewerbe 12
Verstaatlichung 34
Verteilungseffekt 81
Verteilungspolitik 131
Volk 4
Volkswirtschaft 44, 71, 89
volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 82
volkswirtschaftliche Kosten 31
- W**
Wachstum 39
Wahlkampf 60
Währung 26, 43, 55, 65
Währungspolitik 7, 8, 9, 37, 46, 52, 63, 97
Währungssystem 30, 63, 65
Währungsunion 62
Ware 106
Wechselkurs 7, 8, 9, 35, 94, 97, 100
Weltbank 3, 6
Welthandel 31, 99, 110
Weltmarkt 15, 16, 31, 85
Weltwirtschaft 6, 14, 15, 16, 24, 25, 29, 31, 36, 50, 59, 82, 85, 94, 95, 97, 107, 110, 113
Wertorientierung 22
Wertpapier 8, 106, 122
westliche Welt 85
Wettbewerb 15, 48, 123, 126
WHO 6
Wirtschaft 17, 40, 64, 67, 83, 90
wirtschaftliche Folgen 36, 46, 67, 74
wirtschaftliche Lage 36, 59
Wirtschaftsbeziehungen 33
Wirtschaftsdemokratie 19
Wirtschaftselite 43
Wirtschaftsentwicklung 28, 29, 35, 36, 39, 40, 42, 44, 50, 55, 59, 64, 69, 82, 85, 89, 99, 120, 131
Wirtschaftsethik 124, 131
Wirtschaftshilfe 89
Wirtschaftsliberalismus 126
Wirtschaftsordnung 15, 39, 59, 64, 126
Wirtschaftspolitik 7, 31, 33, 34, 36, 39, 41, 42, 44, 45, 47, 50, 51, 54, 55, 59, 60, 62, 63, 74, 82, 90, 99, 102, 106, 108, 112, 117, 123, 130, 131, 132
Wirtschaftsreform 37, 44, 59
Wirtschaftssektor 105
Wirtschaftsunion 62
Wirtschaftswachstum 62, 99, 130
Wissenschaft 125
Wissengesellschaft 28
Wohlfahrtsstaat 15, 48
WTO 3, 54, 121
- Z**
Zahlungsverkehr 46
Zentralbank 73, 102
Zins 13, 128
Zinssatz 83
Zypern 91

Institutionenregister

GIGA Institut für Iberoamerika-Kunde 9

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel Forschungsbereich Finanzmärkte 25

Institut für Wirtschaftsforschung Halle -IWH- 91

Universität Flensburg, Zentrum für Bildungsforschung 48

Universität Magdeburg, Fak. für Wirtschaftswissenschaft, Lehrstuhl VWL, insb. Internationale Wirtschaft
30

ANHANG

Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur

Die in der Datenbank SOLIS nachgewiesene Graue Literatur enthält nahezu vollständig einen Bibliotheksstandort zur Erleichterung der Ausleihe; dies gilt auch für einen Teil (40%) der nachgewiesenen Verlagsliteratur. In SOLIS nachgewiesene Zeitschriftenaufsätze sind zu über 60% mit einem Standortvermerk versehen.

Beschaffung von Literatur über den Deutschen Leihverkehr

Die Standortvermerke in SOLIS (Kürzel, Ort und Sigel der besitzenden Bibliothek sowie Signatur der Arbeit) beziehen sich auf Bibliotheken, die dem normalen Fernleihverkehr angeschlossen sind. Sollte die gewünschte Arbeit bei Ihrer örtlichen Bibliothek nicht vorhanden sein, ersparen Ihnen die Standortvermerke für die Fernleihe („Direktbestellung“) den u.U. sehr zeitraubenden Weg über das Bibliothekenleitsystem. Elektronische Bestellungen sind ebenfalls möglich, z.B. über subito - einen bundesweiten Dokumentlieferdienst der deutschen Bibliotheken für Aufsätze und Bücher.

Literaturdienst der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln

Aufsätze aus Zeitschriften, die für SOLIS ausgewertet werden und in der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln vorhanden sind, können über den Kölner Literaturdienst (KÖLI) als Kopie bestellt werden. Diese Aufsätze enthalten den Standortvermerk „UuStB Koeln(38) - Signatur der Zeitschrift“ sowie einen Hinweis auf den Kopierdienst. Die Bestellung kann mit gelber Post, per Fax oder elektronisch erfolgen. Kosten für den Postversand bis zu je 20 Kopien pro Aufsatz betragen 8,- Euro, für Hochschulangehörige 4,- Euro (bei „Normalbestellung“ mit einer Lieferzeit von i.d.R. sieben Tagen); gegen Aufpreis ist eine „Eilbestellung“ (Bearbeitungszeit: ein Arbeitstag) oder auch eine Lieferung per Fax möglich.

Zur Benutzung der Forschungsnachweise

Die Inhalte der Forschungsnachweise beruhen auf den Angaben der Forscher selbst. Richten Sie deshalb bitte Anfragen jeglicher Art direkt an die genannte Forschungseinrichtung oder an den/die Wissenschaftler(in). Das gilt auch für Anfragen wegen veröffentlichter oder unveröffentlichter Literatur, die im Forschungsnachweis genannt ist.

